

92. Sitzung

Mittwoch, den 23. Juni 2010

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Verzicht auf Staatsbürgschaften bei der Opelsanierung" auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4705 –	5430
"Unausgewogene Sparpläne der Bundesregierung – Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz und seine Bürgerinnen und Bürger" auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4734 –	5435
"Massiver Erzieherinnenmangel in Rheinland-Pfalz aufgrund verfehlter Rahmensetzungen durch die Landesregierung" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4735 –	5450

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

*Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung
des Landtags statt.*

...tes Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4175 –

Zweite Beratung

**dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft,
Weiterbildung, Forschung und Kultur**

– Drucksache 15/4728 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/4743 –

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4737 – 5457

*Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4743 – wird mit
Mehrheit abgelehnt 5463*

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4737 – wird mit Mehrheit angenommen...... 5463

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4175 – wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 15/4737 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen...... 5463

Landesjagdgesetz (LJG)
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4341 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz
 – Drucksache 15/4729 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP
 – Drucksache 15/4745 – 5463

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 15/4745 – wird mit Mehrheit angenommen. 5471

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4341 – wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 15/4745 – in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen...... 5471

...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4547 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses
 – Drucksache 15/4730 – 5471

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4547 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5472

...tes Landesgesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
 – Drucksache 15/4673 –
Erste Beratung..... 5472

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4673 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen...... 5472

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsministerin Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Vizepräsidentin Hannelore Klamm; die Abgeordneten Thomas Günther und Fritz Presl; Staatsminister Dr. Carsten Kühl und Staatssekretärin Beate Reich.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	5436, 5447
Abg. Bauckhage, FDP:	5438, 5445
Abg. Dr. Krell, SPD:	5457
Abg. Dr. Schmitz, FDP:	5448
Abg. Dr. Wilke, CDU:	5471
Abg. Dröscher, SPD:	5446
Abg. Eymael, FDP:	5434
Abg. Frau Dickes, CDU:	5450, 5455
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	5459
Abg. Frau Mohr, SPD:	5431, 5435
Abg. Frau Morsblech, FDP:	5452, 5456
Abg. Frau Raab, SPD:	5451, 5456
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:	5468
Abg. Frau Schneider, CDU:	5467
Abg. Hartloff, SPD:	5436, 5449
Abg. Keller, CDU:	5457
Abg. Kuhn, FDP:	5460
Abg. Langner, SPD:	5465, 5468
Abg. Licht, CDU:	5432, 5435
Abg. Mertin, FDP:	5430
Abg. Schmitt, CDU:	5463
Abg. Weiner, CDU:	5464
Beck, Ministerpräsident:	5439
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:	5453, 5455, 5462
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:	5470
Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:	5432
Präsident Mertes:	5430, 5431, 5432, 5434, 5435, 5436, 5438, 5439, 5445
Vizepräsident Bauckhage:	5457, 5458, 5460, 5462, 5463, 5464, 5465, 5467, 5468
.....	5470, 5471, 5472
Vizepräsident Schnabel:	5446, 5447, 5448, 5449, 5450, 5451, 5452, 5453, 5455
.....	5456

**92. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 23. Juni 2010**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seien Sie herzlich begrüßt zur 92. Plenarsitzung. Herr Kollege Clemens Hoch und Frau Kollegin Dr. Born-Siebicke werden mich unterstützen.

Entschuldigt sind Frau Vizepräsidentin Klamm, Herr Kollege Günther und Herr Kollege Presl. Frau Staatsministerin Ahnen hat avisiert, dass sie am späten Nachmittag kommen wird. Herr Staatsminister Dr. Kühl ist entschuldigt. Dies gilt für Frau Staatssekretärin Reich ebenfalls.

Meine Damen und Herren, wir haben für die drei Tage eine umfangreiche Tagesordnung. Dazu darf ich Ihnen folgende Erläuterungen geben: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 4 wurden die Beschlussempfehlungen zu diesen Tagesordnungspunkten am Dienstag verteilt. Die Frist zwischen der Verteilung der Beschlussempfehlung und der Beratung ist mit der Feststellung der Tagesordnung jeweils abzukürzen.

Zum Tagesordnungspunkt 10 ist ebenfalls die Frist zwischen der Verteilung des Antrags und der Beratung abzukürzen. Ich weise Sie darauf hin, dass wir am Freitag unter dem Tagesordnungspunkt 16 über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beraten. Mit dem geht natürlich auch die Wahl eines Vorsitzenden und eines stellvertretenden Vorsitzenden für den entsprechenden Untersuchungsausschuss einher. Die FDP-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden und die SPD-Fraktion für seinen Stellvertreter.

Werden gegen die Feststellung der Tagesordnung Einwände erhoben? – Dann sind Sie mit der Tagesordnung so einverstanden.

Dann beginnen wir mit **Punkt 1** der Tagesordnung:

AKTUELLE STUNDE

**„Verzicht auf Staatsbürgschaften bei der
Opelsanierung“
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4705 –**

Es stehen für die erste Runde fünf Minuten und für die zweite Runde zwei Minuten Redezeit je Fraktion zur Verfügung. – Herr Mertin, Sie haben das Wort.

Abg. Mertin, FDP:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Mutterkonzern der Adam Opel AG hat vor einigen Tagen verkündet, dass er europaweit auf Bürgschaften

für die Sanierung der Opelstandorte verzichtet. Dem war die Entscheidung der Bundesregierung vorangegangen, Bürgschaften nach dem dort aufgelegten Bürgschaftsprogramm nicht zu gewähren.

Ich kann menschlich nachvollziehen, dass es enttäuschende Äußerungen aus dem Bereich der Opel AG gegeben hat. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass der Fonds, der auf der Bundesebene hierfür zur Verfügung stand, nur unter ganz bestimmten Kautelen eine Förderung vorsieht. Hierbei war insbesondere der Punkt zu beachten, dass das Unternehmen wegen der Finanzkrise der vergangenen Monate in große Probleme gekommen ist. Das kann man bei der Adam Opel AG so nicht feststellen, sondern die Adam Opel AG befindet sich seit vielen Jahren in Schwierigkeiten.

Wenn man sich mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Opel AG unterhält, liegt das in hohem Maße daran, dass viele Entscheidungen weit weg in den USA getroffen wurden und am Markt in Europa vorbeigedacht wurde; dies insbesondere bei der Frage der Einführung von Dieselmotoren. Egal was das Unternehmen herstellt und vertreibt, ist es nun einmal eine entscheidende Größe, was in den Verkaufsräumen an den Kunden abgesetzt werden kann. Das entscheidet über den Erfolg.

(Beifall der FDP)

Das war über die vergangenen Jahre verteilt eben wegen Managementfehlern hier nicht gegeben. Insofern war eine der Voraussetzungen, die nach diesem Fonds gegeben sein müssen, nicht vorhanden.

Hinzu hat aber zu kommen, dass dieses Unternehmen und seine Eigentümer selbst nicht in der Lage sein konnten, mit der Krise fertig zu werden. Auch hier hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten gezeigt, dass die Mutter der Adam Opel AG sehr wohl finanziell so stark ist, dass sie eine Sanierung der Adam Opel AG aus eigener Kraft hätte bewerkstelligen können. Deshalb haben alle Fachleute in dem gestuften Verfahren, das der Bewilligung der Bürgschaft vorauszugehen hat, vorher entschieden, dass die Voraussetzungen für die Bewilligung einer Bürgschaft nach den Kriterien, die es einzuhalten galt, nicht gegeben waren.

Deshalb ist es nur folgerichtig, dass die Adam Opel AG und damit auch die Mutter auf solche Bürgschaften europaweit verzichtet hat.

Ich will gar nicht leugnen, dass es Äußerungen gibt, in denen die Befürchtung gehegt wird, bei der Sanierung könne es jetzt zu Unzuverlässigkeiten kommen, insbesondere für deutsche Standorte oder die rheinland-pfälzischen Standorte. Man muss aber sehen, dass nach den Kriterien, nach denen diese Bürgschaften auf der Bundesebene zu vergeben waren, Zusagen im Hinblick auf einen Arbeitsplatzabbau unzulässig sind. Das heißt, selbst wenn eine Bürgschaft gewährt worden wäre, hätte man nie einen einklagbaren Anspruch gegen GM oder Opel gehabt, in bestimmter Weise an diesem oder jenen Standort zu verfahren. Das ist aus europarechtlichen Gründen geradezu ausgeschlossen,

(Beifall der FDP)

sodass dieses Kriterium an dieser Stelle nicht gelten kann.

Man muss auch sehen, welche Erfahrungen wir mit dieser Mutter im vergangenen Jahr gemacht haben. Sie ließ einen unterschriftsreifen Vertrag oder sogar schon unterschriebenen Vertrag am Schluss platzen. Sie hat uns im Grunde genommen schon damals ein Stück weit an der Nase herumgeführt.

Deshalb gilt einfach der Grundsatz, dass der Eigentümer – GM hat im vergangenen Jahr darauf bestanden, Eigentümer zu bleiben – dann, wenn er dazu in der Lage ist, die Sanierung aus eigener Kraft zu vollbringen hat. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, ihm mit Bürgschaften und damit Subventionen unter die Arme zu greifen. Das sind Bürgschaften und Subventionen, die zulasten anderer Arbeitsplätze gehen. Es kann nicht sein, dass ein Weltkonzern seine Arbeitskräfte vorschickt, sie gegenüber der Politik sozusagen in Geiselnhaft nimmt, um sich gegenüber Konkurrenten Wettbewerbsvorteile über Bürgschaften zu verschaffen.

(Beifall der FDP)

Deshalb war es konsequent, sie abzulehnen. Deshalb ist es auch gut so, dass GM und Opel zwischenzeitlich auf solche Bürgschaften verzichtet haben.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Mohr von der SPD-Fraktion.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Mertin, ich danke Ihnen zunächst einmal für Ihre sachlichen Ausführungen. Sie wissen aber auch, dass der mit Fachleuten besetzte Lenkungsausschuss beim Bund zu keinem einheitlichen Votum gekommen ist. Insofern ist diese Linie nicht ganz so klar gewesen.

Wir sind eindeutig froh, dass das Gezerre um die Bürgschaften für Opel nun ein Ende hat. Das ist gut so und bringt hoffentlich Ruhe in den Vorgang und damit auch in den Konzern und führt zu Ruhe bei den Beschäftigten.

Bei allen guten Nachrichten, die auf einmal durch die Presse gehen, sind in den vergangenen Tagen wieder neue Nachrichten gekommen. Deshalb meine ich, dass schon ein gerütteltes Maß an Besorgnis angebracht ist.

GM hat sich in den vergangenen Jahren nicht gerade durch Verlässlichkeit ausgezeichnet. Es sind jetzt gut eineinhalb Jahre, in denen das Ganze hin und her dümpelt. Ich meine, GM hat auch teilweise im Umgang mit den Gewerkschaften Pirouetten gedreht und sich manchmal sehr, sehr schlecht verkauft. Ich nenne nur das Stichwort „Verkauf von Opel an Magna“. Da hat jeder gehofft und geglaubt, dass wir uns von dem amerikanischen Konzern lösen können und eine gewisse

europäische Selbstständigkeit erhalten. Das ist aber leider nicht so gekommen. Auch hier kam es zu einem überraschenden Rückzug.

Am vergangenen Mittwoch kam dann die große Überraschung, als die Muttergesellschaft GM ankündigte, dass alle staatlichen Bürgschaften in Europa nicht angenommen werden und damit Verzicht geleistet wird. GM-Chef Nick Reilly hat da erklärt, die Verhandlungen mit der Bundesregierung seien eine Enttäuschung gewesen.

Meine Damen und Herren, ich meine, damit hat er ausnahmslos recht, aber nicht nur die Verhandlungen mit der Bundesregierung sind eine Enttäuschung, sondern man kann mit Fug und Recht sagen – da spreche ich auch aus dem Herzen einiger Bürger –, die ganze Bundesregierung ist eine Enttäuschung.

(Beifall der SPD)

Eine klare Verhandlungslinie war innerhalb der Regierungskoalition nämlich zu keiner Zeit zu erkennen. Die gesamte FDP hat von Anfang an gegen Opel-Hilfen gestanden. Bei ihr ist jetzt auch die Genugtuung groß, was ich nachvollziehen kann. Ganz anders waren allerdings die Geschehnisse bei der CDU/CSU, die im Lager völlig uneins war. Die Krönung hat das Ganze erfahren, als die Kanzlerin unversehens ihrem Wirtschaftsminister in die Parade gefahren ist, was dann auch noch von Frau Klöckner unterstützt wurde.

Dieses ganze Theater hat der Marke Opel am Markt nicht gutgetan und die Nerven der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Zerreißen beansprucht. Gute Bundespolitik ist in meinen Augen etwas anderes.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mertin, im Gegensatz zu Ihnen muss ich sagen, dass ich mir manche Entscheidung anders gewünscht hätte. GM lässt sich mit Sicherheit nicht als unschuldig einstufen. Deshalb hoffe ich auch, dass ein neuer Zickzackkurs in Zukunft ausbleibt; denn die Leidtragenden bei allem sind immer die Arbeitnehmer.

(Beifall bei der SPD)

Fest steht meines Erachtens, dass mit der nun getroffenen Entscheidung GM die Verantwortung für die Zukunft von Opel wieder selbst übernommen hat. Man muss allerdings auch sehen, dass im Hinblick auf den Bestand der Werke und auch in Bezug auf Standortzusagen jetzt niemand mehr von außen in den Konzern hineinreden kann. Das ist nur noch auf der Verantwortungsebene zwischen den Parteien, dem Unternehmen und den Gewerkschaften zu machen.

Grundsätzlich muss man davon ausgehen – wir hoffen es auch –, dass dieses neue Konzept für unseren rheinland-pfälzischen Standort Vorteile bringt. Der Sanierungsplan und das Investitionsprogramm müssen unter Erhalt der vier deutschen Standorte durchgezogen werden. Ich denke, dass gerade der rheinland-pfälzische Standort Kaiserslautern, aber auch der Standort Rüsselsheim von dem neuen Konzept profitieren können.

Der Presse konnten wir jetzt auch entnehmen, dass Opel mit dem Insignia auf den amerikanischen Markt will. Das ist ein gutes Zeichen; denn mehr als 100 Teile des Opel Insignia werden in Kaiserslautern produziert und teilweise auch zusammengebaut. Der Opel Insignia an sich wird in Rüsselsheim gebaut. Dieses Auto soll jetzt auf den amerikanischen Markt kommen. Das bedeutet auch für uns ein gewisses Maß an Standortsicherung und an Arbeitsplatzsicherung. – Mehr in der zweiten Runde.

Danke.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Das Wort hat der Kollege Licht.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich stelle fest, dass es zwei wichtige Botschaften gibt. Erstens. Opel hat ein Sanierungskonzept und jetzt offensichtlich auch einen Finanzierungsplan. Frau Kollegin Mohr, Ihre Aussage, dass Sie das noch kritisch sehen, kann ich nicht ganz verstehen. Hätten wir uns das nicht schon vor Wochen und Monaten so gewünscht? Wir hätten alle Hurra geschrien. – Das ist die erste wichtige Botschaft.

Die zweite Botschaft hängt mit dem Sanierungsplan zusammen, den Sie auch angesprochen haben. Diesen europaweiten Plan gibt es. In Europa arbeiten 48.000 Beschäftigte in den Werken von GM. 8.300 Stellen sollen abgebaut werden, davon ca. 3.900 in Deutschland. Diesem Plan haben offensichtlich schon zu früheren Zeitpunkten alle Beteiligten zugestimmt.

Nun hören wir von Opel-Chef Nick Reilly und Opel-Betriebsrat Klaus Franz – das ist die zweite wichtige Botschaft –, dass die vor 14 Tagen mit den Arbeitnehmervertretungen in Europa geschlossene Vereinbarung gilt. Beide sagen deutlich, dass sie gilt. Was heißt das? Die Vereinbarung ist nicht bürgschaftsgebunden. Das muss man sich auch noch einmal vor Augen führen. So wurde es schon vor 14 Tagen vereinbart. Darin sind Standort-, Beschäftigungs- und Investitionszusagen enthalten. Diese stehen auch heute noch – so beide vor der Öffentlichkeit. Stellenstreichungen und Standort-schließungen seien nicht geplant. Auch das ist nach den Entscheidungen nach wie vor von beiden so festgestellt worden.

(Pörksen, SPD: Auch in den USA?)

– Ich zitiere jetzt ja nur

(Pörksen, SPD: Wie immer ungenau!)

und nehme auf, was von beiden in den letzten Tagen zu dem, was jetzt verkündet worden ist, gesagt wurde.

Meine Damen und Herren, es ist unumstritten, dass Berlin dort nicht das beste Bild geboten hat. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

Wir haben hier im Landtag auch häufig über dieses Thema diskutiert. Allerdings waren wir bei unseren Diskussionen – ich sage das für mich – längst nicht im Besitz aller Informationen. Wir haben diskutiert, ohne diese Informationen alle zu kennen.

Dass die Gemengelage schwierig war, zeigen nicht nur die Aussagen des Lenkungsausschusses, den Sie zitiert haben, Frau Mohr, sondern auch – das hat für mich eine noch größere Bedeutung –, wie der Lenkungsrat debattiert hat, wie also die unabhängigen Fachleute Pro und Kontra der verschiedenen Aspekte abgewogen haben. Sie haben sich zu keinem Votum durchbringen können.

Wir haben in Rheinland-Pfalz immer dazu gestanden, zur Sicherung der Standorte auch eine Bürgschaftserklärung abzugeben. Wir haben ebenfalls dazu gestanden – das haben wir auch gesagt –, dass eine Bürgschaft in einem europäischen Konzept eventuell notwendig gewesen wäre oder sinnvoll sein könnte, und zwar immer unter Betrachtung der Frage, wie viele Arbeitsplätze uns das vielleicht kosten würde. Wir haben allerdings immer wieder Nein gesagt, wenn eine solche Bürgschaft nur dazu diente, Gelder durchzuleiten, um auf der anderen Seite des Atlantiks Dinge zu sichern.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass der Lenkungsrat nicht in der Lage war, alle diese Dinge zu betrachten, sie zu bewerten und ein abschließendes Votum dazu abzugeben.

Jetzt kommt es anders. Vielleicht war das Standhalten also doch richtig. Auch diese Überlegung muss man einmal anstellen; denn es ist immer besser, wenn solche Rettungsaktionen aus dem eigenen Unternehmen geleistet werden können. Bürgschaften dürfen nur die Ausnahme sein.

Deswegen halte ich die Vereinbarung, die hier vor 14 Tagen abgeschlossen wurde und vom Betriebsrat und von der Geschäftsleitung jetzt noch einmal bestätigt wurde, für einen guten Weg. Ich hoffe, dass er auch in den nächsten Jahren zielführend so gegangen werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Minister Hering das Wort.

Hering, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ist es sehr zu begrüßen, dass Klarheit bezüglich der Zukunft von Opel herrscht, die Finanzierung gesichert ist und man sich bei Opel darauf konzentrieren kann, das Zukunftskonzept umzusetzen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die 18 Monate der Unklarheit waren nämlich nicht nur für Politik und Wirtschaft, sondern insbesondere auch für die Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter unerträglich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wussten nicht, wie es mit ihnen weitergeht. Sie mussten zweimal Weihnachten in der Unklarheit erleben, wie es mit Opel weitergeht.

Meine Damen und Herren, zu dieser Unsicherheit hat die Bundesregierung aber in sehr entscheidendem Maße beigetragen. Im Februar dieses Jahres hat man seitens der Bundesregierung und der Länder einen Antrag von Opel entgegengenommen und immer Hoffnungen gemacht, dass Bürgschaften ausgestellt werden. Man hat es abgelehnt, frühzeitig Koordinierungsgespräche zwischen den Ländern und der Bundesregierung auf politischer Ebene zu ermöglichen. Der Grund war klar: Man wollte vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen nicht dokumentieren, dass in dieser Frage Uneinigkeit in der Bundesregierung herrschte. Deswegen hat man seitens der Bundesregierung aus politischen Gründen auch Unklarheit bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kauf genommen.

(Beifall der SPD)

Herr Licht, Ihrer Aussage ist zuzustimmen, dass das Bild, das die Bundesregierung abgegeben hat, nicht das beste gewesen ist. Ich halte es für unwürdig für eine deutsche Bundesregierung, wenn in offensichtlicher Absprache mit dem Kanzleramt der Wirtschaftsminister eine Entscheidung verkündet und zwei Stunden später die Bundeskanzlerin sagt, da habe zwar jemand im Namen der Bundesregierung eine Entscheidung getroffen; das letzte Wort sei aber noch nicht gesprochen. Ich halte das für unwürdig für eine Regierung in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Herr Baldauf, das hat nicht nur die Frau Bundeskanzlerin gesagt. Auch Frau Klöckner hat nach der Entscheidung des Bundeswirtschaftsministers gesprochen. Sie hält das letzte Wort zur staatlichen Opelhilfe noch nicht für gesprochen und hat ausgeführt, wenn eine Bürgschaft nach dem Deutschlandfonds nicht möglich ist, müssten andere Wege gefunden werden. Das hat Frau Klöckner gesagt. Dann hat die FDP in der Bundesregierung klargemacht, wer dort offensichtlich solche Entscheidungen trifft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist auch klar. Es war richtig gewesen, dass eine Brückenfinanzierung im Mai letzten Jahres zur Verfügung gestellt wurde. Ohne die Brückenfinanzierung im Mai letzten Jahres gäbe es keine Zukunft für Opel. Dann wäre Opel mit dem Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen insolvent gegangen.

Es gab auch Politiker in Rheinland-Pfalz, wie Herr Fuchs und andere, die gesagt haben, auch diese Brückenfinanzierung ist unverantwortlich. Der Staat muss sich heraushalten. Hätten wir auf diese Personen gehört, dann würden wir nicht mehr über die Zukunft von Opel sprechen können, sondern nur noch über die Insolvenzmasse. Die Entscheidung ist so getroffen worden.

(Beifall der SPD)

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass in anderen europäischen Ländern Bürgschaften bereitgestellt wurden. Für die Automobilindustrie wurden nicht nur 8 Milliarden Euro aus der Europäischen Investitionsbank bereitgestellt. Es wurden auch Darlehen in der Größenordnung von mehreren 100 Millionen mit Staatsbürgschaften belegt, wie bei Volvo und Saab.

Herr Eymael, wir warten natürlich ab, wie der Bürgschaftsantrag von Ford in Nordrhein-Westfalen entschieden wird – auch das wird eine interessante Frage sein – oder ob dort auch Hoffnung gemacht und ein Konzern motiviert wurde, Anträge zu stellen, obwohl vielleicht vorher schon die politische Entscheidung feststand, die folgen wird. Dann soll man Automobilkonzerne auch keine Anträge stellen lassen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Wenn wir den zukunftsfähigen Standort Kaiserslautern betrachten, dann sind wir froh, dass in gemeinsamer Regierungsverantwortung FDP und SPD die Entscheidung getroffen haben, eine Förderung für Opel Kaiserslautern auszusprechen. Das war eine kluge Entscheidung gewesen. Es war auch ordnungspolitisch richtig gewesen, diese zu treffen. Nur wegen dieser Entscheidung konnte jetzt entschieden werden, dass die neue Generation der Dieselmotore der Euronorm 6 in Kaiserslautern produziert wird. Ohne die Unterstützung des Landes von früher hätte diese Option überhaupt nicht bestanden.

(Beifall der SPD)

Herr Kollege Licht, Sie berufen sich mit Recht darauf, dass die Zukunftssicherung auch dadurch erreicht wurde, dass es eine Vereinbarung des Betriebsrats mit der Geschäftsleitung gibt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten einen Beitrag von 265 Millionen Euro pro Jahr zur Sicherung des Konzerns. Dafür sind gewisse Zusagen gemacht worden.

Sie wissen auch, dass es insbesondere unser Ministerpräsident Beck gewesen ist, der gefordert hat, zuerst zu einer Einigung mit dem Betriebsrat zu kommen, bevor über Bürgschaften entschieden wird.

Es war gut, dass wir diese Forderung erhoben haben; denn die Vereinbarung wurde im Vorfeld des Bürgschaftsverfahrens getroffen. Darauf können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Zukunft der Standorte berufen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, es bleibt abzuwarten, wie verlässlich die Zusagen von GM sein werden. Die Finanzierung auch der Zukunft von Opel geschieht im Ergebnis mit amerikanischen Steuergeldern. Das ergibt die Möglichkeit, die Beträge entsprechend bereitzustellen. Dass die Entscheidung so getroffen wurde wie im Bund, wird auch dazu führen, dass die Entscheidungen über die Zukunft von Opel und auch die langfristigen Perspektiven ohne Rücksprache mit den Landesregierungen und der Bundesregierung in Detroit getroffen werden.

Auch dort wird unter Umständen auf eine Diskussion reagiert, die es in Europa gegeben hat, nämlich dass zunächst amerikanische Steuergelder in Amerika eingesetzt werden müssen. Dieses Restrisiko besteht. Wir hoffen, dass die Zusagen im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Wirtschaftsstandorts Deutschland eingehalten werden.

Man hätte bei einem konsequenten Umgang insbesondere seitens der Bundesregierung eine vorhandene Verärgerung bei GM verhindern können, indem man konsequenter umgegangen wäre und keine falschen Hoffnungen gemacht hätte.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich eine Delegation polnischer Richter, begleitet von dem Herrn Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs der Republik Polen Dr. Bohdan Zdziennicki, dem Herrn Präsidenten des Appellationsgerichts Katowice Roman Sugier sowie dem Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz Ralf Bartz. Seien Sie alle willkommen! Wir sind froh, dass Sie da sind.

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Eymael das Wort.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Firma Opel beschäftigt uns schon über viele Jahre hinweg, nicht nur seit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Immer wieder gab es Diskussionen auch um den Standort Kaiserslautern.

Ich bin froh darüber, dass sowohl der Standort Kaiserslautern als auch der Standort Rüsselsheim und alle anderen deutschen Standorte möglichst gesichert sind und die Arbeitsplätze erhalten bleiben, und zwar nicht nur kurz-, sondern langfristig. Das scheint nach dem neuen Konzept möglich zu sein. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall der FDP)

In den strukturschwachen Regionen – dazu zählt auch Kaiserslautern – sind wir froh und dankbar für jeden Arbeitsplatz. Ich freue mich auch, dass sich GM zu seiner Tochter bekannt hat. Eine Mutter muss sich um ihre Tochter besonders bemühen, insbesondere dann, wenn sie 12 oder 13 Milliarden auf der hohen Kante liegen hat.

Da sie über Jahre hinweg die Gewinne von Opel abgeschöpft und in Amerika eingesetzt hat, kann man jetzt umgekehrt erwarten, dass GM die Mittel, die dort verdient werden, für die Rettung der Tochter Opel aufwendet. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, wenn man eine warmherzige Mutter darstellt. Das will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, insofern freue ich mich, dass die Verhandlungen von Bundeswirtschaftsminister Brüderle dieses Ergebnis hatten und davon keine präjudizierende Wirkung ausgeht; denn reden Sie einmal mit Leuten von Daimler in Wörth. Ich habe mit diesen gesprochen. Diese sagen, das ist eine glatte Wettbewerbsverzerrung. Wir sind dabei, einen neuen Lkw zu entwickeln. Wir wollen auch Bürgschaften. Diese hatten in der Wirtschaftskrise auch Riesenprobleme.

All das ist uns jetzt erspart geblieben, weil sich ein Unternehmen im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft wieder selbst saniert. Das muss doch das Ziel sein. Es kann doch nicht sein, dass wir mit großen Schecks und Bürgschaften wedeln und sagen, wir geben euch alles,

(Glocke des Präsidenten)

Ihr braucht gar nichts zu machen und auch kein ordentliches Konzept.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist jetzt Gott sei Dank nicht der Fall, sondern, meine Damen und Herren, die Standorte sind gesichert.

Präsident Mertes:

Die Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Eymael. Das können Sie auch ablesen wie jeder andere.

Abg. Eymael, FDP:

Ich bedanke mich, dass ich das Wort abgedreht bekommen habe.

Präsident Mertes:

Sie haben 26 Sekunden überzogen.

Abg. Eymael, FDP:

Dann bitte ich, das auch bei den SPD-Kollegen so zu halten.

Präsident Mertes:

Erstens ist es Ihnen nicht erlaubt, Diskussionen über Leitungsentscheidungen des Präsidenten zu führen. Schauen Sie in die Geschäftsordnung!

Zweitens haben wir hier vorne eine wunderbare Liste. Wir führen hier vorne Buch. Sie dürfen das einsehen. Wenn Sie dann noch der Meinung sind, können Sie versuchen, weiter so Reden zu halten, wie Sie sie gehalten haben. Ich denke nicht daran, dass die Regeln, die Sie sich selbst gegeben haben, von Ihnen selbst überschritten werden. Punkt.

Frau Kollegin Mohr, Sie haben für die SPD-Fraktion das Wort für zwei Minuten.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Für zwei Minuten? – Also gut.

Ich denke, wir sind uns alle darüber einig, dass GM jetzt in der Pflicht steht. Getreu dem Motto, die Hoffnung stirbt zuletzt, hoffe ich, dass GM sich diesen großen Herausforderungen nachhaltig stellt, Wort hält und – wie mit den Gewerkschaften vereinbart – das Unternehmen fit für die Zukunft macht.

Man muss sehen, der Automobilmarkt ist ein heiß umkämpfter Markt. Wer hier nicht zukunftsfähig agiert, hat auf lange Sicht verloren, weil auf diesem Markt Überkapazitäten vorhanden sind. Von GM wird schon gefordert, dass die Produkte zukunftsfähig sind; denn wir brauchen starke Standorte für die Wirtschaftskraft in unseren Regionen und für den Erhalt der Arbeitsplätze auch in Rheinland-Pfalz.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, GM wird in den USA wieder gut bewertet. Ich mache mir aber Sorgen, weil nach den angelsächsischen Bilanzierungsregeln bewertet wird, das heißt nach dem Fair Market Value. Da werden die Anlagen und Güter jeweils nach dem aktuellen Wert bilanziert und täglich neu bewertet. So sind viele Blasen entstanden, und so entstehen auch Bewertungsblasen. Insofern verstehen Sie meine Skepsis, wenn ich die Zahlen und Werte sehe. Ich möchte Fakten sehen. Ich schaue in die Zukunft und erwarte von GM, dass sie das, was sie jetzt versprochen haben, auch an europäischen Standorten und in Deutschland realisieren.

Wir wissen, dass wir in Rheinland-Pfalz gute Standorte und hervorragende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, die sich engagiert und mit Herzblut in den eineinhalb Jahren eingebracht haben.

Ich denke, diese Standorte werden beweisen, was sie leisten können.

(Glocke des Präsidenten)

Ich danke Ihnen.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Vier Sekunden.

Ich erteile Herrn Kollegen Licht von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Mohr, insofern habe ich im Moment in GM ein größeres Vertrauen, vor allen Dingen in deren Konten, als – – –

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

– Nein.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Warten Sie ab, Herr Kollege.

Ansonsten vertrauten die Landesregierung oder frühere Finanzminister auf Konten, auf denen nur 50 Euro ausgewiesen werden.

(Beifall bei der CDU –
Baldauf, CDU: Dollar! –
Zurufe von der SPD)

– Dollar. Pardon.

(Unruhe im Hause)

– Gut, dann wollen wir es noch genauer machen: Auf Konten, auf denen nie mehr als 500 Dollar gewesen sind.

(Pörksen, SPD: Die Opelarbeiter werden sich über solche Reden freuen!)

Meine Damen und Herren, ich denke, über eines muss man in der Situation etwas sagen. Natürlich ist und bleibt es ein Risiko. Das ist ohne Wenn und Aber so.

Ich zitiere bewusst noch einmal die Meldung von Reilly und Franz. Beide betonten, dass die vor rund zwei Wochen mit den Arbeitnehmervertretungen in Europa geschlossenen Vereinbarungen über Standort-, Beschäftigungs- und Investitionszusagen nicht an die Bürgschaften gebunden seien und ihre Gültigkeit behielten. Zusätzliche Stellenstreichungen und Standortschließungen sind demnach nicht geplant.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, mehr an Versicherung, mehr als das Bekenntnis von GM zu den Standorten können wir in der jetzigen Situation nicht erwarten. Hoffen wir, dass es gut geht.

Ich bin eigentlich guten Mutes; denn die Opelaner haben uns gezeigt, dass sie hervorragende Arbeit leisten, und dieses Know-how will sich die USA auch künftig halten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Mertes:

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Unausgewogene Sparpläne der Bundesregierung – Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz und seine Bürgerinnen und Bürger“
auf Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/4734 –**

Ich erteile Herrn Kollegen Hartloff von der SPD-Fraktion das Wort.

Je Fraktion stehen in der ersten Runde 5 Minuten und in der zweiten Runde 2 Minuten als Redezeit zur Verfügung.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil dieses Sparpaket, das die Bundesregierung angekündigt hat, natürlich auch Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz hat, weil es, was die geplante Einnahmensituation anbelangt, beim Bund neue Einnahmen beschere kann, nicht muss, aber auf jeden Fall die Länder und die Kommunen belastet.

Meine Damen und Herren, ich will dem voranschicken: Natürlich muss man beim Bund sparen. Natürlich müssen wir bei den Ländern und den Kommunen sparen, um unsere Haushalte in Ordnung zu bringen. Deshalb reden und verhandeln wir über Instrumente wie eine Schuldenbremse.

Aber wenn man Sparvorschläge macht, die von der Bevölkerung akzeptiert werden sollen und unser gesellschaftlicher Konsens bestehen bleiben soll, dann müssen solche Sparvorschläge auch ausgewogen sein und von der Bevölkerung als gerecht wahrgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Diesem Anspruch werden die Sparvorschläge und die Vorschläge der Bundesregierung, die in Gesetzesform gegossen werden sollen, in keiner Weise gerecht.

Ich darf Ihnen nur aus der großen Auswahl derer, die Kritik geübt haben, aus Rheinland-Pfalz den Katholikenrat des Bistums Trier nennen, der die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung kritisiert hat. Es sind überproportional diejenigen betroffen, die eigentlich gar keinen Spielraum mehr haben, sagt der Katholikenrat.

Die evangelische Kirche, hier ist es der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt, also jemand, der sich damit intensiv beschäftigt, ist entsetzt über das Sparpaket und protestiert gegen die geplanten ungerechten und unsozialen Sparbeschlüsse der Bundesregierung.

Konkret sind diese Sparbeschlüsse in den Bereichen, in denen denjenigen genommen wird, die wenig haben und nur über Weniges verfügen. Auch wenn man manches an sozialen Transferleistungen auf den Prüfstand stellen muss,

(Baldauf, CDU: Genau!)

dann ist hier die Ausgewogenheit nicht gewahrt. Wenn ich daran spare, dass ich das Wohngeld streiche, hier den Heizkostenzuschuss, dann belaste ich die Kommunen und nehme den Leuten notwendiges Geld, um überhaupt ihre Unterkunft bezahlen zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn ich beim Elterngeld, bei den Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, spare und nicht bei denen, die vielleicht mit einem gut verdienenden Partner verheiratet sind, dann ist das unausgewogen und nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte die Beispiele ergänzen.

Ich will Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ zitieren, der es sehr zutreffend beschrieben hat. Er sagt: „Die Suppe, die die sozial Schwachen jetzt auslöffeln sollen, haben ganz andere eingebrockt.“

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Bei der Verteilung sozialer Folgekosten der wirtschaftlichen Katastrophe ist es also so ähnlich wie bei der Ölpest im Atlantik: Fischer und Fische können am wenigstens dafür, aber sie gehen als erste kaputt.“

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das kann nicht die Reaktion darauf sein, dass die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erwiesenermaßen immer weiter auseinander gegangen ist. Das kann nicht das gesellschaftliche Modell sein, welchem wir uns verpflichtet fühlen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Deshalb ist es notwendig, dass man mit Sparbeschlüssen andere Akzente setzt und sinnvollere Vorschläge prüft, wie es beispielsweise auch Herr Kollege Baldauf macht, wenn er sagt, der Spitzensteuersatz ist für eine begrenzte Zeit hochzusetzen, und nicht so, wie Frau Klöckner es sagt, dass das alles gut wäre.

Ich will in dem Zusammenhang nochmals abschließend Prantl zitieren, der sagt: „Das Sparpaket ist nur bei den sozial Schwachen ein Sparpaket.“

Ansonsten ist es ein Windbeutel – und die Politiker, die es als sozial ausgewogen bezeichnen, sind“ – um nichts Schlimmeres zu sagen – „Spruchbeutel“.

Vielen Dank. Das Nächste in der nächsten Runde.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Herr Kollege Baldauf, Sie haben sich gemeldet, bitte schön.

(Fuhr, SPD: Jetzt kommt die Steuererhöhung!)

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal – da besteht sicherlich Einigkeit – befinden wir uns in einer Situation in diesem Staat, in der es erforderlich ist, dass man nicht nur darüber nachdenkt, wie man Einnahmen erhöht, sondern vor allem darüber nachdenkt, dass man über Ausgabenkürzungen zu entscheiden hat, weil wir auch noch nicht ganz aus einer Krise heraus sind.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte dazu auch zu Beginn eines sagen, bevor ich auf die Sparvorschläge als Zukunftspaket eingehe, Herr Hartloff

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– ich bin auch der Meinung, dass es Stufe eins ist und es weitergehen muss –, und möchte eines einmal betonen an dieser Stelle: Diese Vorschläge sind in einer Form und in einem Umfang gefasst worden, wie es sich Rot-Grün, wie es sich SPD und Linkspartei bisher nie erlaubt haben, überhaupt vorzuschlagen. Ich finde, das ist zunächst einmal ein richtiger und guter Ansatz, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD –
Zurufe von der SPD –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Dann sage ich Ihnen eines: Sie sind ja besonders interessant. Ich kann mich erinnern, was Herr Mertin das letzte Mal gesagt hat.

(Pörksen, SPD: Da werden wir Ihnen ja dankbar für sein!)

Wenn es darum geht, dass auf Bundesebene etwas eingespart oder überlegt wird, was einzusparen ist, dann sind Sie der Erste, der nach außen rennt und schreit: Es ist ungerecht. Wenn Sie hier etwas einsparen wollen und sollen, dann sind Sie der Meinung, wir würden keine Vorschläge machen.

Herr Ministerpräsident, dann machen Sie doch einmal Vorschläge auf Bundesebene, damit wir wissen, was Sie überhaupt einsparen wollen. Aber da hört man natürlich wieder nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Ramsauer, SPD: Die haben wir in der letzten Runde schon gesagt, in der letzten Plenarsitzung! Das steht im Protokoll, können Sie nachlesen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte eines dazu sagen. Wir müssen tatsächlich anfangen, nicht nur in Kleinigkeiten zu sparen, sondern auch in größerem Umfang. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wo spart man gerecht und verantwortungsvoll in dieser Gesellschaft?

(Ramsauer, SPD: Aus Ihrer Sicht bei den Hartz-IV-Empfängern!)

Jetzt möchte ich Ihnen zunächst einmal etwas dazu sagen, was das jetzige Sparpaket beinhaltet, weil wir über Dinge reden, die man bitte auch einmal durchdeklinieren soll.

Wir haben zunächst die Situation, es werden 13 Milliarden Euro eingespart, davon 5 Milliarden Euro im Sozialbereich,

(Ramsauer, SPD: Bei den kleinen Leuten!)

5 Milliarden Euro bei den Unternehmen, und 3 Milliarden Euro spart der Staat selbst bei Bundesbeamten und anderen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man weiß, dass die Quote des Sozialbereichs 50 % übersteigt und wenn man diese Zahlen sieht, dann ist es doch nicht unausgewogen, wenn man auch im Sozialbereich darüber nachdenkt, an der einen oder anderen Stelle zu sparen, um auch das Lohnabstandsgebot wieder einmal herbeizuführen, dass diejenigen, die arbeiten, mehr haben als diejenigen, die nicht arbeiten.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Das mag Ihnen nicht gefallen, aber jetzt müssen Sie ganz genau aufpassen, weil das nämlich in der Regel alles Vorschläge sind, die Rot-Grün damals schon beschlossen hat und die nur an der einen oder anderen Stelle erweitert wurden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Keller, CDU: So ist es!)

Wir fangen bei der Nummer 2 an. Milliarden Euro werden beim Bund und bei der Bundesagentur eingespart. Warum? – Weil man sagt, man möchte nicht mehr die eigentlichen Pflicht-, sondern man möchte in Zukunft Ermessensleistungen erbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute hat man die Situation, dass man über 230 Programme für Langzeitarbeitslose hat, die sie verpflichtend zum Teil wahrnehmen müssen. Ist es denn da nicht geboten, dass man sagt, man muss im Ermessen desjenigen vor Ort entscheiden dürfen, welche Maßnahmen sinnvoll sind und welche nicht? Dafür ist die Einsparung erfolgt, und nicht mehr und nicht weniger, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Abg. Pörksen und Hartloff, SPD)

Dann gehen wir weiter. Dann kommen die 200 Millionen Euro, die zur Streichung des Übergangsgelds jetzt eingestellt wurden. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, es wurde damals von Rot-Grün so gewollt, dass nach dem Arbeitslosengeld-I-Bezug ein gewisser Abstand zum Arbeitslosengeld-II-Bezug da ist.

(Keller, CDU: So ist es! –
Zurufe von der SPD)

Nichts anderes passiert jetzt an dieser Stelle, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Ramsauer, SPD: Selbstverständlich ist es anders! –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Dann gehen wir weiter zu den 1,8 Milliarden, die beim Rentenzuschuss eingespart werden – hören Sie zu, dann wissen Sie es auch einmal –: Dieser Zuschuss hat Rentenansprüche von maximal 2,09 Euro im Monat berührt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da kann man doch nicht sagen, die Welt ist ungerecht und

unsozial, wenn ich über diese Beträge in dieser Höhe nachdenke.

Dann gehen wir weiter zu den 600 Millionen Euro beim Elterngeld. Ich komme gleich noch bei der Frage der Arbeitslosen dazu, wie man damit umgeht. Aber tatsächlich wurde das Elterngeld zunächst einmal dafür eingeführt, dass diejenigen die im Erwerbsleben sind, hinterher auch weiter eine ausreichende Quote ihres Verdienstes für die Zukunft haben.

Jetzt ist nur eines passiert – wir müssen uns das bitte vor Augen halten, dass es vor allem bei denen auch gestrichen wird –, bei der Zahl der Geburten, die wir in Deutschland haben, sprechen wir bei den Sozialhilfempfangern, von denen wir hier reden,

(Glocke des Präsidenten)

von über 50.000, die meisten in Berlin und andernorts, und über 700.000 Geburten. Darüber reden wir: 700.000 Geburten, 50.000 in dem Bereich.

(Hartloff, SPD: Dann sollten Sie das auch im Klartext so sagen; denn ist es gut, was Sie sagen!)

Alles Weitere in der zweiten Runde. Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Herr Kollege Bauckhage von der FDP.

Abg. Bauckhage, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal lassen Sie mich feststellen, wir haben in diesem Staat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem.

(Beifall der FDP –
Baldauf, CDU: So ist es! –
Pörksen, SPD: Wenn es nur so einfach wäre!)

Wenn man das hat und vor der schwierigen Frage steht – Herr Kollege Pörksen, ich will jetzt das gesamte Szenario der Gesamtverschuldung hier nicht vorrechnen; denn das weiß jeder selbst –, dass man tatsächlich die Stabilitätskriterien einhalten muss, und zwar im Interesse aller, dann steht man vor der schwierigen Frage, ein Einsparpaket vorzulegen.

Ich erachte dieses Einsparpaket für ausgewogen, Herr Hartloff. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Sie haben Herrn Prantl zitiert, haben aber vorsichtshalber nicht gesagt, wo Sie die Einsparungen vornehmen wollten. Das ist natürlich schwierig.

(Baldauf, CDU: Das würde uns auch einmal interessieren!)

Natürlich muss gespart werden, nur an der richtigen Stelle, und die richtige Stelle ist nicht bei mir. Wenn man

nach der Methode vorgeht, wird man keine Volumina erreichen.

Nun haben wir ein Problem, dass man sagen muss, wir haben gerade im Bereich der Mitte der Gesellschaft eine Steuerbelastung, die fast unerträglich ist. Gerade für diese Leistungsträger der Gesellschaft ist die Steuerbelastung fast unerträglich. Da bin ich übrigens sehr nah bei Ihrem Parteivorsitzenden Gabriel, der auch sagt, der Mittelstandsbauch muss abgeflacht werden.

Es macht keinen Sinn, wenn Sie jetzt die Steuererhöhung wollen, dass Sie sagen, wir gehen in dieses Segment hinein. In diesem Segment haben Sie zwar dann Einsparvolumina, aber in Wahrheit haben Sie dann höhere Steuern.

Ich erachte es nach wie vor als richtig, dass wir den Mittelstandsbauch entsprechend abflachen. Dann kann man mit mir über alles reden. Man muss nur wissen, wenn man redet, es muss sich dann auch für den Bundeshaushalt in Euro auszahlen.

Über 50 % der Ausgaben sind Sozialausgaben. Wenn Sie den Schuldendienst noch oben draufrechnen, dann liegen Sie bei 80 % der gesamten Staatsausgaben. Dann müssen Sie natürlich überlegen: Wo setzt man am besten an? – Da, meine ich, hat die Bundesregierung an der richtigen Stelle angesetzt; denn ich nehme jetzt einmal beispielsweise die Heizkostenzuschüsse. Die sind seinerzeit eingeführt worden, als die Energiepreise hoch waren.

(Zuruf von der SPD: Jetzt sind sie niedrig?)

Ich streite jetzt nicht darüber, warum die Energiepreise hoch sind, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das hat ja auch Hintergründe.

Man kann jetzt sagen, die Energiepreise steigen nicht mehr.

(Heiterkeit bei der SPD –
Zuruf von der SPD: Was?)

Deshalb erachte ich es als richtig, dass man beispielsweise beim Wohngeld etwas macht. Man macht es auch richtig am Elterngeld. Man muss sehen, dass am Elterngeld beispielsweise 630 Millionen eingespart werden.

Es gibt keine Veränderung beim Mindestelterngeld. Der Satz von 300 Euro bleibt bestehen. Darüber hinaus wird für die Bezieher kleinerer Einkommen die Sparanstrengung einbezogen. Bis 1.000 Euro gibt es weiterhin den Geringverdienerzuschlag, und auch der Geschwisterbonus bleibt.

Wenn man weiß, dass jetzt 30 % vom gesamten Einsparvolumen ins Soziale fließen, 30 % bei 50 % Sozialausgaben, dann muss mir jemand erklären, was dabei sozial unausgewogen ist;

(Baldauf, CDU: Das frage ich mich auch!)

es sei denn, Sie sagen: Jawohl, ich will die Steuern erhöhen.

Nun muss man wissen, dass von 1999 bis heute in anderen Regierungszeiten die Staatsverschuldung um insgesamt 300 Milliarden erhöht worden ist. Wir stehen jetzt vor einer schwierigen Frage, nämlich vor der Frage: Wie wollen wir insgesamt die Kriterien aushalten und ausloten, um die Stabilität der Währung zu gewährleisten? Das ist die Kernfrage überhaupt.

Die Stabilität der Währung werden wir nur gewährleisten, wenn wir alle diese Kraftanstrengung unternehmen und die Einsparvolumina insgesamt erreichen. Das wird eine entscheidende Frage sein. Die Einsparvolumina sind nicht zu erreichen, indem wir sagen: Wir machen jetzt einmal gar nichts, warten einmal ab und erhöhen die Steuern.

Wenn man Steuern erhöht, muss man wissen, dass man dann unter Umständen wiederum die Mittelschicht enorm belasten muss, die jetzt schon überproportional belastet ist.

(Beifall der FDP)

Nun kann man sagen, dass die Mittelschicht durchaus geschont werden muss, und daher gehen wir an die obere Schicht heran. Allerdings müssen Sie dabei auch das Einsparvolumen erreichen.

Man kann über alles reden, aber ich bin der Meinung, dass die jetzige Steuereinnahmensituation durchaus respektabel ist. Dies hat übrigens auch etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung abbremsen will, muss man die Steuern erhöhen.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, in der zweiten Runde wird mein Kollege Dr. Schmitz sprechen.

Ich bin der Meinung, dass das Sparpaket insgesamt ausgewogen ist und dazu beiträgt, die Stabilität der Währung zu gewährleisten.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Beck das Wort.

Beck, Ministerpräsident:

Vielen Dank!

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube in der Tat, dass wir uns alle darüber bewusst sind, dass das, was wir an Angriffen auf unsere gemeinsame Währung im Euro-Raum und auf einzelne Volkswirtschaften erlebt haben, mit zwei zentralen Antworten zu versehen ist: Eine der Antworten lautet sicherlich, eine entsprechende Transparenz und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, und die zweite Antwort muss lauten, dass wir diese Angriffe durch entsprechende lenkende Maßnahmen im

Bereich der Finanzwirtschaft einschränken müssen, was auf der Ebene der G 20, aber auch auf der europäischen Ebene und der Ebene des Euroraums notwendig ist. Leider hat Letzteres bisher noch keinerlei Erfolg gezeitigt.

Wenn wir nun den Teil der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte betrachten, was wir derzeit tun, bin ich von einem Punkt zutiefst überzeugt. Ich bin davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger dafür gewonnen werden können, an jeder einzelnen Stelle zu schauen, ob man mit öffentlichen Ausgaben nicht effizienter umgehen kann und was unter dem Druck der Situation eingespart, das heißt, jedem Einzelnen an Verzicht zugemutet werden muss.

Aber von etwas anderem bin ich mindestens genauso überzeugt. Ich bin genauso davon überzeugt, dass es unmöglich ist, den Menschen zu erklären, dass beispielsweise jemand wie ich mit meinem Einkommen null Eurocent zu dieser Konsolidierung beiträgt und bei einem anderen mit einem Minimaleinkommen, das gerade einmal über der Existenzgrenze liegt, um zu überleben, allein eingespart wird. Wer das den Menschen erklären will, der wird scheitern, und er wird zu Recht scheitern, da es an der Grundausgewogenheit der Überlegungen fehlt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der SPD)

Ich möchte auch in meinen weiteren Beispielen bei einer Person mit meinem Einkommen bleiben. Sie wissen, wir alle haben, gemessen am internationalen Vergleich, keine Spitzeneinkommen, aber wir haben sehr gute Einkommen, gemessen am Durchschnitt der Bevölkerung.

Was würde es beispielsweise ausmachen, wenn bei jemandem wie mir der Steuerbalkon um ein oder zwei Punkte erweitert würde? – Ich rede nicht vom Spitzensteuersatz, da wir ansonsten wieder die gesamte Steuerkurve verändern müssten und der Mittelstandsbau noch weiter anwachsen würde. Der Steuerbalkon vermeidet genau dies, und es ist im Übrigen aus meiner Sicht auch ein Denkfehler in Ihrem Vorschlag, Herr Kollege Baldauf, den Spitzensteuersatz temporär zu erhöhen. Dann müssten Sie auch immer die gesamte Steuerkurve verändern. Ich möchte daher nur über den Steuerbalkon reden, sodass wir die Kurve nicht schon ab der Mitte steiler machen müssen. Vielmehr würde sie durch diesen Zuschlag sowie auch durch einen durchaus niedrigeren Ansatz dieses Zuschlags nicht verändert, aber wir würden erhebliche Mehreinnahmen erzielen. Sie wissen, wenn wir von einem Punkt Erhöhung sprechen, sind dies nach Berechnungen, die auf Bundesebene vorliegen, 1,5 Milliarden Euro pro Punkt. Dabei geht es also nicht um Kleinigkeiten.

Wenn ich nun beispielsweise 150 Euro oder 200 Euro nicht hätte – so viel würde es bei mir gar nicht ausmachen, aber einmal angenommen, ich hätte dieses Geld nicht –, glaubt denn jemand ernsthaft, dass dies auf mein Wirtschaftsverhalten oder das Wirtschaftsverhalten meiner Familie irgendeinen Einfluss hätte? – Ich müsste an meinen Kindern nicht sparen, ich müsste an der Familie nicht sparen, ich müsste überhaupt nirgendwo

sparen. Also, erklären Sie mir und erklären Sie den Menschen, warum nicht. – Warum nicht?

(Beifall der SPD)

Lassen Sie mich nun zu dem Punkt der sozialen Ausgewogenheit einige Fakten, auch bezogen auf Rheinland-Pfalz, nennen. Es ist unstrittig, dass 35 % der Einsparungen in diesem sogenannten Sparpaket im Sozialbereich erzielt werden. Zwei Drittel dieser Einsparungen ergeben sich aus tatsächlichen Kürzungen von Sozialtransfers direkt an die Empfänger. Dies bedeutet konkret ein Einkommensverlust für diese Familien.

7 % ergeben sich durch die Belastung der Rentenversicherung, über die wir vorhin schon einmal debattiert haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns diese Entwicklung einmal genauer betrachten, kommen wir doch zu beachtlichen Beispielen. Herr Kollege Baldauf, Sie haben vorhin so locker gesagt, die rot-grüne Bundesregierung wollte, dass nach dem Arbeitslosengeld I und II ein Abbruch der Leistung erfolgt. Wenn man es gewollt hätte, hätte man unterm Strich diese Übergangsregelung nicht gemacht. Sie ist aber genau deshalb gemacht worden – einverstanden, nach einer Diskussion –, aber sie ist gemacht worden in der Erkenntnis, dass man einen solchen Abbruch niemandem zumuten kann.

Sie wissen auch, dass dies ein Thema war, das bei den Menschen für viel Aufregung gesorgt hat, und ich habe es immer nachvollzogen und habe immer auch dagegen angekämpft, und ich war auch bei denen, die für eine solche Übergangsregelung gestritten haben. Für einen Menschen, der 20 oder 30 Jahre lang gearbeitet hat, der von heute auf morgen diesen Riesensprung durchmachen muss und dem keine Chance gegeben wird, sich über ein Jahr hinaus erneut um Arbeit zu bemühen, ist es besonders schlimm. Ich nenne als Beispiel die 45-jährige Frau nach der Familienphase oder den 55-jährigen Fabrikarbeiter, dessen Fabrik geschlossen wurde. Es ist wichtig, ihnen mehr Zeit zu geben und ihre Not in dieser Zeit abzumildern. Dies hat nichts mit sozialen Wohltaten zu tun, sondern es hat etwas mit Kerngerechtigkeit zu tun.

(Beifall der SPD)

Lieber Herr Kollege, wir alle wissen doch, wovon wir reden. Meine Partei ist für Unsensibilitäten genau in diesen Betrachtungen bitter abgestraft worden. Glauben Sie doch nicht, dass die Menschen nun diese Sensibilität völlig verloren haben oder nicht wissen, was Sache ist. Dieser abrupte Absturz, den Sie verteidigt haben, bedeutet für einen Alleinstehenden im ersten Jahr des Übergangs von ALG I nach ALG II 160 Euro weniger und im zweiten Jahr immer noch 80 Euro weniger im Monat. Das bedeutet für diese Menschen viel Geld. Dieses Geld geht eben in die Wirtschaft.

Es wird immer argumentiert, wir dürften nichts tun, was den Impuls in die Binnenkonjunktur stört. Diese Menschen nehmen ihr Geld nicht und legen es auf die hohe Kante, weil sie es gar nicht können, sondern sie werden allenfalls bei ihrer zusätzlichen Altersversorgung sparen, weil es für sie nicht anders möglich ist, und werden

ansonsten am Konsum sparen. Wo ist der ökonomische Sinn, und wo ist die Gerechtigkeit einer solchen Entscheidung?

(Beifall der SPD)

Ich habe Ihnen gesagt, ich möchte auch rheinland-pfälzische Zahlen nennen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir redeten nur über eine Handvoll Leute. Ich nenne die Zahlen vom Februar, aus der letzten Statistik, die es gibt. Es ist die Zahl der ALG-I-Empfänger, die diese Zuschläge noch bekommen. Dies sind in Rheinland-Pfalz 7.484 Familien. Ich sage dies nur, damit wir wissen, das ist keine marginale Größenordnung, sondern es sind viele Menschen, und – das sollte man nie aus den Augen verlieren – es sind die Menschen, die hart gearbeitet haben und das Pech haben, arbeitslos zu werden.

Um die geht es. Ich finde, es ist ein problematischer Ansatz.

Ich könnte die Zahlen auch für das Elterngeld durchdeklinieren. Dort kommen Sie ökonomisch und von der sozialen Balance her zu gleichen Ergebnissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann haben wir 22 % dieses Sparpakets, die in den Bereich von anderen Kürzungen gehen. 22 % der Maßnahmen sind neue Abgaben. Das ist die Bankenabgabe.

(Bauckhage, FDP: Sind Sie dagegen?)

– Ich bin gegen die Bankenabgabe. Ich bin für eine Finanztransaktionssteuer in Europa, mit Verlaub. Es ist doch nicht so, dass das von der Bundesregierung nicht zugesagt worden wäre. Die Bundesregierung hat im Deutschen Bundestag – ich war bei der Debatte dabei – und im Deutschen Bundesrat einen Weg zugesagt zu sagen, wir versuchen es bei G 20. Wenn es dort nicht geht, versuchen wir es im europäischen Raum. Wenn das nicht geht, machen wir es im Euro-Raum. Das steht noch aus.

Ich sage nicht, dass wir das allein bestimmen können, aber G 20 steht gerade wieder an. Da muss man schon schauen, ob man Kanada nicht bewegen kann, einen solchen Weg mitzugehen.

Na ja, da lohnt sich doch die Anstrengung. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn Deutschland nicht in solchen zentralen Fragen mit Frankreich überquer gekommen wäre. Vielleicht wäre das ganz gut.

(Beifall der SPD)

Wann hat es das schon mal gegeben?

(Heiterkeit des Abg. Baldauf, CDU)

Warum suchen wir nicht den Schulterchluss – – –

– Herr Baldauf, wenn Sie darüber lachen, dann muss ich wirklich sagen, verstehe ich die Welt nicht mehr. Das ist eine der zentralsten Fragen in einer der schwierigsten Situationen der europäischen Politik. Seit Jahrzehnten

ist das erste Mal die deutsch-französische Achse gestört.

(Beifall der SPD)

Darüber kann man doch nicht lachen. Das ist wirklich eine hohe Bedrohung unserer aller Zukunft und Sicherheit.

(Beifall der SPD –
Zuruf aus dem Hause)

– Na ja, wenn man da sagt, dass das Quatsch ist, dann weiß ich es auch nicht mehr.

Meine Damen und Herren, warum versuchen wir denn nicht, die Chance zu verwirklichen, die über Jahrzehnte gepflegt worden ist und die heute so groß ist, wie sie seit Langem nicht mehr war, nämlich die transatlantische Brücke wirklich intensiv zu gehen, um mit dem amerikanischen Präsidenten zu sprechen, dessen Vorstellungen außer bei der Frage, wie dosiert man spart, ganz dicht bei uns, bei den deutschen Vorstellungen sind. Das wären keine schlechten Verbündeten, wenn man sie jetzt hätte. Das wären wirklich keine schlechten Verbündeten. Ich muss daran erinnern, als uns vorgeworfen worden ist, wir wären antiamerikanisch eingestellt. Das alles habe ich in diesem Parlament schon einmal erlebt.

(Zurufe von der CDU)

– Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, bei mir schon gar nicht. Aber wo bleibt denn jetzt, wo es darauf ankommt, die transatlantische Brücke? Ich will nur sagen, es ist nicht so einfach, „eins, zwei, drei, eins fallen lassen“ zu stricken. So einfach ist es nicht. Wir hätten eine realistische Chance, diese Finanztransaktionen in den Griff zu bekommen. Es wird aber nicht genug getan.

Ich sage Ihnen auch, woran es liegt. Entschuldigung, ich sage nicht, dass wir es immer durchsetzen könnten, aber ich sage, woran es liegt, dass keine wirklichen Versuche von Deutschland ausgehen. Das liegt an einer Bundesregierung, die sich in all diesen Fragen grundunterschiedlich innerhalb der Berliner Koalition begegnet. Es sind zwei diametral unterschiedliche Positionen. Das ist doch die Ursache, warum weder die Kanzlerin noch umgekehrt der Außenminister wirklich handlungsfähig sind. Es hat doch keinen Sinn, daran vorbeizureden.

Ich kam darauf, weil der Kollege Bauchhage von der Bankenabgabe gesprochen hat. Ich halte die Bankenabgabe für einen Fehler, weil sie die Sparkassen- und Volksbankensysteme am stärksten betrifft, weil sie sich nach Lohnkostensystemen bemisst, während ich es für richtig halte, die Finanztransaktionssteuer zu machen, die eben auch den Makler mit drei Leuten, der Milliarden um den Erdball jagt, erreicht, und nicht die Sparkasse, wenn sie viele Filialen hat, die dann viel Bankenabgabe zahlt. Das kann doch nicht unser Interesse als Flächenland sein.

(Beifall der SPD)

Als zweiten Punkt möchte ich die Abgabenerhöhungen ansprechen, zunächst die Luftverkehrsabgabe. Wir

waren uns in diesem Haus schon einig, auf jeden Fall, als wir – FDP und SPD – zusammen regiert haben, dass eine solche Abgabe durchaus wünschenswert wäre, aber nie national, sondern immer nur europäisch, weil wir uns sonst gegenseitig in Europa in einen Wettbewerb hineinbegeben, der für die deutschen Flughäfen nicht zu bestehen ist.

(Bauchhage, FDP: Das ist bei der
Transaktionssteuer auch!)

– Nein, eben nicht, wenn wir das europäisch machen. Ich bin für eine europäische Lösung und sage doch, wofür ich eben plädiert habe, dass sie geht.

Reden Sie einmal mit dem Kollegen Juncker aus Luxemburg, der von uns allen beauftragt ist, diese Finanzfragen im Sinne des Eurolandes zu organisieren. Es ist nicht so, dass wir da nichts hinbekommen können.

Ich komme aber noch einmal zur Luftverkehrsabgabe. Ich warne Neugierige. Ich rede jetzt einmal von Rheinland-Pfalz. Wo soll denn das Interesse eines Landes wie Rheinland-Pfalz liegen, eine solche einseitige Abgabe zu haben? Was bedeutet es für den Flughafen Hahn, für Zweibrücken, vielleicht auch einmal für Bitburg, Herr Kollege Billen? Was bedeutet das? Eine unglaubliche Wettbewerbsverzerrung gegenüber benachbarten Flughäfen in Luxemburg, Belgien, Frankreich, in den Niederlanden und anderswo.

Es ist nicht so, dass wir da theoretisch denken müssen. Sie wissen, die Niederlande hatten eine solche Luftverkehrsabgabe national beschlossen. Die Einnahmen betragen 300 Millionen, der Steuerverlust 1 Milliarde. Dann haben sie das Ding wieder abgeschafft.

Genau das steht im Konzept als Einsparmaßnahme, als Beitrag der Wirtschaft in dem Konzept der CDU-/CSU-/FDP-Koalition. Ich sage Ihnen voraus, wir werden es noch keine drei Wochen durchhalten.

Die Starken – Stichwort „Lufthansa“, Stichwort „Frankfurt“ – verhandeln jetzt mit dem Bund darüber, ob denn bei Umsteigeverkehren darauf nicht verzichtet werden kann. Das hat etwas für sich. Das hat eine Logik. Nur, dann ist ein Löwenanteil des Betrags, den Sie in Ihrem Paket eingerechnet haben, schon einmal weg.

Dieser Umsteigeverkehr bedeutet einen Löwenanteil. Man muss ja nur von Berlin nach Frankfurt fliegen, um zu sehen, wie viele Leute hier herkommen, um in den internationalen Verkehr hineinzukommen. Das ist doch in Ordnung so.

Wenn es trotzdem erbracht werden soll, was heißt denn das für unsere, für die rheinland-pfälzischen Flughäfen? Ich mag es mir gar nicht ausmalen. Ich möchte nur sagen, ich würde eigentlich erwarten, lieber Herr Baldauf, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der FDP, dass wir da Seite an Seite stehen. An dieser Geschichte national können und dürfen wir als Rheinland-Pfäler nicht interessiert sein, weil es unsere Volkswirtschaft in erheblichem Maße schädigt. Ich lade Sie ein, dagegen zu votieren, dagegen zu sein und diesen Krampf zu verhindern.

Absolut richtig ist es, sich europäisch um eine solche Steuer zu bemühen. Aber national ist das eine katastrophal falsche Entscheidung.

(Beifall der SPD)

Herr Baldauf, ich wäre dankbar, wenn Sie jetzt hierherkämen und sagen würden, das sehen wir auch, weil uns dieses Land näher ist als irgendeine theoretische Erwägung. – Ich lade Sie dazu ein, nein, ich fordere Sie dazu auf, im Interesse dieses Landes zu handeln, statt parteipolitisch und parteitaktisch.

(Beifall der SPD –
Widerspruch von der CDU)

– Was denn sonst?

(Beifall der SPD)

Sie können es doch in Ordnung bringen und erklären, ob Sie helfen, dass Zweibrücken und Hahn in der Zukunft eine Wettbewerbschance haben, oder ob Sie anderer Meinung sind. Dies geht hin bis zu den kleinen Verkehrsflugplätzen. Ich erwarte schon, dass man zu solchen Fragen Stellung nimmt, anstatt nur das zu wiederholen, was wir aus der öffentlichen Debatte ohnehin schon kennen.

(Henter, CDU: Oh je!)

– Ja, ja, oh je! Genauso oh je ist es nämlich, wenn man sich mit den Fragen wirklich auseinandersetzt und nicht nur meint, ein bisschen dies und das, und dann wäre es schon gut.

(Ernst, CDU: Das können Sie ja besonders gut!)

– Ja, ich kann es Ihnen nicht ersparen.

Ich möchte einen dritten Punkt in diesem Zusammenhang des Sparpakets ansprechen, und zwar Haushaltsverbesserungen in einer Größenordnung von 7 % des Pakets durch die Verschiebung vom Bundeshaushalt – das ist vorhin schon einmal angesprochen worden – auf die Rentenversicherung mit der Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für ALG-II-Empfänger und mit der Streichung von Erstattungen einigungsbedingter Leistungen.

Das sind übrigens nicht 1,8 Milliarden Euro, sondern 2,1 Milliarden Euro. Lesen Sie die Zahl noch einmal nach. Es sind 2,1 Milliarden Euro, die im Paket stehen.

Meine Damen und Herren, das ist rechte Tasche, linke Tasche, wie Sie so schön zu formulieren pflegen. Was denn sonst?

Ich habe mit Interesse und Respekt gehört und gelesen, dass Sie gestern bei einer Pressekonferenz Ihrer Partei die demografische Entwicklung in den Mittelpunkt Ihres Blicks stellen wollen, Herr Baldauf. Einverstanden. Darüber gibt es übrigens tolle Bücher, die die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz veröffentlicht hat. Ich stellte Sie Ihnen gerne zur Verfügung. Das ist alles schon einmal

untersucht worden. Ich finde es gut, dass Sie sich dem stellen. Das finde ich prima.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Nur, wer kann gestern solche Dinge sagen, die in der Tendenz richtig sind, und dann das gutheißen, was hier gemacht wird? Wenn die Demografie zuschlägt, von der Sie berichten, dann wird uns die Tatsache einholen, dass wir der Rentenversicherung Einnahmen wegnehmen.

Wir werden es entweder wieder aus Steuermitteln drauflegen, oder alle Rentnerinnen und Rentner werden es bezahlen müssen. Das ist eine ganz klare und logische Folge. Diese Kürzungen sind nicht einmalig, sie sind dauerhaft. Das sind in zehn Jahren schon 21 Milliarden Euro.

Was haben wir schon Schelte bekommen, wenn wir globale Minderausgaben in den Haushalt geschrieben haben. Was haben wir schon Schelte bekommen. 26 % Ihres Sparpaketes sind globale Minderausgaben, die Sie uns hier verkaufen wollen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD –
Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn es nicht Ihr Sparpaket ist, dann verteidigen Sie es auch nicht, und dann kämpfen wir gemeinsam gegen den Unfug. Ich sage dann, Respekt, herzlich willkommen auf unserer Seite. 26 %, das ist nach Adam Riese mehr als ein Viertel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden uns erlauben, Sie daran zu erinnern, wenn wir wieder ein paar Millionen Euro hineinschreiben.

(Licht, CDU: Wenn wir globale Minderausgaben vorschlagen!)

– In einem bestimmten Maße halte ich das auch für vertretbar. Was meinen Sie, was hier in diesem Raum los wäre, wenn wir 26 % als globale Minderausgaben in unseren Haushalt schreiben würden?

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Ich bin leider noch nicht fertig.

(Pörksen, SPD: Was heißt „leider“?)

– Na ja gut, ich würde es gern den Menschen ersparen. Ich gebe zu, mein Herz blutet nicht so furchtbar, dass ich es der Union entgegenhalten muss, aber den Menschen würde ich die Ergebnisse einer solchen Politik gern ersparen.

Schauen wir uns einmal die Auswirkungen dieses Paketes für die Länder und die Kommunen an. Ob neue Gewinne durch die Bankenabgabe und die Luftverkehrsabgabe entstehen, müssen wir dahingestellt sein lassen. Bisher hat es der Bund bis auf eine Operation verstanden, nämlich der Streichung des Heizkostenzuschusses,

alles so zu organisieren, dass nur der Bund eine häuslicherische Besserstellung erfährt. Jedem ist das Hemd näher als die Jacke. Ich will es nur sagen.

Bei diesen Punkten wissen wir noch nicht genau, wie sich das auswirkt. Ich gehe davon aus, es wird nicht kommen. Das prognostiziere ich Ihnen. Weder die Bankenabgabe noch die Luftverkehrsabgabe werden kommen. Letzteres wäre ein Segen, und ersteres wäre vernünftig.

Meine Damen und Herren, wenn es käme, bleiben doch sowohl den Banken als auch den Luftverkehrsunternehmen nur zwei Wege. Entweder sie wälzen es auf die Kosten ab, was das Normalste in einer Marktwirtschaft wäre, oder sie verzichten auf Gewinne. Im ersteren Fall muss man nicht erzählen, wer es wieder bezahlt. Ich sage einmal, die Hauptkunden von Ryanair sind nicht diejenigen, die normalerweise First oder Business Class fliegen, sondern es sind eher andere. Diejenigen, die einmal im Jahr in Urlaub fliegen, werden eher Leute sein, die auch schon von den anderen Einsparmaßnahmen betroffen sind.

Wenn sie das nicht abwälzen sollten, stellt sich die Frage, wer es dann bezahlt. Das ist dann ganz eindeutig, das geht auf die Körperschaftsteuereinnahmen und auf die Gewerbesteuereinnahmen der Kunden. Wenn man umrechnet, es würde nicht voll oder nicht zum Löwenanteil abgewälzt, sodass es wieder in die Steuergrundlage hineingeht, reden wir von 880 Millionen Euro zulasten der Länder und der Kommunen. Sparen? Ja, auf unserem Rücken, auf dem Rücken der Kommunen.

Lassen Sie mich noch zu dem Heizkostenzuschuss bei Wohngeldbeziehern kommen. Die Begründung, die Herr Kollege Bauckhage vorgetragen hat, ist als Begründung schlüssig. Erstens ist der Anstieg der Kosten nicht mehr so hoch, aber dass sie niedriger als damals sind, als sie eingeführt worden sind, ist auch nicht so. Zumindest sind es marginale Schwankungen. Wir können alle hoffen, dass die Katastrophe im Golf von Mexiko im kommenden Winter uns nicht die Situation bringt, dass wir wieder für besonders sozial Schwache Heizkostenzuschüsse neu schaffen müssen. Wir hatten übrigens schon einmal temporäre zusätzliche Hilfen.

Einsparvolumen? Im Übrigen ist das das einzige Einsparvolumen, an dem die Länder partizipieren. Herr Kollege Dr. Messal, wenn ich es richtig im Kopf habe, dann sind es, glaube ich, 4 Millionen Euro für Rheinland-Pfalz, zumindest in dieser Größenordnung. Wenn man das mal 20 nimmt, dann wäre das etwa die Größe für die gesamte Länderschar.

Sie haben dann noch die Rentenversicherung unter diesem Blick und die Frage, was das für die Kommunen bedeutet. In diesem Fall trifft es nicht das Land, aber die Kommunen. Die Frau Bundeskanzlerin hat gesagt – und sie hat recht –, was regt ihr euch denn auf, die meisten, die von der Rentenkürzung betroffen sind, bekommen sowieso Grundsicherung. Das ist wohl wahr. Aber wer bezahlt die Grundsicherung? Das sind die Kommunen. Das ist doch keine Einsparung. Es ist ein reiner Verschiebehahn nach unten, abgesehen von der Minderung individueller Ansprüche.

Ich muss noch einen vierten Punkt ansprechen. Das ist die Einsparung im Verteidigungshaushalt. Natürlich muss auch der Einzelplan 14, der Verteidigungshaushalt, mit unter die Lupe genommen werden. Genauso haben die Herren Bauckhage und Baldauf recht, dass man bei der Bundesagentur für Arbeit – das ist jetzt nicht der Haushalt, sondern das betrifft Zuschüsse aus dem Haushalt – über die Effizienz der unterschiedlichen Programme nachdenken muss. Mir fällt auch manches ein, was man in Ordnung bringen könnte und wo die Zielgenauigkeit der Hilfe nicht mehr gegeben ist, wenn sie denn je gegeben war. Einverstanden.

Beim Einzelplan 14 müssen wir uns über ein paar grundsätzliche Dinge unterhalten. Ich muss sagen, mich hat es hart angegangen, dass der Herr Bundesminister für Verteidigung seine konzeptionellen Vorschläge für die Bundeswehr in eine Sparrunde eingebaut hat.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Der Bundesminister der Verteidigung hat seine Vorschläge im Zusammenhang mit der Sparrunde, die zuerst in Meseberg stattfinden sollte und dann später im Kanzleramt stattgefunden hat, genannt.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

– Worüber reden wir denn die ganze Zeit?

Er hat wenige Tage vorher dieses Konzept vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg vorgetragen. Es konnte jeder wahrnehmen, der es wahrnehmen wollte.

Das war zu einer Zeit, als die Koalition beschlossen hat, auf der einen Seite die Wehrpflicht, was sie jetzt gerade im Bundestag durchgedrückt hat, von neun auf sechs Monate herunterzusetzen, und darüber hinaus hat er den Vorschlag gemacht, die Zahl der Dienstposten bei der Bundeswehr entscheidend bis zu einer Größenordnung von 100.000 zu reduzieren, die Wehrpflicht ganz abzuschaffen und Standorte unter 900 Dienstposten aufzugeben.

(Wirz, CDU: Als Option!)

– Ja, gut, das waren seine Sparvorschläge.

Er hat dazu gesagt – ich habe ihn im Fernsehen gehört, Sie können es in einer Reihe von Interviews nachlesen –: Ich kann meine Einsparauflage nur erbringen, wenn ich so drastische Entscheidungen treffe. –

Jetzt sind wir mitten in einer Transformation der Bundeswehr, die noch nicht abgeschlossen ist. Wir sind in einer Situation, dass wir eine Bundeswehr im Einsatz haben.

Das Bundesparlament hat dieser Tage beschlossen, dass die Wehrpflicht auf sechs Monate festgesetzt wird. Ich will Ihnen nur sagen, über Wehrpflicht können wir gern gesondert reden. Wir werden es in dieser Runde noch tun, weil der Ersatzdienst daran hängt und das uns als Land unmittelbar berührt. Deshalb lasse ich das jetzt einmal außen vor.

Wir haben aber in Rheinland-Pfalz – ich rede jetzt nicht von Wehrverwaltung, da haben wir die Trennung in der Verfassung zwischen Wehrverwaltung und dem übrigen Teil; das lasse ich einmal außen vor, die würde später jeder Truppenreduzierung natürlich folgen, wie es immer war – Standorte, an denen Soldaten stationiert sind. Wir haben in Rheinland-Pfalz noch 36 Bundeswehrstandorte. Wenn das käme, was Herr zu Guttenberg als Vorschlag zunächst einmal in diese Sparrunde gebracht hat – diese 900 Dienstposten als Untergröße –, dann hätten wir in Rheinland-Pfalz noch zehn Standorte, im Übrigen mit einer Folge, die ich überhaupt nicht einzuschätzen vermag.

Ich weiß auch nicht, wie er sich das vorstellt, weil man sich beispielsweise Birkenfeld, die Artillerieschule, ohne eine Einheit, die praktiziert, nämlich Kusel, die übrigens jetzt im Afghanistan-Einsatz sind, gar nicht vorstellen kann, weil die natürlich Leereinheit sind. Ich kann mir die Luftwaffendivision II in Birkenfeld schlecht vorstellen ohne das Jabo-Geschwader 33 in Büchel und umgekehrt. Da gibt es ja innere Verbindungen und dienstbedingte Notwendigkeiten.

Also einmal abgesehen von diesen Verwerfungen, wenn das käme, hätten wir in Rheinland-Pfalz ein richtiges dickes neues Konversionsproblem. Die Rechnung, die wir da aufgemacht bekommen, dass diese Einsparvolumina durch Schließung von Standorten zu erreichen sind, nehme ich nicht ab. Wir haben nämlich nicht irgendwo Reservekasernen, wohin die Leute gehen könnten, um Großstandorte zu bilden. Da müsste zunächst in riesiger Größenordnung investiert werden. Auch diese Entscheidung wäre nicht im Interesse des Landes Rheinland-Pfalz. Das, was man sich davon verspricht, ist zumindest erst sehr lange auf der Zeitschiene dann an Einsparungen erreichbar.

Meine Damen und Herren, ich wollte einfach diese paar Punkte einmal ansprechen; denn worüber sollten wir hier sonst reden, wenn nicht über die Folgen solcher Entscheidungen auf die Menschen in Rheinland-Pfalz und auf unsere gemeinsame Interessenlage.

Deshalb sage ich Ihnen, ein Löwenanteil dessen, was angeblich die Wirtschaft leisten soll, ist völlig unbestimmt und unklar, und das, was konkret ist, trifft die Leute mit kleinen und kleinsten Einkommen und Familien mit Kindern, und diejenigen, die ohne Schwierigkeiten – ich rede wieder von Leuten mit Einkommen, wie ich eines habe – einen Beitrag leisten könnten, werden geschont und zahlen keinen Eurocent. Deshalb bleibe ich dabei, das ist sozial alles andere als ausgewogen. Es hat eine krasse Schiefelage.

Liebe Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, es ist doch nicht so, dass das jetzt wirklich nur böse Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen. Ich habe hier ein Interview mit Herrn Lauk, Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates.

(Zuruf von der FDP)

– Was heißt Brummeln? Er ist dafür, dass oben etwas draufgesetzt wird – Respekt –, weil er sagt – exakt unsere Argumentation –, es ist in der Breite nicht zumutbar

einzuschneiden, wenn die gut und sehr gut Dastehenden keinen Beitrag leisten.

(Abg. Eymael, FDP, nickt mit dem Kopf)

– Ja, aber die FDP verhindert es, Herr Kollege Eymael.

(Eymael, FDP: Es gibt auch da unterschiedliche Meinungen!)

Sie nicken jetzt hier mit dem Kopf. Gut, das kann ja sein, aber man weiß ja in dieser Koalition in Berlin nie, wer über wen hintenherum etwas sagt. Auf jeden Fall wird so kolportiert, dass Ihr schuld seid.

(Licht, CDU: Da haben Sie Erfahrung!)

– Ich habe meine Erfahrungen. Aber so schlimm war es noch nie, wie es derzeit ist.

(Starker Beifall der SPD – Widerspruch bei der CDU)

– Noch nie. Ich habe gestern gerade mit ein paar Kollegen aus – – –

(Licht, CDU: Ich will jetzt keinen weiteren Zwischenruf machen!)

– Machen Sie ruhig. Ich freue mich darauf.

(Licht, CDU: Nein! – Pörksen, SPD: Er hat doch gar keinen! – Frau Spurzem, SPD: Ihm geht das Gemüse aus!)

Ich war am 17. Juni im Bundestag zu dieser Feierstunde. Da sind aus der ersten Reihe der Union Leute zu mir an die Bank gekommen, bevor die Sitzung losging, mit dem Tenor „Das waren noch Zeiten, als wir miteinander verhandelt haben“.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Damit wir nicht nur auf Bundesebene bleiben, der Kollege Müller

(Zuruf von der FDP)

– ja Gott – fordert 27 % Aufschlag für Luxusgüter auf die Mehrwertsteuer. Er ist für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Das steht da alles. Das ist ein Interview, also freigegebene Zitate.

(Zuruf des Abg. Bauckhage, FDP – Dr. Schmitz, FDP: Guter Mann der Müller!)

– Ja, Ihr koaliert ja zusammen. Das muss ja so sein.

(Dr. Schmitz, FDP: Ihr würdet nur darauf aufmerksam, weil das Saarland Luxus ist!)

– Ja, ich finde ja nur, dass man nicht stöhnen muss, wenn wir so etwas sagen. Wo bleibt das Stöhnen, wenn es aus den eigenen Reihen kommt? Ich habe gerade gelesen, dass da gerade ein neuer Kandidat für den Landtag in der Südpfalz nominiert worden ist. Seine

erste Aussage war: Dieses Paket muss korrigiert werden. – Der Mann hat recht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich erspare es Ihnen jetzt, was Leute hier gesagt haben: Herr Lammert.

(Zurufe von der CDU)

– Okay, ich lasse es jetzt einfach, weil es zu schmerzhaft für Sie wäre.

(Eymael, FDP: Wir sind doch im Wahlkampf!)

Aber es hat doch – ich bitte Sie, das zu sehen – mit der Interessenlage dieses Landes, was da vorgelegt worden ist, nichts zu tun. Wenn sie schon denken, es sei richtig, nur bei den Leuten unten zu sparen, ich halte es für grundfalsch.

(Baldauf, CDU: Das sagt doch auch gar niemand!)

– Ja, das sagt keiner, aber ihr macht es. Das ist ja das viel Schlimmere. Etwas zu sagen und es dann doch nicht zu machen, geht ja noch, lieber Herr Kollege Baldauf.

(Beifall bei der SPD)

Aber ihr macht es doch konkret. Ihr habt doch Gesetze vorgelegt. Ihr könnt doch nicht sagen, das sei nur Gerede. Das, was ich vorgerechnet habe, ist alles nachzurechnen. Ich sage Ihnen, das ist sozial nicht in Ordnung. Ich sage Ihnen ebenfalls, das wird auch nicht tragen. Das Gesamtparpaket ist unkonkret und unpräzise überall dort, wo es nicht um die kleinen Leute geht. Ich sage Ihnen zum Dritten, wenn diese Teile dann umgesetzt werden, ist es zum klaren Schaden dieses Landes Rheinland-Pfalz und seiner Kommunen. Deshalb meine ganz, ganz herzliche Bitte: Lassen Sie uns bei allen Unterschieden – Peter Müller hat auch den Mut dazu und der Kollege Lauk und andere und Lammert – gemeinsam den Mut haben zu sagen: Zurück auf null, das überlegen wir noch einmal neu, machen ein ausgewogenes System, und dann können auch alle einen Beitrag leisten. – Einverstanden. Aber zuerst die oben, die in der Mitte und dann die unten. In der Reihenfolge und nicht anders.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren! Ich verlängere die Redezeit, die jetzt folgt, für die Fraktionen auf zwei Runden je fünf Minuten, also zehn Minuten.

(Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

Ich begrüße als Gäste Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Weyerbusch, des SPD-Ortsvereins Oberheimbach sowie Mitglieder des Christlichen Vereins junger Menschen aus Gundersheim. Seien Sie willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Bauckhage, Sie haben das Wort für die FDP-Fraktion.

Abg. Bauckhage, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zunächst einmal stelle ich fest, dass Sie zwar breit die gesamten Sparmaßnahmen erwähnt haben, aber nicht einen einzigen eigenen Sparvorschlag gemacht haben.

(Beifall der FDP und der CDU – Baldauf, CDU: Genau!)

Wir dürfen uns nichts vormachen; denn wenn wir das staatspolitische Ziel von insgesamt 0,5 % erreichen wollen, werden wir sparen müssen.

Dann taucht die spannende Frage auf, wenn man 55 % Sozialausgaben hat, kommt man nicht daran vorbei, auch in den Sozialetat einzugreifen. Darüber kann man mit mir differenziert diskutieren; denn ich erinnere mich noch sehr gut daran, als wir während der gemeinsamen Regierungszeit 400 Millionen eingespart haben und auch in den Sozialbereich eingegriffen haben. Als Beispiel nenne ich das Blindengeld. Es wird nicht anders funktionieren, dass wir auch in den Sozialbereich eingreifen müssen.

Jetzt ein Wort zur Transaktionssteuer. Das ist der eigentliche Grund, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe. Das hört sich natürlich gut an und ist eine feine Sache. Wenn man das weltweit, also G-20-weit regeln kann, bin ich auch dafür. Wie Sie wissen, ist Kapital ein scheues Reh und geht dorthin, wo es die besten Bedingungen hat. Das ist so. Da das nicht zu regeln ist, wird sie den kleinen Anleger wie eine Umsatzsteuer belasten, während die Großen die Geschäfte aus Kanada oder sonst woher machen. Wenn man die greifen will, muss man das weltweit machen, weil das sonst nicht funktioniert.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Man kann lange über die Bankenabgabe diskutieren, aber Tatsache ist, man muss in vier Jahren die 80 Milliarden Euro erbringen können. Die werden wir erbringen müssen.

Jetzt komme ich noch zur Steuererhöhung, mit der ich mich aber nicht lange aufhalten will. Wenn Herr Müller 27 % fordert, muss man wissen, damit schürt man zum einen den Neid in der Gesellschaft. Ich könnte das auch Klassenkampf nennen.

(Ministerpräsident Beck: Ich war es nicht! Ihr Koalitionspartner, Herr Kollege!)

– Ich habe nur gesagt, wenn Herr Müller das sagt. Ich koaliere nicht mit Herrn Müller im Saarland. Wenn er das aber tut, muss man den Neidfaktor an die erste Stelle stellen.

Zum Zweiten muss man sich fragen, was man damit in Eurocent und Euro erreichen kann. Damit können Sie

nur eine marginale Größe erreichen. Darüber kann man zusammen mit der sozialen Symmetrie usw. diskutieren, aber das lohnt sich nicht. Dieser Vorschlag von Herrn Müller war also der ungeeignetste.

Dann kommt der zweite Punkt. Die Transaktionssteuer – ich sagte das schon – wird die Großen unter Umständen freuen, weil die Kleinen die Umsatzsteuer zahlen. Die spannende Frage wird sein, wie man insgesamt die 80 Milliarden Euro Einsparvolumina hinbekommt. Wie Sie richtig sagen, kann man einmal schauen, ob man von Ihnen und mir – unsere Einkommen sind nicht so hoch wie von vielen anderen, aber immerhin sind sie höher als der Durchschnitt – 1 % oder 2 % mehr nimmt. Das ist aber auch nur Kosmetik.

(Ministerpräsident Beck: Nein, nein!)

– Das ist nur Kosmetik. Herr Ministerpräsident, eines muss doch klar sein: Wenn wir die Mittelschicht noch weiter treffen, wird sie sich andere Wege suchen; denn das ist nichts anderes als die Mittelschicht.

(Beifall der FDP)

Sie wird jetzt schon überproportional belastet. Herr Lauk sagt, das ist wunderbar, dann machen wir oben ein bisschen. Damit werden Sie aber nicht die 80 Milliarden Euro erreichen. Sie müssen 80 Milliarden Euro in vier Jahren erzielen, um die Einsparziele zu erreichen.

Eines muss klar sein: Das oberste Ziel muss die wirtschaftliche Stabilität sein, weil wir sonst ganz andere Verhältnisse bekommen werden. Dann diskutieren wir am Schluss nicht mehr über Sozialhilfe und andere Dinge, sondern dann diskutieren wir darüber, was noch auf dem Kontoblatt derjenigen steht, die fleißig waren und gespart haben. Das ist doch das Problem.

Ich gehe mit Ihnen einig, dass wir einen Konsens auch in der Gesellschaft finden müssen, aber dann muss auch Ihre Seite Sparvorschläge machen. Der Vorschlag, die Einnahmen zu verbessern, ist der einfachste Vorschlag.

(Ministerpräsident Beck: Wir haben regiert und Vorschläge gemacht und sind abgestraft worden!)

– Das ist richtig. Da haben Sie recht. Ich weiß, wie bitter das für Sie war. Das war damals trotzdem eine richtige Entscheidung; denn es wird am Schluss nicht gefragt, wer macht am Wahltag was, sondern am Schluss wird gefragt, welcher Weg für dieses Land richtig ist, um die Geldwertstabilität zu halten. Das wird am Schluss die Frage sein.

(Beifall der FDP)

Dazu braucht man auch den Mut zu Einsparungen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Dröscher von der SPD-Fraktion.

Abg. Dröscher, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich das Gerede von den sozial ausgewogenen Sparvorschlägen genau betrachtet, kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis.

Ich will noch ein paar Sätze zu den konkreten Auswirkungen auf Familien und Rentner sagen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens leben. Es gibt aber natürlich auch junge Familien und Rentner, denen es gut geht.

Ich will versuchen, einige Dinge aufzugreifen und werde mich dabei aber weniger mit den Luftbuchungen beschäftigen, die auch in diesem Sparprogramm im sozialpolitischen Bereich enthalten sind, wie zum Beispiel die zu erwartenden Einsparungen bei der BA oder durch Effizienzverbesserungen bei der Arbeitsvermittlung, die steigen und dafür sorgen sollen, dass die Einsparungen im sozialpolitischen Bereich nicht nur 5 Milliarden Euro, sondern im nächsten Jahr fast 7 Milliarden Euro, im übernächsten Jahr 9 Milliarden Euro und dann 10,6 Milliarden Euro oder fast 11 Milliarden Euro betragen sollen, sondern ich will einige ganz kleine Dinge betrachten.

Die Abschaffung des befristeten Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld I in die Grundsicherung für Arbeitsuchende, also in das Arbeitslosengeld II, wurde bereits vom Ministerpräsidenten angesprochen. Da ist eigentlich ein kleiner Betrag geplant, der sich auf 200 Millionen Euro beläuft. Für die betroffenen Menschen bedeutet das aber einen direkten Absturz in das, was wir durchaus nicht als ein tolles Leben betrachten, nämlich in das Arbeitslosengeld II. Ich meine, das ist ungerecht. Das ist der erste Begriff, den ich für diese Sparvorschläge einwerfe.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Abschaffung des Elterngeldes für Arbeitslosengeld-II-Empfänger. Da sind 0,4 Milliarden Euro, also 400 Millionen Euro geplant. Es ist nicht zu verstehen, ich meine, es ist eher beschämend, was da geplant ist. Die Ehefrau eines gut verdienenden Menschen, die zu Hause bleibt, soll den Mindestsatz bekommen und jemand, der Arbeitslosengeld II bezieht, nicht. Das ist für mich eine beschämende Geschichte.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Das Dritte ist die Abschaffung der Beiträge zur Rentenversicherung im Rahmen des Arbeitslosengeldes II. Diese Maßnahme erscheint mir sinnlos, weil nichts dabei herauskommt. Das führt zu einer Belastung der Rentenversicherung. Dabei kommt für manche mehr Geld heraus, weil sie die Ansprüche auf Erwerbsminderungsrente in höherem Umfang behalten, als wenn Rentenbeiträge bezahlt würden. Für andere kommt dabei gar nichts heraus. Das ist lediglich ein Verschiebeparkplatz. Das wurde heute bereits erwähnt.

Ein weiterer Punkt ist die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen. Da geht es um einen erheblichen Betrag. In diesem Fall sollen auf Dauer bis zu 5 Milliarden Euro gespart werden. Das sind etwa 50 % der

Summe, die für die sogenannten Pflichtleistungen ausgegeben wird. Sie werden für Berufsausbildungsbeihilfe, für berufsvorbereitende Maßnahmen, für Reha-Leistungen, für Gründungszuschüsse, für den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses, für die Entgeltssicherung von älteren Arbeitnehmern, für Vermittlungsgutscheine usw. ausgegeben. Ich meine, das ist ein eher zynischer Sparvorschlag.

(Beifall der SPD)

Zuletzt noch ein Begriff, der wirklich vom Wort her zu dem Sparvorschlag passt, nämlich die Kürzung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld. Hier passt der Begriff „eiskalt“ meiner Meinung nach ganz gut; denn das wird das für viele bedeuten.

Man muss sich das genau betrachten. Das sind eigentlich keine riesigen Beträge, weil die Summen, die genannt werden, nicht die Zuschüsse beinhalten, sondern die Erhöhung der Bemessungsgrundlage. Durch diese Wohngeldzahlungen kommen aber viele Menschen aus dem Hartz-IV-Bezug heraus.

Das ist meiner Meinung nach der entscheidende Punkt. Es ist nicht nur das Geld – 6 Euro oder meinetwegen 22 oder 24 Euro bei einer Familie mit Kindern –, sondern es geht auch um die Situation, in die diese Menschen wieder kommen.

Ich erlebe es in meinem Wahlkreisbüro mindestens wöchentlich, dass Menschen kommen und sagen, die ARGE hat mich beauftragt, Wohngeld zu beantragen. Dann komme ich als Aufstocker vielleicht aus dem Hartz-IV-Bezug heraus. Es ist eine ganz bedeutende Sache, nicht mehr dauernd von Kürzungen bedroht zu sein oder sich unter dieser Kontrolle zu befinden. Ich meine, die einzusparende Summe, die nicht riesig ist, wird für die Menschen am Ende des Jahres allerdings doch etwas ausmachen, egal ob es 200 oder 300 Euro sind.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist eine ganz schwierige Geschichte.

Das kann man als sozialpolitisch denkender Mensch nur ablehnen. Ich kann auch nicht verstehen, dass man auf diesen Gedanken kommt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat der Kollege Baldauf von der CDU-Fraktion.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich vor Augen führt, in welchem Haus wir uns hier befinden, ist es schon bemerkenswert, welche Rede der Herr Ministerpräsident gerade abgeliefert

hat. Ich kam mir zum Teil wirklich vor, als befänden wir uns hier gar nicht im Landtag, sondern im Bundestag und als wäre der Herr Ministerpräsident gar nicht Ministerpräsident unseres Landes, sondern sei der Meinung, er könne alles das, was er hier kritisiert hat, selbst lösen.

(Frau Raab, SPD: Was ist das für ein Föderalismusverständnis?)

Als ich vorhin hier saß und gelacht habe, haben Sie gesagt, man möge darüber nicht lachen, Herr Ministerpräsident. Gehen Sie einmal davon aus, dass ich diese Woche wirklich nur einmal habe richtig lachen können, nämlich, als ich gehört habe, dass auf einem Konto in den USA lediglich 50 Dollar sind. Darüber habe ich lachen können.

(Ministerpräsident Beck: Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache!)

Ich will Ihnen noch sagen, worüber ich nicht habe lachen können. Nehmen Sie einmal den heutigen Pressespiegel. Wir sollten uns nämlich auch mit dem beschäftigen, für das Sie zuständig sind.

(Beifall der CDU)

Heute heißt es im Pressespiegel: Die Länderhaushalte leiden unter den Folgen der Krise; Rheinland-Pfalz steht vor Bremen am Schluss.

(Zuruf des Abg. Bauckhage, FDP)

Der Kollege Bauckhage führt gerade aus: Wo sind denn Ihre Einsparvorschläge? Sie stellen sich hier ans Rednerpult – und die Finanztransaktionssteuer erkläre ich Ihnen nicht noch einmal mit Shanghai; das haben wir das letzte Mal durchdekliniert –, beschweren sich und schimpfen auf die Bundesregierung, während Sie in diesem Land einen Haushalt an die Wand fahren, nachdem Ihnen der Rechnungshof gerade wieder gesagt hat, dass Sie die Kommunen ausbluten lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Damit haben wir es hier zu tun.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, man kann wirklich über alles reden. Im Übrigen fand ich es gut, dass Sie selbst festgestellt haben, dass auf Bundesebene an der einen oder anderen Stelle, gerade bei der Bundesagentur für Arbeit, durchaus Einsparpotenziale bestehen. Ich sage Ihnen aber auch Folgendes: Weil Sie hier Verantwortung für unser Land tragen, kann ich von Ihnen auch erwarten, dass Sie uns ein Zukunftskonzept vorlegen, das dazu führt, dass wir nicht weiter so in die Verschuldung fahren, wie wir das jetzt tun. Im Zeitraum von 2004 bis 2009 gab es einen Schuldenzuwachs von 19 %, obwohl wir 2007 und 2008 so gute Steuereinnahmen gehabt haben, wie wir niemals vorher hatten.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident, man kann in der Tat über alles reden. Herr Kollege Dröscher, natürlich ist immer die Frage: Was ist gerecht, und was ist nicht gerecht? – Wenn man über Einsparvorschläge diskutiert und wenn

es Einsparungen gibt, sind sie zunächst immer schmerzhaft.

(Ministerpräsident Beck: Die Frage ist doch, für wen!)

Sie müssen auch verkauft werden. Natürlich müssen sie unter dem Strich auch gerecht sein. Das ist selbstverständlich richtig. Ich sage Ihnen aber auch Folgendes: Sie müssen an einer Stelle auch ehrlich sein und anfangen. Meine Meinung und die Meinung vieler dazu kennen Sie. Dass das nicht das Ende gewesen sein kann, wissen wir alle. Lassen Sie uns aber auch gemeinsam darüber diskutieren, wie wir den nächsten Schritt gehen.

Herr Ministerpräsident, ich habe allerdings noch Ihre Worte im Ohr, als es vor zwei Jahren um die Abflachung der kalten Progression ging, also um die Frage, wie man denjenigen helfen kann, die kleine und mittlere Einkommen haben und vielleicht mal ein bisschen mehr Geld zum Ausgeben haben wollen.

Damals haben Sie vehement gesagt: Das machen wir aber auf keinen Fall. – Als gerade den Fleißigen, den Leistungsträgern hätte geholfen werden können, haben Sie also Nein gesagt. Jetzt, wo der Kollege Lauk mit einem wirklich durchaus diskutablen Vorschlag kommt – übrigens finde ich meinen Vorschlag ebenfalls diskutabel; Sie haben es ja auch nicht ausgeschlossen –,

(Ministerpräsident Beck: Diskutabel ist er schon! Er ist nur falsch!)

sollte man nicht auf dieses Pferd springen und sagen: Wir sehen es in dieser Form, und die ganze CDU sieht es anders. – Herr Ministerpräsident, vor zwei Jahren haben Sie genau das Gegenteil dessen erzählt, was Sie heute erzählen. Bleiben Sie doch endlich einmal bei Ihren Vorschlägen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt sage ich Ihnen noch eines: Wir sind sogar bereit – stellen Sie sich das vor –, Ihnen hier im Lande dabei zu helfen, dass die Verschuldung nicht weiter so vehement nach oben geht.

(Frau Raab, SPD: Durch Ihre Anträge!)

Lassen Sie uns aber endlich einmal darüber diskutieren, was in diesem Land in dieser Form notwendig ist und wie wir es finanzieren wollen.

Sehr geehrter, lieber Herr Ministerpräsident, wenn man einen Nürburgring in dieser Form finanziert und es bis heute nicht hinbekommen hat, uns glaubwürdig zu erklären, dass das Ganze in Zukunft privat ist – wir alle wissen, dass weiterhin in ganz erheblicher Höhe Steuergelder benötigt werden, um dieses Ding weiterzuführen –, dann frage ich Sie im Ernst: Was ist daran nachhaltig?

An dieser Stelle sage ich Ihnen auch: Reden ist manchmal Silber; Schweigen ist Gold.

(Ministerpräsident Beck: Da haben Sie jetzt wirklich recht!)

Sich hier hinstellen, um in solchen Fragen die Bundesregierung zu kritisieren, darf nach meiner Überzeugung nur jemand, der selbst dazu die Berechtigung hat, weil er weiß, wie man spart. Wer das nicht tut, wer das nicht kann und wer nach wie vor das Geld zum Fenster herausschmeißt, sollte besser schweigen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die FDP spricht nun Herr Dr. Peter Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben die Zeit genutzt, um sich mit vielen Einzelvorschlägen des 80-Milliarden-Euro-Sparpakets auseinanderzusetzen, und sind in einer Art und Weise damit umgegangen, die ich leider als unlauter, nicht zielführend und überzogen bewerten muss. Sie haben in einem klassischen Ritual und standardhaften Stil die Gelegenheit desjenigen genutzt, der gerade etwas nicht zu verantworten hat, von dem er genau weiß, dass es unumgänglich ist.

(Pörksen, SPD: Was für ein Quark!)

Noch schlimmer ist, dass Sie – auch Sie, Herr Pörksen – offensichtlich das Gefühl für die Stimmung in der Bevölkerung nicht mehr so haben, wie Sie es früher hatten.

(Beifall der FDP und bei der CDU – Unruhe bei der SPD und auf der Regierungsbank)

Die Bevölkerung – auch die Wählerschaft von SPD und Parteien links der SPD – hat Angst. Die Bevölkerung hat Angst vor einer unkalkulierbaren Zukunft.

(Unruhe bei der SPD)

Die Bevölkerung hat Angst vor einem überbordenden Schuldenstaat, der mit Geld nicht umgehen kann.

(Beifall der FDP)

Die Bevölkerung hat Angst vor Standard-Politikerreden, die immer nur im Klein-Klein den anderen kritisieren und Sparpakete in der achtfachen Höhe des rheinland-pfälzischen Haushaltes in einer Art und Weise beschreiben, die vollkommen inadäquat ist.

(Beifall der FDP)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie beispielsweise die Luftverkehrsabgabe als volkswirtschaftliche Katastrophe geißeln, dann frage ich mich, welche Vorstellungen Sie von einer Volkswirtschaft haben, wenn diese Auswirkungen bereits katastrophal sein sollen.

Wenn Sie die Auswirkungen der Bankenabgabe als – Sie bemühen einen Superlativ; irgendwo habe ich es sogar notiert, um richtig zu zitieren; ich sage es einmal aus der Erinnerung heraus; so wird es auch das Proto-

koll ausweisen – erheblichst für die Volkswirtschaft beschreiben, dann sind das Dinge, die in einem Horrormärkte Platz haben, nicht aber in der Rede eines Ministerpräsidenten, der mit anderen Parteien gemeinsam viele Schulden zu verantworten hat, so wie andere auf Bundesebene und so wie andere auf kommunaler Ebene.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben doch ein Gesamtscenario vor Augen, das uns alle gleichermaßen betroffen machen muss. Wir haben eine Demografie, die wir in den nächsten 20 Jahren nicht werden verändern können – mit keinem Elterngeld der Welt. Wir haben eine explizite Schuldenlast, je nach Rechnungsgröße, von ca. 1,7 Millionen Euro. Bei lässigen 3 % sind das 50 Milliarden Euro Zinsen Jahr für Jahr. Das sind die Dimensionen.

Gleichzeitig haben wir ein Wirtschaftswachstum, das nicht in der Lage sein wird, diese Probleme zu bewältigen, ohne dass wir das Wirtschaftswachstum stimulieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Wenn wir in Ihrer Diktion in diesem Sparpaket eine Unausgewogenheit in Richtung Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze organisieren, sehe ich das daher als Lob an.

Sie können nicht die CSU geben, die immer alles besser weiß. Das ist nicht verantwortungsbewusst.

(Beifall der FDP –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zu dem, was Kollege Dröscher sagt, und nicht zu dem, was Kollege Pörksen dazwischenruft.

(Pörksen, SPD: Passen Sie gut auf, was ich sage!)

Verehrter Herr Kollege Dröscher, ich achte Ihre Sozialempathie in hohem Maße. Das wissen Sie. Aber wenn wir die Probleme, für die nicht eine Partei – ich wiederhole mich – alleine verantwortlich ist, auf allen Ebenen staatlichen Handelns nicht in den Griff bekommen, und zwar auch durch Ausgabenkürzungen, bei denen Sie, Herr Ministerpräsident, jede Antwort schuldig geblieben sind, dann wird das passieren, was die Menschen an Angst haben. Dann steuern wir in Verhältnisse, die wir alle nicht wollen. Wir haben europäische Nationen, die leider Gottes für die überzogenen staatlichen Schulden beispielhaft sind.

Herr Kollege Dröscher, dann droht bittere soziale Not. Um diese zu wenden, ist das Sparpaket vom Grundsatz her richtig gestrickt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Das war allenfalls eine
notdürftige Rede!)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hartloff das Wort.

Abg. Hartloff, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Angst, es wird relativ kurz.

Herr Dr. Schmitz, das war fast die FDP, wie sie früher war, wenn ich lese, dass Sie Ihr Programm umschreiben möchten, weil reine Steuersenkungen so, wie sie heute der Kollege Brüderle wieder gefordert hat, da 20 Milliarden weniger Verschuldung da ist, nicht weiterhelfen.

Lassen Sie mich doch zwei, drei Sachen kurz erwähnen. Wie kann man das anders machen? Die Einsparvorschläge summieren sich im Sozialbereich auf 900 Millionen Euro per anno, und zwar

– 200 Millionen Euro Abschaffung des Übergangsgeldes von Arbeitslosengeld zu Hartz IV,

– 400 Millionen Euro die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger,

– 200 Millionen Euro die Einschränkung des Elterngeldes und

– 100 Millionen Euro die Beseitigung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger.

Dagegen hat es 1 Milliarde Steuerentlastung für Hotelbesitzer gegeben. Das hätte ich nicht getan.

(Beifall der SPD)

Diese haben Sie beschlossen. In der Abwägung, was man tut, halte ich das nicht für sozial gerecht. Sie wollten einen Vorschlag haben. Ich habe Ihnen einen präsentiert. Lassen Sie uns darüber diskutieren, was vernünftiger und sozial ausgewogener ist, nämlich das eine oder das andere zu tun, ganz konkret nebeneinandergestellt.

Lassen Sie mich ein Weiteres sehen.

Lieber Hans-Artur Bauckhage, Du hast gesagt – ich darf das so titulieren –, wir haben in diesem Staat ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem. Wir haben beides.

(Ministerpräsident Beck: So ist es!)

Wir haben auch bei der Staatsquote Einnahmenprobleme, um Schulden vernünftig abbauen zu können. Fragen Sie alle kommunal Verantwortlichen. Wir brauchen eine kommunale Finanzreform.

Wenn der Herr Kollege Baldauf das beklagt und dem Ministerpräsidenten vorwirft, dass er diese Vorschläge aufs Korn genommen hat, weil sie bedeuten, dass sich bei der Einnahmensituation die Länder verschlechtern und die Kommunen Mehrbelastungen haben, dann ist es mehr als bigott, wenn man hier bejammert, dass im Kommunalbericht des Rechnungshofs die Situation der Kommunen als schwierig beschrieben wird und dort auch steht, dass das nicht in der Struktur des Landes zu lösen ist.

Herr Kollege Baldauf, es ist zu kurz gesprungen, wenn man als ausgewogen vertritt, dass der Bund Sparvor-

schläge macht, welche die Kommunen und Länder in der finanziellen Situation mehr belasten.

(Pörksen, SPD: Das ist überhaupt nicht gesprungen!)

Lassen Sie mich als Letztes noch einmal die Frage der Einnahmensituation ansprechen. Ja, man muss Punkt für Punkt durchgehen, was gerecht und vertretbar ist und was wir an vernünftigen Einnahmen brauchen. Sie wissen, was die sogenannte kalte Progression anbelangt. Ich war immer einer derjenigen, der gesagt hat, da kann und muss man etwas tun. Es muss aber aufkommensneutral sein.

Die Gesellschaft, die wir uns vorstellen, investiert in Bildung und in Zukunftsaufgaben. Die Gesellschaft, die Zukunft gestaltet, muss solidarisch sein, in der das, was man den Leuten abnimmt, auch vertretbar ist und gerecht ausfällt.

Ich komme zum Ursprung meiner Rede zurück. Das ist das Sparpaket der Bundesregierung in keiner Weise. Deshalb soll sie neu denken und es besser gestalten. Dann lässt sich mit uns darüber auch reden. Unsere Hausaufgaben machen wir hier.

Wir haben morgen in der Aktuellen Stunde genug Gelegenheit, uns über den Nürburgring auszutauschen. Ich möchte nur einen Satz zu diesem Konto sagen, das neu erfunden worden ist. Die Landesregierung hat Strafantrag gegen die Nürburgring GmbH gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat das ausermittelt. Der Verdacht, den die Landesregierung und auch wir hatten, ist betätigt worden. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist schmerzhaft, aber es ist auch nichts Neues.

(Beifall der SPD –

Baldauf, CDU: Aber ansonsten wollten Sie von der Nürburgring GmbH nichts wissen!)

Vizepräsident Schnabel:

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

**„Massiver Erzieherinnenmangel in Rheinland-Pfalz aufgrund verfehlter Rahmenseetzungen durch die Landesregierung“
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 15/4735 –**

Das Wort hat Frau Kollegin Bettina Dickes von der CDU-Fraktion.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Schulden und der Versuch, damit umzugehen, belasten unsere Kinder. Gute Bildung versetzt sie vielleicht in die Lage, diese Schulden einmal zurückzuzahlen. Deswegen brauchen wir sowohl in unseren Schulen als auch in unseren Kindertagesstätten gute Rahmenbedingungen.

Lehrer- und Lehrerinnenmangel und Erzieher- und Erzieherinnenmangel gehören nicht zu diesen Rahmenbedingungen.

Ich möchte mit einem Zitat der Leiterin des Referats Kinderbetreuung im Bildungsministerium beginnen, das sehr positiv stimmt. Ich hoffe, dass es auch Gehör findet. Es ist von Xenia Roth, die sagt: „Eine qualifizierte Debatte zur Überwindung des Fachkräftemangels setzt eine Verständigung über die Zukunft der Kindertagesbetreuung voraus. Dazu zählen quantitative und qualitative Aspekte. Es gilt, mutig konzeptionell begründetes, innovatives Denken und Handeln zuzulassen und sich gegenseitig auf allen Handlungsebenen des Kita-Systems zum Diskurs anzuregen.“

Frau Ministerin, diesen Diskurs hat Professor Sell vom Institut für Bildungs- und Sozialpolitik, den Sie beauftragt haben, mit seinen Aussagen wieder einmal angestoßen; denn über die Qualität in den rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten haben wir in diesem Raum schon oft diskutiert. Auch Professor Sell hat im Rahmen verschiedener Anhörungen schon einiges dazu gesagt.

Es war die Rede von einem Drittel zu wenig Personal für qualitativ gute Arbeit oder auch von der offensichtlich ablehnenden Haltung der Landesregierung zum Ausbau der Kindertagespflege.

Auch wir als Fraktion bringen Probleme, die wir vor Ort hören, hier vor und hören dann in schönster Regelmäßigkeit, dass diese Situation vielleicht irgendwo in Deutschland, aber doch nicht in Rheinland-Pfalz vorkommen mag.

Dann kommt auch noch am Abschluss der Zwischenruf aus der SPD-Fraktion mit dem Hinweis, dass die CDU angeblich sogar die qualitativen Standards senken will – Sie können das gleich wieder rufen – und größere Gruppen und Personal möchte. Damit ist für Sie die Debatte beendet.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Für eine Politik mit Verantwortung und Weitsicht wünsche ich mir mehr. Ich wünsche mir, dass Sie die Probleme erkennen und Sie sich einmal auf die Suche nach Verbesserungen begeben. Wissen Sie, wenn ich heute über den drohenden Erzieherinnenmangel spreche, dann habe ich gleichzeitig die Baustelle Lehrermangel vor Augen. Genau wie dort gehe ich davon aus, dass Sie gleich auch hier von einer Versorgung auf hohem Niveau sprechen werden und von Ihren leider vergeblichen Anstrengungen.

Die Prozentzahlen in unseren Kindertagesstätten nehmen ein noch erschreckenderes Ausmaß an. Die Studie von Professor Sell ist eine fundierte Analyse der derzeitigen Situation in unseren Kindertagesstätten, wie sie sich entwickelt, wenn wir die Zweijährigen und künftig auch die Einjährigen weiter aufnehmen.

Es ist klar, dass wir mehr Personal brauchen, wenn wir mehr und vor allem kleinere Kinder betreuen. Diese Studie wirft verschiedene Szenarien auf. Ich denke, zwei davon sind für uns von Bedeutung.

Bei der einen Variante geht Sell von der Fortführung des Status quo aus, also keine qualitative Verbesserung, keine Anpassungen an die veränderten Bedingungen durch unsere Kleinsten und eine Inanspruchnahme auf dem bisherigen Niveau. Auf diese Rahmenbedingungen bezieht sich auch die Landesregierung und geht dabei von einem Mangel von 2.000 Kräften aus. Das ist die geringste Variante. Das sind 8,3 % Erzieherinnenmangel.

Die andere Variante, wenn wir davon ausgehen,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Die Kinder sind noch gar nicht da!)

dass wir etwas mehr Kinder aufnehmen und diese Kinder auch in anderen Betreuungsformen wie der kleinen Altersmischung betreut werden, geht von einem Bedarf von bis zu 5.000 Erzieherinnen aus.

Frau Ministerin, da sind wir dann bei 18 % Ausfall. Ich glaube nicht, dass wir das unseren Kindern zumuten wollen.

Diese Zahlen sind nicht vom Himmel gefallen.

(Pörksen, SPD: Kinder auch nicht!)

Wir weisen seit Jahren darauf hin, aber bis jetzt war wieder einmal alles gut in Rheinland-Pfalz. Dabei hätte man schon vor Jahren, als man den Rechtsanspruch für die Zweijährigen umgesetzt hat, erste Schritte gehen müssen, hätte mehr Erzieherinnen ausbilden und die Rahmenbedingungen in unseren Kindertagesstätten verbessern müssen. Aber nichts dergleichen ist getan.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Frau Ministerin, es ist wie immer, in Rheinland-Pfalz kommt alles so überraschend. Ich erwarte von Ihnen Politik mit Weitsicht, und ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Verantwortung übernehmen und den Eltern sagen, wie Sie Ihr Versprechen halten, das Sie mit Blick auf die Betreuung der Zweijährigen gegeben haben.

(Glocke des Präsidenten)

Das Nächste in der zweiten Runde.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Da sollen sie sich auf Bundesebene einmal Gedanken machen!)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Raab.

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildungspolitik, ja, es macht Spaß, in Rheinland-Pfalz darüber zu sprechen. Ich freue mich, dass Frau Ministerin es rechtzeitig geschafft hat, wieder hierher zu kommen. Sie ist mit einem leeren Koffer nach

Berlin gefahren und kommt mit einem vollen Koffer voller hervorragender Ergebnisse zum Thema „Bildungspolitik“ nach Rheinland-Pfalz zurück. Das ist ein Tag der Freude und zeigt, wie gut Bildungspolitik von Anfang an bis zum Ende durchdekliniert wird.

(Beifall der SPD)

Wir haben heute eine Aktuelle Stunde zu einem Thema, zu einem Gutachten.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglieder im Bildungsausschuss sind, wir haben bereits am 8. Juni im Bildungsausschuss ausführlich darüber diskutiert.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Worum geht es? – Es geht um Fachkräftemangel. Fachkräftemangel erleben wir in vielen Branchen, und wir in Rheinland-Pfalz tun sehr viel. Wir haben Universitäten gegründet. Wir haben Fachhochschulen gegründet. Wir haben in vielen Bereichen, auch im Rahmen der Konversionspolitik, Dinge auf den Weg gebracht, um einem Fachkräftemangel rechtzeitig, frühzeitig, zu begegnen.

Wir reden heute über eine bestimmte Berufssparte, nämlich der der Erzieherinnen und Erzieher. Wir haben hier eine relative Angebotsverknappung. Ich habe gesehen, Sie von der CDU haben gestern eine Pressekonferenz gemacht, und Sie haben Rheinland-Pfalz mit vielen Bundesländern verglichen. Deshalb habe ich mir erlaubt, in Vorbereitung auf die heutige Aktuelle Stunde auch Rheinland-Pfalz mit einem Bundesland zu vergleichen, einem südlichen, nämlich Bayern.

Da ist mir aufgefallen – jetzt muss ich in diesen Tonfall fallen, den ich eben gehört habe –, dass die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer, CSU, im Sozialausschuss Mitte Dezember 2009 gestand, in Bayern drohe in den kommenden Jahren ein massiver Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Also wirklich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Fachkräftemangel, ja, auch in diesem Bereich möglicherweise. Was haben wir in Rheinland-Pfalz getan? – Da ist Rheinland-Pfalz bundesweit – Sie müssen es sich anhören – wieder in einer Vorreiterrolle. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben bei Herrn Professor Dr. Sell. Wenn Sie die Literatur bundesweit vergleichen, dann werden Sie feststellen, es gibt kein vergleichbares. In diesem Bereich berufen sich alle auf Professor Sell.

Das kann ich Ihnen auch nicht ersparen, während die Ministerin ein solches Gutachten in Auftrag gibt, während wir versuchen, einem Fachkräftemangel an vielen Stellen zu begegnen, machen Sie am 17. Juni eine Pressekonferenz und wollen Kindergartenstandards auf den Prüfstand stellen. Da sage ich, meine lieben Damen und Herren von der CDU, das ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen haben, dass die Ministerin auch weiter-

hin mit einem Gepäck voller guter Ergebnisse bei der PISA-Ländervergleichsstudie zurückkommt. Deshalb halten wir an unseren Standards fest.

(Beifall der SPD –
Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

Kommen wir aber nun zu dem Gutachten von Herrn Professor Sell. Sell kommt zu dem Ergebnis, dass ein Fachkräftemangel im Erzieherinnenbereich nicht unbedingt empirisch gesichert ist. Er zitiert ein paar Äußerungen. Ich möchte dazu zwei Beispiele nennen.

Die meisten Äußerungen, die einen solchen Personal-mangel in den Raum stellen, gehen von durchaus plausiblen Annahmen aus, die so eintreffen können, aber nicht müssen.

Jetzt habe ich mir einmal angeschaut, was die Bundesregierung dazu sagt. Sie hat eine Kleine Anfrage beantwortet und festgestellt, in einer Qualifizierungsinitiative für Deutschland wurde ein zusätzlicher Bedarf an 80.000 Erzieherinnen und Erziehern inklusive Tagespflegepersonal und anderem ermittelt. Sie haben eine irre Rechnung aufgemacht. Zu dieser Rechnung sagt Herr Professor Sell, anscheinend hat die Bundesregierung bzw. das hier zuständige Bundesfamilienministerium eine sehr konkrete Vorstellung über den Personalbedarf, den sie sogar auf eine Zahl zu verdichten in der Lage ist. Es fragt sich nur, woher dieser Wert von zusätzlich 80.000 Fachkräften stammt.

Das ist nicht empirisch belegt. Deshalb sind wir froh, dass wir für Rheinland-Pfalz nun drei Szenarien entwickelt bekommen haben, mit denen man umgehen und rechnen kann. Man muss auch sagen, wir haben einige Maßnahmen, und Sell stellt klar heraus, wir in Rheinland-Pfalz haben bislang 21.000 pädagogische Fachkräfte. Wir haben große regionale Unterschiede in Rheinland-Pfalz, Stadt/Land. Das wissen wir aus vielen Gesprächen, die wir auch im Bildungsausschuss führen.

Er sagt – in Rheinland-Pfalz gehen wir von der Grundlage aus –, dass Rheinland-Pfalz im Kindergartenbereich und im Krippenbereich erheblich bessere Personalstandards hat als alle vergleichbaren Bundesländer.

(Glocke des Präsidenten)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegin Morsblech von der FDP-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es nicht so schlecht, dass wir das Thema heute in einer Aktuellen Stunde diskutieren; denn der künftige Personalbedarf in der Kindertagesbetreuung ist ein aktuelles Thema und auch ein drängendes Thema,

wie die viel zitierte Studie von Herrn Professor Dr. Sell und Anne Kersting zeigt.

Zunächst halte ich es für eine sehr vernünftige und in dem Zusammenhang auch lobenswerte Vorgehensweise, seitens der politischen Verantwortungsträger zu sagen, wir bekommen da möglicherweise ein Problem und möchten gerne eine fundierte Grundlage haben, um dieses Problem zu beleuchten, und geben deshalb eine Prognose in Form eines Gutachtens in Auftrag.

Je nach Auswirkung der verschiedenen Variablen, des Rechtsanspruchs, der Beitragsfreiheit, der unterschiedlichen Ausstattung von Betreuungsplätzen, der Arbeitsbedingungen, haben wir gesehen, es können sich sehr unterschiedliche Szenarien ergeben. Ich war erstaunt, wie weit das dann teilweise auseinanderklafft. Gerade weil die Variablen und ihre Auswirkungen sehr komplex sind, war es gut, das Gutachten so zu stellen, dass man es trotz der großen Komplexität schafft, sich hinterher so zu konzentrieren, dass man realistische Szenarien aufgezeichnet bekommt. Insofern fand ich dieses Gutachten sehr hilfreich.

Auch wenn man sich im Weg des Ausbaus der Kindertagesbetreuung hier im Hause oft uneins war, wir haben alle auf allen Ebenen, im Bund, in den Ländern und auch in den Kommunen, gemeinsam beschlossen, dass wir uns auf diesen Weg machen wollen, einen Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen voranzutreiben, eine Differenzierung der Angebote, erweiterte Öffnungszeiten und einen Ausbau der Kindertagespflege. Das ist politischer Konsens. Dieser Weg erzeugt insgesamt einen höheren Bedarf, das heißt, der Bedarf wäre meiner Ansicht nach – das muss ich an die Adresse der CDU richten – unabhängig der politischen Zuständigkeit und der Regierung hier im Hause entstanden.

Da hoffe ich doch zumindest, dass wir auf einer Ebene diskutieren.

Frau Kollegin Dickes, wenn ich dann Herrn Professor Sell richtig verstehe, dann wäre es auch so, dass, wenn man nun vor dem Hintergrund des quantitativ insgesamt erhöhten Fachkräftebedarfs aufgrund dieser Ausbauwünsche, die wir alle haben, zusätzlich noch die Standards anheben würde, man laut der Studie, die uns vorliegt, einen noch höheren Fachkräftebedarf erzeugen würde.

(Zuruf von der SPD: Natürlich!)

Damit widersprechen Sie sich leider in dieser Debatte ein Stück weit selbst;

(Pörksen, SPD: Warum denn „leider“?)

denn Sie fordern das immer wieder. Wenn Sie die politischen Möglichkeiten und auch das nötige Geld dazu gehabt hätten, hätten Sie vielleicht auch sogar bessere Standards zugrunde gelegt, aber dann hätten Sie jetzt ein verschärftes Problem in diesem Bereich. Das muss man dann ehrlicherweise in dieser Debatte auch sagen.

(Beifall der FDP und bei der SPD –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sehr gut
mitbekommen!)

Ich wage auch weiterhin zu behaupten, dass, egal welche Regierung wir in den letzten Jahren gehabt hätten, niemand wirklich darangegangen wäre, die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher massiv zu verbessern, weil eben die anderen Dinge auf der Agenda standen und man diesen Bereich nicht so sehr stark im Blick hatte.

Wir haben zwar die Qualifikationsmöglichkeiten angehoben – für die Leitungen gibt es die Studienmöglichkeiten an der Fachhochschule Koblenz, für Erzieherinnen und Erzieher gibt es mittlerweile auch Weiterqualifizierungsmöglichkeiten in Form eines Studiums –, aber wirkliche Karrieresprünge oder auch finanzielle Vorteile und Weiterentwicklungen in dem Bereich sind für die Menschen, die dort arbeiten, damit leider nicht verbunden. Das muss man ehrlicherweise dann hier auch sagen.

Wenn man da etwas verbessern möchte, dann geht das nur sehr kleinschrittig und im Konsens mit den Trägern, den Kommunen vor Ort, und dem Land. Dann müssen wir uns an einen Tisch setzen und mit allen Beteiligten überlegen, wie das funktionieren könnte.

Fest steht, dass weder das Land noch die Träger umhinkommen werden, in Zukunft multidimensionale Maßnahmen in irgendeiner Form einzuleiten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Uns werden, wenn man das ganz realistische einfache Szenario zugrunde legt, rund 2.000 Erzieherinnen und Erzieher und rund 550 Tagespflegepersonen fehlen. Bis zum Jahr 2013 wird das eintreten.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Das heißt, man muss relativ schnell handeln und von verschiedenen Seiten an das Problem herangehen. So habe ich es zumindest verstanden.

(Pörksen, SPD: Richtig!)

Ich denke, das Land hat schon einiges angekündigt. Sie werden die Ausbildungskapazitäten ausweiten.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Sehr genau!)

Dazu ist mir noch in den Sinn gekommen – auch nach sorgfältigem Lesen der Studie –, dass, wenn man jetzt an 18 Standorten fachschulische Angebote hat, es möglicherweise sinnvoll wäre, die Ausbildungsmöglichkeiten in der Fläche noch etwas breiter zu streuen, weil die Studie feststellt, dass Erzieherinnen und Erzieher offensichtlich nicht so mobil sind, dass sie gerne umziehen und sich auch über die Kreisgrenzen hinaus dann räumlich verändern, sodass man da möglicherweise noch einen zusätzlichen Ansatzpunkt hätte.

(Glocke des Präsidenten)

Ich werde noch zwei Ansatzpunkte gleich in der zweiten Runde beleuchten.

Danke schön.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Meinetwegen geht das noch!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Ahnen.

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach der sehr abgewogenen Rede von Frau Morsblech,

(Beifall bei der SPD)

glaube ich, wird es jetzt ein bisschen einfacher, über ein Thema zu reden, das uns in der Tat zu Recht alle beschäftigt, weil es ein wichtiges Thema ist.

Ich sage Ja, wir haben einen hohen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern,

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ja!)

und Ja, wir haben Handlungsbedarf. Ich werde dies auch gleich noch einmal darstellen.

Aber ich sage Nein zu dem grundsätzlich alles schlechtreden und Apokalypsen aufzeigen, die einfach so nicht eintreten. Das wird der Sache nicht gerecht. Es ist der Sache sogar hinderlich, und vor allem wertschätzt es nicht die Arbeit all derer in diesem Bereich, wie Frau Dickes das hier wieder getan hat.

(Beifall der SPD)

Liebe Frau Dickes, das einzige, was ich an Ihrer Rede wirklich gut fand, war der Dank an meine Referatsleiterin. Weil sie ja nicht selbst an das Pult kommen kann – Frau Roth, dahinten sitzt sie –, sage ich, den Dank, den nehmen wir wirklich gern an. Wir sind auch der Meinung, wir haben eine absolut qualifizierte Vertreterin für den Kindertagesstättenbereich in unserem Ministerium, die verantwortlich ist, die bundesweit Anerkennung erfährt. Das steht auch der Ministerin nicht schlecht an, an der Stelle dafür einmal ganz herzlich zu danken.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich finde es gut, wenn Sie sich auf seriöse Quellen beziehen. Frau Roth ist eine solch seriöse Quelle. Ich finde es auch gut, wenn Sie sich auf Herrn Professor Sell beziehen. Das ist auch eine solch seriöse Quelle.

Es wäre nur gut, wenn Sie dann auch im Rahmen dessen bleiben würden, was die wirklich sagen. Immer gefährlich wird es da, wo Sie Ihre eigenen Interpretationen anfügen. Die gehen nämlich haarscharf an dem vorbei, was in dem Gutachten von Professor Sell zu lesen ist.

Eine ganz neue Kategorie sind 8 % und 18 % Ausfall. Was das sein soll, das finden Sie in keinem Gutachten. Das ist eine Erfindung von Ihnen, glaube ich. Es hilft auch überhaupt nicht weiter. Es ist auch überhaupt nicht beschreibbar für die Kita. Das ist schon merkwürdig.

Gehen wir einmal zum Realistischen. Wir haben einen hohen Bedarf, wir haben Handlungsbedarf, aber wir haben keinen massiven Erzieherinnenmangel und schon gar keine landesweit gravierende Mangelsituation, sondern wir haben die Situation, dass in dem Szenario, das als realistisch eingeschätzt wird, wir 2.000 Erzieherinnen und Erzieher mehr beschäftigen wollen, in der Kindertagespflege rund 550 Personen.

Das haben wir im Bildungsausschuss gesagt. Das haben wir Ihnen auch in dem Gutachten am 9. Juni übermittelt. Wir haben auch schon die Wege mit aufgezeigt.

Was ich Ihnen nicht vorwerfe, weil Sie es noch nicht wissen können – ich sage es Ihnen heute nur schon, damit Sie sich darauf vorbereiten –, es gibt neben dem Gutachten von Professor Sell jetzt auch eine bundesweite Studie. Die bundesweite Studie wird Ende Juni, Anfang Juli öffentlich vorgestellt.

Diese bundesweite Studie ist vom Deutschen Jugendinstitut gemacht. Da ist Herr Professor Rauschenbach ein sehr bekannter Mensch im Bereich der Frühpädagogik. Der kommt – ich darf zitieren – zu folgendem Ergebnis:

„Rheinland-Pfalz gehört zu den westlichen Ländern, in denen der Fehlbedarf unter den Rahmenbedingungen des Szenarios 1 bis 2013 eine überschaubare Herausforderung darstellt. Der Fehlbedarf beläuft sich auf ca. 600 Personen. Durch eine moderate Steigerung der Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen könnte diese Lücke geschlossen werden.“

Das wird Ende des Monats bundesweit veröffentlicht werden. Damit stehen wir deutlich besser da als eine Reihe von anderen Ländern, und damit haben wir jetzt zwei seriöse Quellen, die sich mit diesem Thema auf verantwortungsvolle Art und Weise auseinandersetzen. Beide kommen zu dem Ergebnis, dass diese Herausforderung bewältigbar ist.

Es werden von Herrn Professor Sell – das ist der Verdienst dieser Studie vor allen Dingen auch – Wege und konkrete Handlungsfelder aufgezeigt, zum Beispiel die Ausbildungskapazitäten – Frau Morsblech hat es angesprochen – an den Fachschulen.

Da werden wir schon zum kommenden Schuljahr mit der Bildung zusätzlicher Fachklassen und mit der Einrichtung weiterer höherer Berufsfachschulen „Sozialassistenten“ erste weitere Schritte machen können, weil auch die Nachfrage nach diesem Beruf wieder ansteigt, weil es sich herumgesprochen hat, dass es ein Beruf mit guten Perspektiven ist. Deswegen können wir sehr zeitnah in dieser Form darauf reagieren.

Frau Morsblech, wir werden genau den Weg wählen, dass wir auch Angebote in Regionen machen, in denen wir bisher keine Angebote haben, weil wir die Begrenztheit des regionalen Arbeitsmarktes für die Erzieherinnen und Erzieher sehen.

Zum Zweiten geht es darum, neue Wege des Quereinstiegs für interessierte geeignete Bewerberinnen und Bewerber in den Blick zu nehmen. Auch das werden wir tun.

Wir wollen das Potenzial der Teilzeitbeschäftigten besser erschließen; denn es gibt Erzieherinnen und Erzieher, die gern aufstocken würden und diese Möglichkeit nicht bekommen.

Wir wollen Angebote machen für die Rückkehrer in den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher nach der Familienphase, weil auch das ein Potenzial ist, das wir ausschöpfen können.

Wir wollen natürlich auch die Träger animieren, Strategien zu entwickeln, dass Erzieherinnen und Erzieher länger im Beruf verbleiben; denn das ist ein großes Problem, dass sie zu schnell wieder aus dem Beruf herausgehen.

(Beifall der SPD)

Das alles machen wir im Dialog mit den Akteuren, das heißt mit den Trägern, mit den großen Trägergruppen, mit den Erzieherinnen und Erziehern, und wir unterstützen das auf vielfältige Art und Weise. Ich glaube, unser Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ist an dieser Stelle nach wie vor ein Meilenstein, der uns auch bundesweit unterscheidet.

(Beifall der SPD –
Frau Ebli, SPD: Absolut!)

Ich sage Ihnen aber auch, was wir nicht machen werden, Frau Dickes.

An dieser Stelle erwarte ich von Ihnen schon einmal eine klare Aussage.

Wir haben Sie in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass es die CDU in der letzten Legislaturperiode war, die die Standards in den Kindertagesstätten absenken wollte. Sie haben immer wieder erklärt: Was interessiert uns die letzte Legislatur? – Seit fünf Tagen müssen Sie erklären, was Sie im Moment wollen; denn Ihre Spitzenkandidatin und Ihr Fraktionsvorsitzender haben eine Presseerklärung herausgegeben, die bis heute nicht widerrufen worden ist. Darin steht ausdrücklich, dass die Standards der Kindertagesstätten im Land auf den Prüfstand gestellt und Einsparmöglichkeiten diskutiert werden müssten.

Ich will von Ihnen wissen, wie Sie sich zu dieser Aussage stellen. Dazu müssen Sie etwas sagen. Dazu sind Sie an dieser Stelle eine Antwort schuldig.

(Beifall der SPD)

Es ist nicht lauter, uns in jeder Plenarsitzung vorzuwerfen, wir müssten bei den Standards etwas tun, obwohl wir bundesweit auf Platz 1 oder 2 stehen, gleichzeitig aber eine solche Presseerklärung herauszugeben. Das hätte ich an dieser Stelle gern aufgeklärt. Wir wollen uns mit Ihnen solide auseinandersetzen, aber dann müssen wir auch wissen, was Sie an dieser Stelle wirklich wollen.

Ich sage Ihnen für die Landesregierung, sollte Ihr Weg zur Deckung des Erzieherinnen- und Erzieherbedarfs sein, die Standards in den Kindertagesstätten abzusen-

ken, so wird es diesen Weg mit uns nicht geben. Dagegen werden wir Widerstand leisten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen. Ich begrüße Mitglieder des SPD-Ortsvereins aus Kallstadt. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Frau Kollegin Dickes für die CDU-Fraktion.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Frau Ministerin, über die Frage der Standards haben wir schon oft diskutiert. Wir haben unter anderem auch das Beispiel der Standards bei Toiletten für Zweijährige in diesen Räumlichkeiten diskutiert.

(Ministerpräsident Beck: Oh!)

Genau an diesem Punkt hat die künftige Ministerpräsidentin angesetzt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich erlebe es auch als Mitglied im Jugendhilfeausschuss unseres Kreises, wie viel Geld wir im Moment in Räumlichkeiten stecken müssen, um dem Ausbau gerecht zu werden.

(Ministerpräsident Beck: Darum geht es doch nicht im Zusammenhang mit Personal!
Die Spitzenkandidatin der CDU befasst sich mit Toiletten!)

Es ist durchaus sinnvoll, in dem einen oder anderen Punkt über Alternativen nachzudenken.

(Zuruf der Abg. Frau Ebli, SPD)

Wer im vergangenen Herbst an der Informationsfahrt des Ausschusses für Bildung und Jugend nach Schweden teilgenommen hat, konnte sich einen hervorragenden Kindergarten anschauen. Dieser Kindergarten war nicht deshalb toll, weil die Raumhöhe unseren deutschen Standards entsprochen hat, sondern weil hervorragend geschultes Personal in ausreichendem Umfang vorhanden war.

Genau darum geht es auch in Rheinland-Pfalz. Es geht darum, dass wir Zeit für die Kinder haben, aber es geht nicht um bauliche Standards. Wir wollen personell gute Standards, und dazu ist eine frühzeitige Personalplanung erforderlich.

Frau Ministerin, ich erkenne es an, wenn Sie die Plätze an den Fachschulen ausweiten und wenn Sie eine Werbekampagne starten, um junge Menschen in die Ausbildung zu bringen. Aber wer in drei Jahren, nämlich im

Jahr 2013, Erzieherinnen braucht, der muss schon fünf Jahre vorher beginnen; denn so lange dauert die Ausbildung. Wir haben seit zwei Jahren auf den Erzieherinnenmangel immer wieder hingewiesen und haben gleichzeitig an den Schulen einen Rückgang von 300 Absolventen zu verzeichnen. Ich habe den Ausreißer und die falsche Zahl in Ihrer Antwort nicht mitgerechnet, sondern nur die validen Zahlen, die Sie uns geliefert haben.

Wenn 300 Absolventen weniger an den Erzieherinnenschulen die Ausbildung beenden, kann man nicht von einem Ausbau sprechen. Aber diesen Ausbau brauchen wir dringend.

(Glocke des Präsidenten)

Es gibt auch andere Maßnahmen, die in der Studie angesprochen wurden und die man sicherlich nutzen kann. Sie haben zwar frühzeitig auf den Ausbau gedrängt – das ist positiv –, aber die Erzieherinnen dafür fehlen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile noch einmal Frau Staatsministerin Ahnen das Wort.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Ich tue etwas sehr Ungewöhnliches, indem ich jetzt erneut an dieses Pult trete. Aber, Frau Dickes, das geht so nicht!

(Beifall bei der SPD –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Wir müssen anfangen, seriös miteinander zu diskutieren. Sie haben gesagt, die räumlichen Standards in rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten würden nicht ausreichen. Sie erinnern sich doch noch an diese Situation. Sie haben doch gesagt, die räumlichen Standards müssten verbessert werden, und heute sagen Sie, die Personalstandards seien nicht gemeint gewesen, sondern die Räumlichkeiten. Sie verstricken sich in Widersprüche.

(Beifall der SPD)

Sie müssen an dieser Stelle Farbe bekennen. Ich sage Ihnen für die Landesregierung in aller Eindeutigkeit, wir werden an die Standards nicht herangehen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Raab von der SPD-Fraktion.

(Pörksen, SPD: Auch Frauen können sich vors eigene Schienbein treten!)

Abg. Frau Raab, SPD:

Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich bin froh, dass Sie das heute in dieser Form bekräftigt haben. Es beruhigt uns ungemein, dass wir wissen, dass in Rheinland-Pfalz sowohl die personellen Standards als auch alle anderen Gegebenheiten für die Kinder so bleiben, wie sie sind, und sogar noch weiter ausgebaut werden.

(Beifall der SPD)

Frau Kollegin Dickes, ich möchte auch noch gern ein Wort an Sie richten. Sie haben soeben die baulichen Standards, die Räumlichkeiten genannt. Ich erinnere mich gern an einen Besuch, den ich zusammen mit Frau Kollegin Beilstein im Landkreis Cochem-Zell durchführen durfte und bei dem wir auf Einladung des Verbandsbürgermeisters Kindertagesstätten besichtigt haben, die im Rahmen des Konjunkturpakets II energetisch und baulich saniert worden sind. Wir haben gehört, dass die Erzieherinnen und Erzieher gesagt haben, es ist gut, dass eine energetische Sanierung vorgenommen wurde. Dadurch ist der Lärmschutz verbessert worden, und damit sind Dinge nach vorn gebracht worden, die die Arbeitsbedingungen für die Menschen in den Kindertagesstätten erleichtern. Dies ist ein menschenwürdiges Arbeitsumfeld, für das wir in Rheinland-Pfalz im Verbund mit den Trägerinnen und Trägern der Kindertagesstätten gern sorgen.

Ich bin Frau Kollegin Morsblech dankbar, dass sie das Gutachten als hilfreich empfindet. Es ist eine hilfreiche Grundlage für uns, aufgrund derer wir uns Gedanken machen können. Herr Professor Dr. Sell hat wichtige Erkenntnisse gewonnen zu der Frage, wie wir den Einstieg erleichtern können, wie wir den Verbleib für die Erzieherinnen und Erzieher im Beruf verlängern können und wie wir möglicherweise den Ausstieg aus dem Beruf anders darstellen können. Frau Ministerin Ahnen hat einige Punkte genannt, zum Beispiel die Ausweitung der fachschulischen Kapazitäten.

Ich möchte aber ausdrücklich noch die Themen „Seiteneinsteiger“ und „Umschulung“ erwähnen. Viele Menschen kommen aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen oder aufgrund einer anderen Situation in die Lage umzuschulen. Wir wollen versuchen, wie man mit der Bundesagentur für Arbeit sowie auch in enger Abstimmung mit den Trägern Möglichkeiten dazu schaffen kann. Herr Professor Dr. Sell hat dies in seiner Studie nach den rechtlichen Grundlagen des SGB II aufgezeigt.

Es hat sich auch gezeigt, dass wir in Rheinland-Pfalz gute Bedingungen haben, was die Möglichkeit von Teilzeitarbeitsverhältnissen in diesem Bereich angeht. Ich bin stolz darauf; denn auch in einem solchen Bereich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einem familienfreundlichen Bundesland wie Rheinland-Pfalz sehr gut möglich.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es kommt darauf an, dass man selbst mit der gewünschten Entwicklung noch Schritt halten kann, mit mehr Bildungsinhalten, die wir uns für die Kindertagesstätten wünschen, mit mehr Qualität, mit vernünftigen Standards eines Ausbaus der Plätze und mit der Beitragsfreiheit, die das Land eingeführt hat und die eine gewisse Nachfrage schafft, aber gleichzeitig auch einen Finanzbedarf darstellt. Wenn man sieht, dass man dadurch mehr Personalbedarf erzeugt, muss man diese Aufgaben bewältigen.

Viele Maßnahmen sind schon zu Recht aus dem Gutachten zitiert und von Frau Ministerin Ahnen angesprochen worden. Ich glaube dennoch – auch wenn es an dieser Stelle etwas merkwürdig anmutet, dass wir erneut diese Frage stellen –, dass es auch gut tun würde, durch mehr Marktinstrumente wie beispielsweise einem Gutscheine etwas mehr Träger- oder Angebotsvielfalt zu schaffen.

(Beifall der FDP)

Ich sage Ihnen auch warum. In unserem Bundesland gibt es sehr viele unterschiedliche Träger und private Angebote sowie betriebliche Möglichkeiten. Wenn man andere Privatpersonen, die gern in dem Bereich aktiv werden würden, aber keine Möglichkeit haben, in die Förderung oder in die Bedarfsplanung aufgenommen zu werden, mit ins Boot nehmen und die Konditionen für private Träger und damit für weitere Arbeitgeber attraktiver machen würde, hätte man in diesem Bereich auch noch mehr Möglichkeiten und mehr Verantwortliche, mehr Kreativität, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Vor diesem Hintergrund rege ich noch einmal an, auch über diese Fragen verstärkt nachzudenken.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich verkennen wir nicht, dass dabei auch die Frage der Multiprofessionalität, die beleuchtet worden ist, eine Rolle spielen wird. Ich denke, hier müssen wir sehr sorgfältig vorgehen. Auf der einen Seite fordern wir selbst zu Recht hohe Qualitätsstandards, die wir, glaube ich, auch alle in diesem Hause gerade, was das Personal und die Inhalte angeht, möchten. Auf der anderen Seite brauchen wir an dieser Stelle etwas mehr Bewegung. Wir brauchen mehr Multiprofessionalität auch im Bereich der Kindertagesstätten. Deshalb müssen wir darüber eine gesellschaftliche Diskussion gemeinsam anstoßen und sinnvolle Maßnahmen entwickeln.

Ich denke, in diesem Sinne müssen sich alle auf den Weg machen,

(Glocke des Präsidenten)

die Attraktivität des Erzieherinnenberufs zu steigern und das Problem zu lösen.

(Glocke des Präsidenten)

Für Sachlichkeit wäre ich deshalb auch weiterhin sehr dankbar.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4175 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

– Drucksache 15/4728 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/4743 –

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4737 –

Ich erteile dem Abgeordneten Keller zur Berichterstattung das Wort.

Abg. Keller, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 4. Februar 2010 ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur hat sich sehr intensiv mit der Vorlage befasst, und zwar in seiner 31. Sitzung am 25. Februar 2010, in seiner 32. Sitzung am 13. April 2010, in seiner 33. Sitzung am 26. April 2010 und in seiner 35. Sitzung am 15. Juni 2010. In seiner 33. Sitzung hat der Ausschuss ein Anhörverfahren durchgeführt.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 22. Juni 2010 beraten. Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. Im Ältestenrat wurde eine Grundredezeit von zehn Minuten verabredet. Das Wort hat die Landesregierung. Ich gehe davon aus, Frau Staatsministerin Ahnen, dass Sie das Wort ergreifen.

(Staatsministerin Frau Ahnen: Zweite Lesung!)

– Es ist ein Gesetzentwurf der Landesregierung.

Ich gebe dann den Fraktionen das Wort. Wer meldet sich? –

(Abg. Dr. Krell, SPD, meldet sich zu Wort)

– Zunächst spricht Herr Dr. Krell, dann Frau Kollegin Huth-Haage, danach der Kollege Kuhn von der FDP-Fraktion.

Bitte schön, Herr Dr. Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Verabschiedung dieses Gesetzes heute ging eine sehr lange und zugleich konstruktive Beratungsphase voran. Insbesondere möchte ich an die Diskussionen des vergangenen Sommers und des Herbstes erinnern. Die Landesregierung hat die berechtigten und kritischen Einwände, die während der Schüler- und vor allem der Studierendenproteste artikuliert wurden, sehr konstruktiv aufgenommen und umgesetzt.

Die SPD-Fraktion hat sich ebenso intensiv an der Debatte beteiligt und zahlreiche Gespräche mit Studierenden und Hochschulangehörigen geführt.

In unserem Antrag, den wir im September vergangenen Jahres in den Landtag eingebracht haben, haben wir diejenigen kritischen Einwände aufgegriffen, die eine berechtigte Kritik am Bologna-Prozess darstellen.

So haben wir eine stärkere Beachtung des Kriteriums der Studierfähigkeit bei der Akkreditierung bzw. Reakkreditierung von Studienangeboten gefordert, weiterhin die Flexibilisierung der Reihenfolge der einzelnen Module eines Studiums, die Verringerung der Prüfungsdichte bzw. der Anzahl der Prüfungen, die Verbesserung von Anrechnungsmöglichkeiten von durch Prüfungen erworbenen ECTS-Punkten beim Hochschulwechsel und das Eröffnen weiterer flexibler Wege für den Übergang zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen.

Die entscheidenden und notwendigen Aspekte sind nun im Gesetz berücksichtigt.

Darüber hinaus ist durchaus erwähnenswert, dass eine studentische Forderung berücksichtigt wurde, die seitens der Studierenden sehr engagiert vertreten wurde, nämlich dass zukünftig ein studentisches Mitglied im Hochschulrat verbindlich vorzusehen ist.

Hervorzuheben ist die mit dem Gesetz erhöhte Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Sie wird nun dadurch gestärkt, indem der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte erheblich erleichtert wird. Meister oder vergleichbar Qualifizierte erhalten zukünftig einen fachlich nicht gebundenen Zugang zum Studium.

Anders beruflich Qualifizierte können nach einer mindestens zweijährigen beruflichen Tätigkeit ohne den Umweg

über ein Probestudium jedes Studium an einer Fachhochschule in Rheinland-Pfalz aufnehmen.

An Universitäten steht der Weg zu allen Studiengängen offen, die mit der Berufsausbildung verwandt sind. Meine Damen und Herren, damit erweitert das Gesetz nicht nur die Zugangsmöglichkeiten zu unseren Hochschulen, sondern damit wird auch die Bedeutung der dualen Ausbildung unterstrichen.

Auch dass die Hochschulen nun die Bedürfnisse ehrenamtlich engagierter Studierender stärker berücksichtigen sollen, ist ein nicht zu unterschätzendes Merkmal der Novelle und stärkt die Position solcher Studierender, die sich über das Studium hinaus in besonderer Weise engagieren wollen.

Das Gesetz weist weitere innovative Elemente auf. Insbesondere unter den schärfer werdenden Wettbewerbsbedingungen der Hochschulen begrüßt die SPD-Fraktion auch die Stärkung der Hochschulen in ihrer Autonomie. Ebenso ist die Einrichtung von Forschungskollegs ein wichtiger Ansatz zur Stärkung der universitären Forschung.

Insoweit zeigt das Gesetz dadurch, dass es die Anforderungen an die Spitze und hiermit der Spitzenforderung berücksichtigt, auf der anderen Seite aber auch durch die verbesserten Zugangsmöglichkeiten zu unseren Hochschulen, dass es sozusagen in der Breite wichtige Impulse setzt.

Ende April folgte die parlamentarische Anhörung. Nach der intensiven Diskussion bis zu diesem Zeitpunkt waren erwartungsgemäß hier keine fulminanten neuen Erkenntnisse zu erwarten und dann auch nicht festzustellen. Allerdings gab es zahlreiche Aspekte, die wir sorgfältig geprüft haben. In unserem Änderungsantrag haben wir niedergelegt, was uns noch notwendig erscheint.

Seitens der CDU gibt es auch einen entsprechenden Antrag. Obwohl er in Teilbereichen in dieselbe Richtung weist wie unser Antrag, werden wir ihn nicht mittragen können, weil er sich in entscheidenden Aspekten unterscheidet.

Einige Punkte, die uns aus der Anhörung wichtig erschienen, auch, was den CDU-Antrag belangt, möchte ich hier benennen.

Es hat sich herausgestellt, dass eine deutlichere Betonung des Teilzeitstudiums im Rahmen des Studienkontenmodells sinnvoll erscheint. Aber anders, als es die CDU vorschlägt, sind wir der Auffassung, dass es nicht im Gesetz, sondern in der Studienkontenverordnung festgeschrieben werden soll, also so, wie wir es in unserem Änderungsantrag dargestellt haben.

Weiterhin möchten wir die familiäre Situation nicht nur von Studierenden, sondern auch von Hochschulangehörigen genauer in den Blick nehmen und die Vereinbarung von Familie und Studium unter Gender-Aspekten auch bei der wissenschaftlichen Qualifikation und im Beruf unterstreichen.

Diese Änderung greifen wir auf, weil sie einerseits nochmals auf die Verbesserung der Studienbedingungen wie auch andererseits auf die Belange von Hochschulangehörigen mit familiären Aufgaben zielt. Somit wollen wir einen weiteren Beitrag leisten, sowohl den Anreiz zur Aufnahme eines Studiums als auch die Attraktivität der Hochschulen insgesamt zu erhöhen.

In einem weiteren Punkt wollen wir die Durchlässigkeit von Bildungsabschlüssen und Bildungswegen verbessern. Für die Aufnahme eines dualen Studiums an einer Fachhochschule soll unserer Auffassung nach zukünftig auf eine zusätzliche berufliche Vorbildung zur Erlangung der Fachhochschulreife verzichtet werden können, da in das jeweilige duale Studium eine vollständige Berufsausbildung oder ein an deren Stelle tretendes Praktikum integriert ist. Somit können Bewerberinnen und Bewerber zukünftig deutlich schneller ein duales Studium an einer Fachhochschule aufnehmen. Verzögerungen oder Wartezeiten entfallen.

Zu den weiteren Vorschlägen der CDU mache ich einige kurze Anmerkungen. Die CDU will die geschlechterparitätische Besetzung von Gremien streichen. Nein, da sind wir anderer Auffassung. Wir wollen ein Zeichen für Geschlechterparität setzen, weil wir eine angemessene Vertretung auch von Frauen anstreben.

Zweifelsohne muss die Akkreditierung von Studiengängen weiterentwickelt werden. Darauf hat die SPD-Fraktion bereits im Sommer letzten Jahres hingewiesen. Insbesondere den Aspekt der Studierfähigkeit haben wir hervorgehoben. Aber das kann nicht bedeuten, dass wir von jetzt auf gleich die Akkreditierung einzelner Studiengänge streichen.

Auch die Kritik der CDU hinsichtlich der Verknüpfung von Modulen können wir in der Form nicht nachvollziehen. Im Gesetz heißt es, dass Module nicht miteinander verknüpft werden sollen. Das schließt jedoch nicht die Möglichkeit der Verknüpfung aus, wenn sie notwendig erscheint.

Die weiteren Punkte scheinen uns ebenso in gewisser Weise fragwürdig. Ihre kurios anmutende Forderung nach Aufhebung der Hochschulkuratorien haben Sie gerade noch zurücknehmen können. Das war sicherlich richtig, weil die Hochschulkuratorien mit ihrer beratenden Funktion eine wichtige Verknüpfung zwischen den Hochschulen und der Region sind.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Insgesamt gesehen können wir nun mit der Verabschiedung der Novelle hochschulrechtlicher Vorschriften viele wichtige Innovationen auf den Weg bringen, die dem Hochschul- und Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz deutlich positive Impulse geben werden.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Kollegin Huth-Haage von der CDU-Fraktion.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Monate hinweg haben wir Gespräche mit den verschiedenen Interessengruppen geführt. In den Fraktionen und dem Ausschuss haben wir Anhörungen durchgeführt. Heute wollen wir abschließend über das Hochschulgesetz beraten.

Für uns in der CDU-Fraktion gab es einige wichtige zentrale Positionen, die wir formuliert haben. Vor diesem Hintergrund haben wir das Gesetz beleuchtet. Ganz wichtig waren uns die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Forschung und der Schutz der Lehre vor Überregulierung. Wir wollen keine Ökonomisierung. Wir wollen eine Beibehaltung der engen Verzahnung von Lehre und Forschung. Ganz wichtig ist uns auch der Aspekt der sozialen Durchlässigkeit und der Chancengerechtigkeit.

(Beifall der CDU)

Das war unser Kompass, den wir bei der Bewertung dieses Gesetzes angelegt haben. Vor diesem Hintergrund können wir sagen, es gibt Punkte im Hochschulgesetz, die wir mittragen und richtig finden. Aber es gibt vor dem Hintergrund dieser Positionen auch eine Vielzahl von Regelungen, denen wir nicht zustimmen können.

Lassen Sie mich kurz zwei allgemeine Bemerkungen zu diesem Gesetz machen. Wir glauben, dass insgesamt zu viele kleinteilige Regelungen festgeschrieben sind. Es gibt zu viele Detailregelungen. Bei vielen Belangen ist nach wie vor das Einvernehmen mit dem Ministerium notwendig. Wir glauben, hier wäre mehr Freiheit, andere sagen, mehr Autonomie, notwendig. Ich glaube, ein wichtiger Begriff ist, dass mehr Vertrauen notwendig gewesen wäre. Hier hätten wir uns gewünscht, mehr Vertrauen in die Hochschulen zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Die Hochschulen können viele Dinge am besten eigenverantwortlich regeln. Das gilt etwa für den Bereich der Berufungsverfahren oder bei der Qualitätssicherung.

Ein zweiter Punkt, der uns auch wichtig war, war die Frage der Kosten. Wir hätten ein bisschen mehr Transparenz und Ehrlichkeit erwartet. In diesem Gesetz sind viele neue Aufgaben festgeschrieben, die alle etwas kosten. Hier wäre es gut gewesen, wenn man diese Kosten beziffert hätte. Das ist leider nicht geschehen. Das waren so weit die Vorwegbemerkungen.

Ich will zunächst die Dinge nennen, die wir mittragen und gut finden. In dem Bereich gab es einiges. Ausdrücklich begrüßen wir, dass es erweiterte Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit einer beruflichen Qualifikation gibt. Das ist ganz wichtig vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Wir müssen den Weg beschreiten, und zwar mutig. Es muss ein Erfolg werden.

Wir müssen genau beobachten, wie sich die Zahlen entwickeln und ob diese Angebote angenommen werden. Das muss evaluiert werden. Brauchen diese Studierende mehr Unterstützung? Werden sie Erfolg ha-

ben? Auf all diese Fragen müssen wir in den nächsten Jahren ganz genau schauen.

Wichtig ist uns eine alte Forderung. Da hat sich ein bisschen was getan. Es ist im Gesetz nicht so verankert, wie wir uns das gerne gewünscht hätten. Eine alte Forderung von uns nach einem Teilzeitstudium ist aufgegriffen worden. Wir wissen, dass es ein ganz wichtiger Baustein bei der sozialen Durchlässigkeit ist. Wir wissen, dass es insbesondere seit der Einführung der neuen Studiengänge gerade für Studierende mit Kindern ganz schwierig geworden ist. Das gilt auch für Studierende, die noch erwerbstätig sein müssen. Das ist wirklich nicht einfach.

Aus diesem Grund ist es für uns so wichtig, dass wir das im Gesetz festschreiben. Wir haben das schon im November in unserem Antrag „Sofortprogramm gegen die Bologna-Krise“ gefordert. Das machen wir auch in unserem Änderungsantrag. Sie haben sich ein bisschen bewegt, zwar noch nicht ganz in unsere Richtung, aber es hat in der Fraktion und in der Regierung eine kleine Bewusstseinsveränderung gegeben.

Ich begrüße es, dass Sie auf die starke Kritik der Studierendenwerke eingegangen sind. Ich denke, das ist ganz wichtig und war eine Forderung von uns. Wir brauchen die Studierendenwerke. Wir müssen alles tun, sie in ihrer wichtigen Arbeit zu unterstützen. Es kann nicht sein, dass das Gesetz Verschlimmerungen vorsieht, etwa die Verkürzung der Frist zur Vorlage der Rechnungslegung von sieben auf vier Monate. Das macht keinen Sinn. Das macht die Arbeit der Studierendenwerke aber sehr schwierig.

Meine Damen und Herren, hier erschöpfen sich so langsam die Gemeinsamkeiten. Ich will jetzt darauf zu sprechen kommen, was wir kritisch sehen. Eben ist der § 2, Gender Mainstreaming betreffend, angesprochen worden. Man will hier etwas für die Frauen machen. Das ist richtig. Das wollen wir auch. Es ist in der Anhörung gesagt worden, es ist gut gemeint, aber leider schlecht gemacht. Das, was hier gewollt wird, ist negativ für die Frauen. Das hat eine Wissenschaftlerin, die die SPD berufen hat, selbst gesagt. Es kommt bei den Frauen nicht gut an, es wird negativ impliziert. Man kann eine solche Regelung finden und die geschlechterparitätische Besetzung von Gremien vorsehen. Man kann es tun, wenn annähernd 50 % der Professoren Frauen sind. Dann macht so etwas Sinn.

Im Moment ist es aber kontraproduktiv. Sie haben in Ihrem Änderungsantrag eine Konstruktion gefunden, mehr für Familien tun, mehr Kinderbetreuung. Da sind wir dabei. Das ist keine Frage. Trotzdem hilft es nicht bei diesem § 2. Es ist schlecht für die Frauen. Wir möchten, dass das in dem Änderungsantrag gestrichen wird.

Ich komme zu § 5, die Qualitätssicherung betreffend. Ich will noch einmal daran erinnern, im Anhörverfahren hat Herr Professor Dr. Muth davon gesprochen, dass hier ein „aufgeblasenes Verfahren etabliert wird“. Wenn man sich die Mühe macht, das im Gesetz durchzulesen, dann stellt man fest, dass es ganz viele Abschnitte sind, die sich nur mit der Qualitätssicherung beschäftigen. Wir glauben, da das Qualitätsmanagement der Hochschulen

akkreditiert wird, dass diese vielen Detailregelungen nicht notwendig sind. Es sind Doppelungen. Wir glauben, dass das die Hochschulen eigenverantwortlich selbst regeln können.

Meine Damen und Herren, wir glauben, dass die Landesregierung in die Richtung geht zu versuchen, die bei den Studierendenprotesten angesprochenen Dinge aufzugreifen. § 25 ist gerade angesprochen worden. Da geht es um die Flexibilisierung. Wir alle wollen eine Flexibilisierung haben. Wir möchten nicht, dass das alles nur starr aufeinander aufbaut. Aber dennoch halten wir die Formulierung, so wie sie im Gesetz momentan vorgesehen ist, für problematisch. Unseren Vorschlag im Änderungsantrag halten wir für sehr viel besser. Es ist wichtig, dass die Struktur den Inhalten folgt und nicht umgekehrt. Es ist möglich, dass Module aufeinander aufbauen, wenn es sinnvoll ist. Das ist in dem einen oder anderen Fall so.

In § 25 geht es später um die Mobilität und um die Begrifflichkeiten von Gleichwertigkeit und Gleichartigkeit. Wir halten unsere Formulierung für wesentlich zutreffender. Wir glauben, dass wir eine Verbesserung der Mobilität nur dann erreichen, wenn wir auf die Gleichwertigkeit und nicht auf die Gleichartigkeit des Studienverlaufes setzen.

Meine Damen und Herren, das Berufsrecht ist ein wichtiges Element, um Profile zu bilden. Dazu haben wir schon etwas gesagt. Wichtig ist auch, dass wir erfolgreich in der Nachwuchsgewinnung sind. Denjenigen, die eine Promotion anstreben, müssen wir daher geeignete Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen. Deshalb möchten wir hier weiter die Freistellung haben. Wir sehen die Streichung des Doktorandenparagrafen sehr kritisch.

Ein wichtiger Punkt für uns auch in der Anhörung – das haben wir immer wieder betont – und in anderen Anträgen ist, wir möchten die Berufsbezeichnung bzw. den Abschluss des Diplomingenieurs erhalten. Wir, und nicht nur wir – das ist auch in der Anhörung deutlich geworden –, glauben, mit dem Titel „Diplomingenieur“ wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verknüpft, gerade auch im Ausland. Es macht keinen Sinn, diese Qualitätsmarke nicht mehr zu verwenden.

Wir – da wird uns immer vorgehalten, wir würden das Rad gern zurückdrehen, deshalb sage ich das hier noch einmal, ich habe es auch im Ausschuss betont – stehen zu den Abschlüssen Master und Bachelor. Wir möchten das Rad nicht zurückdrehen, wir möchten es aber ermöglichen, dass als Äquivalent zu Master es in der Verantwortung der Hochschule steht, einen Diplomingenieur anzubieten. Viele Hochschulen und viele Bundesländer gehen diesen Weg mittlerweile.

Auch die SPD in Baden-Württemberg geht diesen Weg. Da will Minister Frankenberg das ähnlich machen. Die SPD will noch viel, viel weiter als Minister Frankenberg. Sie geht weit über den Diplomingenieur hinaus. Da geht es noch um ganz andere Abschlüsse. Also herzliche Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, sich einmal in Baden-Württemberg in der Fraktion umzuhören. Das erscheint mir sehr sinnvoll.

Meine Damen und Herren, alles in allem habe ich hoffentlich deutlich gemacht, es gibt Bereiche, die wir mittragen. Vieles sehen wir aber kritisch. Wir sagen, insgesamt ist mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfs leider eine Chance vertan worden, mehr für die Hochschulen in unserem Land zu tun.

(Baldauf, CDU: Das ist nicht die erste Chance, die Sie vertan haben!)

Wir hätten sie mit diesem Gesetz fit für die Zukunft machen können. Das ist leider unterlassen worden. Deshalb wird die CDU-Fraktion das Gesetz ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Werner Kuhn von der FDP-Fraktion.

Abg. Kuhn, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Novellierung eines Hochschulgesetzes ist immer eine Weichenstellung. Sie muss auch im Laufe der Zeit erfolgen. Hochschulen verändern sich. Auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich, und man sollte die Novellierung und die neuen politischen Rahmenbedingungen nicht gering einschätzen. Das Ganze ist ein Prozess. Hochschulen sind nicht statisch zu sehen. Hochschulen entwickeln sich auch.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns zurückerinnern – das meine ich historisch, persönlich können wir das leider Gottes nicht –, so begann die Erfolgsstory der deutschen Wissenschaft und der deutschen Forschung mit der Humboldtschen Reform „Freiheit von Forschung und Lehre“. Das war das Erfolgsrezept für die rasante Entwicklung der Wissenschaften gerade in Deutschland und war auch die Grundlage für die positive wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Freiheit von Forschung und Lehre ist heute eine Selbstverständlichkeit. Aber heute geht es um ein anderes Freiheitsthema. Die Hochschulen haben sich entwickelt. Die Hochschulen sind sehr komplexe Organisationsformen geworden. Die Zahl der Studierenden hat massiv zugenommen. Also unterhalten wir uns heute auch über den Freiheitsgedanken im Hinblick auf diese Systeme.

Frau Ministerin, ich hatte es in der letzten Rede schon vorab erwähnt – das soll nicht kleingeredet werden –, sehr vieles in Ihrem Hochschulgesetz gefällt uns. Sie sind da in der Tat auf dem richtigen Weg. Aber – Sie wissen es – wir sind der Überzeugung, dass Sie vor dem eigentlichen Ziel stehengeblieben sind. Wirkliche Freiheit und gleiche Augenhöhe von Hochschulen und Ministerium erreichen Sie nur – Sie kennen unsere Position –, wenn Sie den Hochschulen auch einen neuen Status geben.

(Beifall der FDP)

Das heißt, der Status der Hochschulen muss sich ändern. Das ist nicht zu gering einzuschätzen. Wir wollen, dass Hochschulen ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Sie müssen nicht staatliche Einrichtungen sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich frage mich, warum Sie diesen Weg nicht gehen. Da sehe ich zwei Gründe, wenn ich das einmal interpretieren darf, Frau Ministerin. Zum einen ist es ja wohl so, dass es SPD-Überzeugung ist oder es der SPD suspekt ist, wenn sich der Staat auch nur teilweise aus Systemen zurückzieht. Das entspricht Ihrer politischen Grundauffassung.

(Hartloff, SPD: Das ist eine Behauptung!)

Aber zum Zweiten habe ich den Eindruck, auch wenn Sie davon überzeugt wären, geht das nicht oder ginge es nicht, weil die FDP in Nordrhein-Westfalen genau dieses Modell umgesetzt hat und die SPD in Nordrhein-Westfalen als Opposition natürlich dagegen war.

Meine Damen und Herren, einige wenige Sätze zum Thema „Nordrhein-Westfalen“. Das hat mit unserem Hochschulgesetz schon etwas zu tun. Wir bekommen in Nordrhein-Westfalen eine neue Regierung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Da stellen sich mir zwei Kernfragen. Erstens – wir wissen es –, sie werden die Studienbeiträge abschaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir werden das genau beobachten, meine Damen und Herren. Dann stelle ich in Nordrhein-Westfalen die Frage: Wie wird diese Finanzierungslücke vom Land Nordrhein-Westfalen geschlossen werden? – Da passen Sie einmal ganz genau auf.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wenn dies nicht geschieht, dann schwächt man in Nordrhein-Westfalen die Hochschulen auf ganz massive Art und Weise. Das darf nicht sein.

(Beifall der FDP)

Ich sehe das auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse. Ich bin einmal gespannt, wie Sie diese Frage dort lösen werden.

Meine Damen und Herren, das Zweite: Ich bin einmal gespannt, ob diese neue Landesregierung den Mut aufbringt, den Status der Hochschulen retropolitisch wieder zu verändern. Da bin ich einmal gespannt.

Es ist bekannt, dass die Hochschulen mit diesem neuen System hoch zufrieden sind. Die Zustimmung ist ständig gewachsen. Ich bin einmal gespannt, ob sie darangehen oder bei diesem System bleiben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dabei bleiben, dann bin ich einmal gespannt, ob nicht möglicherweise Frau

Ministerin Ahnen ihre Meinung vielleicht doch noch einmal ändern könnte.

(Beifall des Abg. Eymael, FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte einige Beispiele nennen, die uns Sorgen bereiten. Wir begrüßen zum einen die Einrichtung von Forschungskollegs. Das ist ohne Frage. Aber wir sind immer noch nicht überzeugt davon, dass dies so geregelt wird, dass die Lehre darunter nicht leidet. Im Gesetz gibt es dazu keinen Anhaltspunkt. Das heißt also, wenn da Deputate wegfallen, brauchen wir gleichwertigen Ersatz. Es kann nicht sein – ich weiß, dass Sie das auch nicht wollen –, dass das der Beginn einer Entwicklung zur Zweiklassenhochschule ist. Das wollen wir wohl alle nicht. Also da muss man achtgeben, dass dies nicht so geschieht.

Das Zweite ist, die Öffnung der Hochschulen – auch schon zu unseren Koalitionszeiten begonnen – ist in der Tat der richtige Weg. Es ist sehr positiv, dass aus der dualen Ausbildung Menschen zusätzliche Bildungschancen bekommen. Bildungsaufsteiger brauchen wir in Deutschland. Dann muss man aber auch mehr tun, meine Damen und Herren. Es reicht nicht, die Tür zu öffnen. Das ist gut so. Das ist ja im Gesetz festgeschrieben. Dann muss man diese Menschen auch an der Tür abholen. Da brauchen wir auch in dieser Situation bessere Betreuungsverhältnisse, um die Erfolgchancen dieser Menschen zu steigern.

Im Übrigen wird – das sage ich voraus – die Diskussion um die offene Hochschule in Deutschland Raum gewinnen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir nicht bei 1, ... % stehen bleiben dürfen, die auf diesem Weg zur Hochschule kommen. Ich bin der festen Überzeugung, dass im Laufe der Jahre oder mittelfristig gesehen wir diesen Anteil sogar auf insgesamt 10% steigern können. Dazu braucht man aber auch ein entsprechendes Konzept. Die Defizite dualer Studiengänge wurden von meiner Kollegin eben auch schon erwähnt.

Korrekturbedarf sehen wir alle, aber auch hier sage ich: Dieser Korrekturbedarf allein reicht nicht aus, sondern wir brauchen in vielen Fachbereichen bessere Betreuungsverhältnisse. Das wird von den Studierenden massiv kritisiert. Herr Dr. Krell hat den Eindruck erweckt, als würde man in diesem Fall den Studierenden folgen. Diese massive Kritik der Studierenden an unseren Hochschulen haben Sie nicht erwähnt. Wenn wir Bachelor und Master zum Erfolg führen wollen, brauchen wir bessere Betreuungsverhältnisse.

Weiter fehlt für uns ein Konzept zur Weiterentwicklung dualer Studiengänge. Sie erinnern sich an die Anhörung. Ich hatte den Eindruck, dass die Landesregierung im Hinblick auf unsere Große Anfrage etwas in sich gegangen ist und Defizite eingeräumt hat. Zu diesem Bereich brauchen wir auch neue Impulse. Im Hochschulgesetz sehe ich dazu nichts.

Last but not least komme ich zu dem Thema, das schon zweimal angesprochen worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich war verblüfft, als in der Anhörung eine hoch qualifizierte Professorin – das habe ich übrigens nicht nur in der Anhörung gehört, sondern das

wurde mir später von vielen Professorinnen bestätigt – zu ihrer paritätischen Einbeziehung in die Gremien erschrocken war. Sie hat gesagt: Wir wollen in erster Linie forschen und gute Lehre machen. Wir wollen nicht, dass uns diese Zeit durch überproportionalen Einsatz in den Gremien weggenommen wird. – Sie sagen, wir wollen ein Zeichen setzen. Das ist eine Aussage à la Hopp. Man kann Frauenpolitik nicht gegen den Widerstand von Frauen durchsetzen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das ist wahr! – Eymael, FDP: Das geht nicht!)

Das ist ein widersinniges Vorgehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Änderungsanträgen. Zu dem CDU-Änderungsantrag sind wir der Meinung, dass wir die Kuratorien nicht abschaffen sollen. Das ist keine echte Dopplung, und die Öffnung der Hochschulen über die Kuratorien halten wir weiter für sinnvoll.

(Glocke des Präsidenten)

– Ja, noch einen Satz, Herr Präsident.

Auch im Hinblick auf die Akkreditierung können wir Ihnen nicht folgen.

(Glocke des Präsidenten)

Beim Änderungsantrag der SPD stört uns, dass wieder der Wegfall des Freiversuchs thematisiert wird.

(Glocke des Präsidenten)

Aus diesem Grund werden wir uns bei den Änderungsanträgen der Stimme enthalten und insgesamt das Gesetz ablehnen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie alle wissen durch die vorausgegangenen Beratungen und auch durch die Beratungen im Ausschuss, ich halte diesen Gesetzentwurf, dieses Gesetzesvorhaben für eines der ganz zentralen in dieser Legislaturperiode, weil es um nicht weniger geht, als unseren Hochschulen einen zeitgemäßen Rahmen zu geben, damit sie im schärfer gewordenen nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Gesetzentwurf dazu einen entscheidenden Beitrag leisten wird.

Gleichwohl akzeptiere ich, dass die Zeit weit fortgeschritten ist. Deshalb will ich nicht mehr alle Punkte ansprechen, sondern nur noch einige wenige Anmerkungen machen.

Ein wichtiger Punkt in diesem Gesetzentwurf ist die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. Ich gestehe an dieser Stelle, der Gesetzentwurf enthält mehr Regelungen, als ich zu Anfang der Beratungen gedacht habe, dass sie notwendig wären. Das ist aber eine eindeutige Konsequenz aus den vielen Diskussionen mit den Studierenden und den Hochschulen, die wir aufgenommen haben.

Deshalb haben wir uns entschieden, doch wieder Regelungen im Gesetzentwurf zu treffen. Sie wissen, es geht um die Frage von Teilprüfungen im Anschluss an ein Modul, die Verknüpfung von Modulen, die Vereinfachung der gegenseitigen Anerkennung. Das sind Punkte, die wir aufgenommen haben, um Ernst damit zu machen, dass Bologna so umgesetzt werden muss, dass es studierbar ist. Das tun wir mit diesem Gesetzentwurf.

Ein zweiter Punkt, der schon vielfach angesprochen wurde, ist die Öffnung der Hochschulen für qualifizierte Berufstätige. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden, wenn wir diese Regelungen zur Öffnung unserer Hochschulen für qualifizierte Berufstätige verabschieden, bundesweit wieder ganz an der Spitze stehen. Das ist unser ganz zentrales Anliegen.

(Beifall der SPD)

Ich bedanke mich ausdrücklich – Herr Krell hat das ausgeführt – für die zusätzliche Initiative, bei den dualen Studiengängen eine noch weitere Öffnung vorzusehen. Ich halte das für eine gute Initiative, die diesem Grundgedanken Rechnung trägt. Ich darf darauf hinweisen, dass wir bereits über die Experimentierklausel, die im Gesetz vorgesehen ist, mit der es möglich sein soll, unter bestimmten Bedingungen die Berufstätigkeit ersetzen zu können, in konkreten Verhandlungen mit den Hochschulen stehen.

Auch das wäre noch einmal ein weiterer Schritt. Da stehen wir wirklich bundesweit an der Spitze. Ich bin froh, dass dieser Gedanke – das weiß ich – von allen Fraktionen in diesem Haus getragen wird.

Über die Frage der Forschungskollegs haben wir viel miteinander diskutiert. Ich will es nur noch einmal klarstellen: Das Forschungskolleg wird nicht dazu führen, dass Lehre ausfällt, sondern das Forschungskolleg wird dazu führen, dass interdisziplinär exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in besonderen Rechtsformen zusammenarbeiten können. Das wollten wir erreichen. Einen erfolgreichen Beleg haben wir an der Universität Mainz mit dem Gutenberg-Forschungskolleg. Wir wollen diese Möglichkeit weiteren Hochschulen im Land eröffnen.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt hinweisen, der heute noch gar nicht angesprochen worden ist. Das ist für mich ein wichtiger Punkt, weil sich auch der Wissenschaftsrat in der nächsten Woche mit dieser Frage befassen soll. Das ist die Frage des Zusammenwirkens von Fachhochschulen und Universitäten bei Promotionsverfahren.

Wir gehen in dem Gesetzentwurf in diesem Bereich weitere Schritte. Wir greifen damit auch einer bundes-

weiten Debatte vor. In dieser Art und Weise wird sich das wohl auch in den Empfehlungen des Wissenschaftsrats niederschlagen.

Lassen Sie mich einen fast letzten Punkt ansprechen. Das ist die Frage der Autonomie der Hochschulen. Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Es gibt nicht einen Punkt, bei dem ich als Ministerin Angst habe, ich müsste etwas abgeben oder ich dürfte etwas nicht mehr tun. Glauben Sie es mir, ich habe genug zu tun. Ich habe auch tagtäglich das Gefühl, dass ich genug entscheiden könnte. Bei der Frage der Autonomie habe ich mich von einem einzigen Gedanken leiten lassen. Ich finde, das ist in der Anhörung sehr klar zum Ausdruck gekommen.

Autonomie entwickelt man nur dann sinnvoll weiter, wenn sie nicht zu Konfrontationsstellungen zwischen den Gruppen führt. Das Autonomieverständnis unter den Mitwirkenden an der Hochschule ist eben sehr unterschiedlich. Im Rahmen des Konsenses, den wir in den Hochschulen bilden können, gehen wir an die Grenze der Autonomie. Das war auch die einzige Begrenzung, die für mich eine Rolle gespielt hat. Deshalb haben wir uns für diesen Weg entschieden. Deswegen meine ich, dass wir einen Weg gefunden haben, der ziemlich genau dem gegenwärtigen Interessengefüge in den Hochschulen entspricht.

Herr Kuhn, bei aller Liebe für Ihre grundsätzlichen, immer sehr Ihrer Grundlinie treuen Vorschläge, der Vorteil einer neuen Rechtsform ist mir in der bisherigen Debatte noch nicht hinlänglich bewusst geworden. In einer Hinsicht bitte ich um Verständnis: Ich fühle mich in Rheinland-Pfalz so wohl, dass ich nicht noch zu nordrhein-westfälischen Vorhaben an dieser Stelle Stellung beziehen möchte. Ich meine, auch da haben Sie mehr Ihren grundsätzlichen Einstellungen Rechnung getragen.

(Beifall der SPD)

Jetzt muss ich doch noch einen Punkt ansprechen, weil Sie, Frau Huth-Haage, sagen, die Qualitätssicherung sei ziemlich bürokratisch und man müsse doch gar nicht mehr die Studiengänge akkreditieren, wenn die Qualitätssicherung akkreditiert sei. Zu Ihrer Information: Das geht nur dann, wenn sie systemakkreditiert sind. Im Moment streben noch keine zehn Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland – erfreulicherweise befindet sich die Universität Mainz darunter – die Systemakkreditierung an. Insofern sind wir davon, dass die Qualitätssicherungssysteme generell akkreditiert sind, in der Bundesrepublik Deutschland noch meilenweit entfernt. Ich hoffe aber, dass wir mit der Universität Mainz an dieser Stelle Erfahrungen gewinnen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute kommt ein wichtiges Gesetz auf den Weg. Ich bedaure ausdrücklich, dass die Fraktionen von CDU und FDP dem hier vorliegenden Gesetzentwurf offensichtlich nicht zustimmen können.

Meines Erachtens ist darin vieles enthalten, was wir gemeinsam hätten auf den Weg bringen können. So werden wir ihn mit einer nicht ganz so breiten Mehrheit in diesem Parlament beschließen müssen. Nach meiner

festen Überzeugung wird dieses Gesetz im Anschluss in den Hochschulen erfolgreich umgesetzt werden können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion – Drucksache 15/4743 – ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Dann kommen wir zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion – Drucksache 15/4737 –. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP angenommen.

Jetzt stimmen wir über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4175 – mit den beschlossenen Änderungen ab. Wer ist für den Gesetzentwurf mit den beschlossenen Änderungen? – Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben können, sich von Ihrem Platz zu erheben. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Landesjagdgesetz (LJG) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4341 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – Drucksache 15/4729 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 15/4745 –

Zunächst hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Arnold Schmitt, das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Landtag hat am 17. März 2010 beschlos-

sen, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Landesjagdgesetz an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – federführend – und mitberatend an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau sowie den Rechtsausschuss zu überweisen.

Der Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz hat in mehreren Sitzungen, zuletzt in der 32. Sitzung am 8. Juni 2010, über den Gesetzentwurf beraten. Am 25. Mai 2010 hat der Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ein Anhörverfahren durchgeführt und dazu auch die Mitglieder des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau eingeladen. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau sowie der Rechtsausschuss haben gestern in ihren jeweiligen Sitzungen über den Gesetzentwurf beraten.

Die Beschlussempfehlung lautet: Der Gesetzentwurf wird angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Ich bitte um Wortmeldungen. – Das Wort hat der Abgeordnete Weiner von der CDU-Fraktion.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unter Zeitdruck ist nur selten ein gutes Gesetz entstanden.

(Pörksen, SPD: Eine Rede kann man auch schlecht anfangen – und schlecht aufhören!)

So mussten wir in den letzten Tagen den Gesetzentwurf bewerten, der uns vorlag. Dieser Gesetzentwurf ist mangelhaft.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Bitte?)

Dass er mangelhaft ist, wird daran deutlich, dass heute eine Stunde vor der Beratung ein neunseitiger Änderungsantrag von SPD und FDP hier im Hause vorgelegt worden ist,

(Pörksen, SPD: Der ist doch völlig bekannt!
Wo ist denn Ihr Änderungsantrag?)

ein Änderungsantrag, den weder der Umweltausschuss noch der mitberatende Landwirtschaftsausschuss gestern kannten und beraten konnten.

(Beifall bei der CDU)

Viele Kollegen in diesem Haus haben ihn vorhin kurz überflogen. Die einzelnen Passagen und Paragraphen einzuordnen, ist aber schlechthin unmöglich.

Deshalb habe ich Herrn Kollegen Langner vorhin noch einmal gefragt, ob er bereit ist, die Beratung dieses Gesetzentwurfs auf die nächste Sitzung zu vertagen,

damit sowohl der Gesetzentwurf als auch Ihr Antrag seriös beraten werden können

(Beifall der CDU –
Fuhr, SPD: Unseriös ist das, was Sie hier machen!)

und wir heute nicht die Katze im Sack beschließen müssen.

(Pörksen, SPD: In diesem Sack sitzen
allenfalls Sie!)

Die SPD hat dies abgelehnt.

Meine Damen und Herren, dieses Thema muss doch ernsthaft beraten werden. Schließlich sind die Probleme vielfältig. Die Forstleute berichten uns, dass die Entwicklung unserer Wälder nicht nur unter dem Klimawandel leidet, sondern in verstärktem Maße auch unter dem selektiven Verbiss bestimmter Baumarten durch die Überpopulation an Rotwild. Für unsere Wälder ist es deshalb wichtig, die Bestände an Rotwild wieder auf ein Normalmaß zu reduzieren.

Auch die Landwirtschaft verändert sich; es werden mehr Energiepflanzen angebaut.

(Pörksen, SPD: Nur Sie verändern sich nicht!)

Herr Pörksen, das ist doch gewünscht. Da muss man sich aber auch den Veränderungen stellen. Beim Weinbau gibt es Probleme in den Steillagen. Dort liegen mehr Flächen brach.

Das bedeutet, dass Wildschweine mehr Deckung und ein besseres Nahrungsangebot finden, sodass sie sich in den letzten Jahren rasant vermehrt haben. Die Wildschweinbestände liegen in einigen Landesteilen um mehr als das Zehnfache über dem Normalen. Im Herbst wird Ihnen das Lachen vergehen, wenn Ihre Wähler Sie ansprechen und Ihre Kommunen auf Sie zukommen, um sich wieder zu beklagen, dass ganze Wildschweinrotten Wiesen, Weinberge, Sportplätze und Friedhöfe verwüsten sowie zu Verkehrsunfällen auf Straßen und Schienensträngen beitragen. Wir haben das alles schon erlebt. Haben Sie es etwa vergessen?

(Pörksen, SPD: Ja, und? Was wollen Sie
denn damit sagen? Welchen Vorschlag
machen Sie denn?)

Es ist daher die allererste und die größte Herausforderung an ein modernes Jagdgesetz, ein abgestuftes und wirksames Instrumentarium gegen die Überpopulation an Rot- und Schwarzwild zu liefern.

(Pörksen, SPD: Wo ist denn Ihr Änderungsantrag?)

Meine Damen und Herren, bereits an dieser Herausforderung ist die Landesregierung gescheitert.

(Beifall der CDU)

Der zweite Hauptstreitpunkt ist die Frage, wer wann und in welcher Höhe Wildschäden übernehmen muss. Die Jäger sehen sich hier immer größeren Schadenersatz-

forderungen ausgesetzt und fühlen sich gerade dann übervorteilt, wenn zum Beispiel im Laufe langjähriger Pachtverträge immer mehr Landwirtschaftsflächen auf Mais umgestellt werden. Auch in dieser wichtigen Frage bleibt das Gesetz unpräzise und widersprüchlich bis lückenhaft. Solange es Wildtiere gibt, gibt es auch Wildschäden, Herr Pörksen. Da wirkt es geradezu weltfremd, Frau Ministerin, wenn im Gesetz die Formulierung steht, Wildschäden seien zu vermeiden.

(Beifall der CDU)

Unsere Forderung, diese missverständliche Formulierung im Gesetz klarzustellen, stieß bei der SPD auf taube Ohren. Dabei wäre es so einfach gewesen, vor „zu vermeiden“ das von den Jägern vorgeschlagene kleine Wörtchen „möglichst“ einzufügen

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Wie ist das denn justizabel,
Herr Kollege?)

oder wenigstens eine Klarstellung vorzunehmen, die etwa lauten könnte – das ist unser Vorschlag –: Wildschäden, die über das Maß bei normalem Wildbestand und einer normalen Fruchtfolge hinausgehen, sind zu vermeiden.

Es hätte also durchaus mögliche Formulierungen gegeben. Wir haben Gespräche mit Herrn Langner geführt. Sie fanden zwar in netter Atmosphäre statt; man war aber nicht bereit, hier Änderungen vorzunehmen.

Mit diesem neuen Gesetz drohen auch viele Streitigkeiten über Maß und Höhe der Schadenregulierung. Gerade in diesem Zusammenhang wäre es wichtig gewesen, mehr Spielräume zu schaffen – zum Beispiel durch die von uns hier mehrfach geforderte Abschaffung der Jagdsteuer.

Meine Damen und Herren, besonders betroffen sind jene Landwirte, die im Bereich der Querungshilfen für Wild ihre Flächen haben. Dort dürfen die Jäger nicht schießen. Es wird auch nicht entschädigt. Hier wird sich das Wild massieren. Insofern wäre es wünschenswert, dass die Betroffenen eine entsprechende Entschädigung vom Land erhalten.

Auch hier hat sich die SPD einer fairen Regelung verschlossen. Das ist für uns auch ein Grund, den Änderungsantrag, der auch in diesem Punkt lückenhaft und unausgewogen bleibt, abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Auch für den Laien wird klar, wenn er sich § 6 und die Anlagen dazu ansieht, wie widersprüchlich das Gesetz ist. Darin werden die Tierarten aufgelistet, die dem Jagdrecht unterstellt sein sollen.

Meine Damen und Herren, diese Liste steht im offenen Widerspruch zu naturschutzrechtlichen und europäischen Regelungen. Im Jagdgesetz stehen ausgestorbene Tierarten wie der Auerhahn. Darin stehen der Elch, das Wisent und der Fischotter, die bei uns gar nicht vorkommen.

Herr Pörksen, darin sind zahlreiche Tierarten aufgeführt, die auf der roten Liste stehen, die vom Aussterben bedroht sind, wie das Birkhuhn, der Luchs, das Haselhuhn oder die Wachtel, für die in ganz Deutschland nach Artikel 7 der Vogelschutzrichtlinie die Jagd nicht zugelassen ist. Darin stehen auch die Zugvögel, die bei uns nur rasten oder den Winter verbringen, wie Gänse und Enten aus Skandinavien und Möwen aus dem Nord- und Ostseeraum.

(Pörksen, SPD: Das ist ja unerhört!)

– Herr Pörksen, gerade weil für uns das Töten und Verspeisen unserer Singvögel in Südeuropa ein ganz großes Ärgernis ist, sollten wir darauf achten und ein Zeichen setzen, dass bei uns Zugvögel aus Nordeuropa nicht geschossen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ausgestorbene oder bedrohte Tierarten oder Zugvögel haben im Jagdgesetz nichts zu suchen.

Ein vierter Punkt. Viele Verbände haben es in der Anhörung gefordert. Man soll auch einmal auf die Verbände hören. Es gibt zu diesem Gesetz unglaublich viele Verordnungen, aber keiner kennt sie. Wir sollen heute die Katze im Sack beschließen.

Unser Vorschlag war, diese Verordnungen im Ausschuss zu beraten und diesen auch zuzustimmen. Die CDU war bereit, Neuland zu betreten und mehr Demokratie zu wagen. Vielleicht sagt Ihnen der Satz noch etwas. Ich habe ihn noch von Willy Brandt gehört. Die SPD wollte dies nicht.

Meine Damen und Herren, in vielen Punkten bleibt das Gesetz deshalb widersprüchlich wie beim Natur- und Artenschutz. Es bleibt unpräzise. Es ist nicht innovativ und bei den Interessensgruppen und Gremienbesetzungen nicht richtig austariert. Es ist vieles intransparent.

Unter dem Zeitdruck sollen wir heute im Parlament einen Änderungsantrag beraten und beschließen, den die wenigsten von uns kennen. So kann man kein gutes Gesetz machen. Dieses Gesetz ist weder für Rheinland-Pfalz gut und richtig noch dient es als Muster für andere Bundesländer. Die CDU-Fraktion lehnt dieses Gesetz ab.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauchhage:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Langner von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Langner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe gleich auf das ein, was der Kollege Weiner

gesagt hat. Ich glaube, Rheinland-Pfalz bekommt mit dem Beschluss des heutigen Tages ein modernes und ein allen Beteiligten gerecht werdendes Jagdgesetz.

(Beifall der SPD)

Wir müssen uns noch einmal verdeutlichen, dass ein Landesjagdgesetz ein wichtiger Teil zum Schutz der Natur, des Waldes, der Landwirtschaft und des Weinbaus ist. Ich nenne den Weinbau, weil wir in der Fraktion explizit die besondere Stellung des Weinbaus für Rheinland-Pfalz – das schlägt sich auch im Änderungsantrag nieder – deutlich gemacht haben.

Ich glaube, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Balance in der Natur zwischen Tier, Pflanzen und Menschen leisten. In vielen Punkten hat sich in den zurückliegenden Monaten gezeigt, dass es entgegenstehende Meinungen in den beteiligten Verbänden gegeben hat.

Das hat sich in der Anhörung noch einmal widerspiegelt. Sicherlich hat der Landesjagdverband an der Stelle eine besondere Position eingenommen. Er musste sich an der einen oder anderen Stelle auch der Kritik der anderen beteiligten Verbände erwehren.

Bei aller Kritik, die es im Vorfeld gegeben hat, zeigt sich aber, dass der von der Landesregierung eingebrachte Entwurf gut und richtig ist.

Ich will ein paar Punkte nennen. Die neuen Pachtzeiten, die wir festgelegt haben, nämlich acht Jahre in der Regel und fünf Jahre in besonderen Ausnahmefällen, geben allen Beteiligten eine neue Flexibilität.

Ich will noch einmal den Weinbau nennen, der auch Teil des Pachtvertrags sein kann. Dieser bleibt zwar Sonderkultur, es steht aber explizit im Gesetz, dass in Pachtverträgen die Belange des Weinbaus mit einbezogen und entsprechende Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden können.

Herr Weiner, Sie haben die Jagd in der Umgebung von Grünbrücken angesprochen. Ich glaube, es ist unstrittig, dass es sinnvoll ist, ein solches Jagdverbot in der Umgebung von Grünbrücken auszusprechen. Das tut der Gesetzentwurf zum ersten Mal.

Wir nehmen – wir haben es heute Morgen noch einmal in der Fraktion sehr intensiv diskutiert – die Sorgen der Bauern und Winzer ernst. Wir werden uns genau anschauen, welche Schäden entstehen und ob wir zu einem späteren Zeitpunkt über den Schadenersatz des Landes reden. Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir aber keinen Bedarf.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch etwas zur Liste der bejagbaren Tiere.

Herr Weiner, Sie haben es angesprochen. Das ist in dem Zusammenhang eine Forderung der Natur- und Umweltverbände gewesen. Ich will auch an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass die Liste der bejagbaren Tiere nicht heißt, dass diese Tiere ohne Weiteres geschossen werden.

Das bedeutet, dass sie dem Schutz des Landesjagdgesetzes unterstehen, zum Teil ganzjährige Schonzeiten haben, der Hege der Jägerinnen und Jäger unterliegen und entsprechend vorgesorgt werden kann, damit diese Tiere in unseren Wäldern und unserer Natur auch leben können.

Ich glaube, das muss an dieser Stelle einfach noch einmal deutlich erklärend gesagt werden, weil es viele Missverständnisse gibt.

Ich will noch einen weiteren strittigen Punkt nennen, weil wir ihn auch nicht in die Änderungen mit aufgenommen haben. Das sind die Abschusspläne für das Schwarzwild. Auch das war eine Forderung, die von vielen geäußert worden ist. Die behördliche flexible Anordnung zum Abschuss von Schwarzwild ist nach wie vor möglich, wenn der Bestand an einer Stelle sehr stark zunimmt. Insofern halten wir es für nicht notwendig, einen speziellen Abschussplan für Schwarzwild festzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihnen liegt nun ein gemeinsamer Änderungsantrag der FDP und der SPD vor.

Herr Weiner, jetzt komme ich noch einmal zu dem, was Sie gesagt haben. Das hat mich schon ein bisschen überrascht, weil ich glaube, dass das, was Sie dargestellt haben, ein Zerrbild von dem ist, was eigentlich stattgefunden hat. Alle drei Fraktionen haben nach der Anhörung die gemeinsamen Gespräche gesucht. Diese haben auch stattgefunden.

Sie sind für Ihre Fraktion mit konkreten Vorschlägen in diese Gespräche hineingegangen. Es war durchaus möglich, dass wir gemeinsam einen Kompromiss an dieser Stelle finden. Sie haben von Ihrer Fraktion die Gespräche irgendwann abgebrochen. Das ist das eine.

Sie haben heute keinen Änderungsantrag vorgelegt, um Ihre Positionen darzulegen.

(Zurufe von der CDU)

Ich glaube, Sie haben folgendes Problem. Sie haben die Forderungen aller Verbände zusammen in einen Topf getan und gedacht: Das ist wunderbar. Damit sind alle zufrieden. Wir sind sozusagen die Helden des Landtags.

Sie haben dann aber festgestellt, dass das nicht der Fall ist, sondern dass Sie Kritik von den unterschiedlichen Verbänden zu diesen Vorschlägen bekommen. Ihnen hat dann an dem gewissen Punkt einfach die Courage gefehlt zu sagen, wir legen auch einen Änderungsantrag vor, weil Sie nicht den Mut hatten, Ihre Position klar und deutlich darzulegen.

(Beifall der SPD –
Pörksen, SPD: Genauso ist es!)

Ich muss ehrlich sagen, von einer Oppositionsfraktion, die sich bemüht, redlich bemüht, nach der nächsten Landtagswahl Regierungsverantwortung zu übernehmen, hätte ich mir mehr erwartet. Sie haben die landespolitische Verantwortung an dieser Stelle nicht über-

nommen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU.

(Pörksen, SPD: Feigheit!)

Anders – dies muss man einfach sagen – waren die Gespräche mit der FDP. Ich bin sehr froh, dass wir heute gemeinsam einen Änderungsantrag vorlegen können. Ich glaube, das widerlegt Ihre These, die Sie aufgestellt haben, dass Ihnen das alles viel zu schnell und zu zügig vonstatten ging. Mit der FDP waren die Gespräche an dieser Stelle möglich.

Ich glaube, dass der vorliegende Änderungsantrag – ich will jetzt nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen – unter der Überschrift stehen kann, wir stärken das Miteinander der an der Jagd beteiligten Personen und Gruppen. Wir sorgen dafür, dass die Eigentümer mit beratender Stimme in den Hegegemeinschaften dabei sind, damit wir an dieser Stelle Fehlleitungen oder -entwicklungen frühzeitig bremsen und die Eigentümer sich frühzeitig an dem Prozess beteiligen können. Wir ändern noch einmal die Zusammensetzung des Landesjagdbeirats zugunsten der Eigentümer. Im Kreisjagdbeirat werden die Hegegemeinschaften speziell noch einmal berücksichtigt.

Ich bin auch froh darüber, dass wir die Wahl des Kreisjagdmeisters neu ordnen und die Beteiligung der Jagdgenossenschaften und Eigentümer an dieser Stelle ermöglichen. Ich höre, dass auch die Jägerschaft an dieser Stelle diesen Kompromiss mittragen kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das muss ich noch einmal deutlich sagen, es war Herr Schindler, der das in der Anhörung deutlich gemacht hat, ein Kollege aus Ihrer Fraktion, Ihrer Partei. Er hat gesagt: Bitte macht zügig bei diesem Landesjagdgesetz. Wir haben in diesem Fall auch innerhalb des Bauern- und Winzerverbands widersprüchliche Positionen und Meinungen. Das zerreißt uns an der einen oder anderen Stelle. Wir möchten rasch Klarheit in diesen Punkten haben. –

Insofern ist es richtig, dass wir es heute gemeinsam mit der FDP verabschieden. Ich hätte mir gewünscht, dass die CDU mit dabei gewesen wäre.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir heute die richtigen Rahmenbedingungen für die Jagd in Rheinland-Pfalz geben. Die Jagd in Rheinland-Pfalz ist auf eine neue Grundlage gestellt. Ich finde, auf eine gute Grundlage.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Uta Schellhaaß von der FDP-Fraktion.

(Zurufe von der CDU)

Frau Schneider hatte sich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet. Das habe ich übersehen.

Ich erteile Frau Abgeordneter Schneider von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Schneider, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Langner, das, was Sie über den Beratungsablauf gesagt haben, kann und will ich für die CDU-Fraktion so nicht stehen lassen.

Wir haben bis zum Schluss, bis vor einigen Minuten, noch einmal an Ihre Fraktion und an die Fraktion der FDP signalisiert, dass wir zu Gesprächen bereit sind.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Käpt'n Iglo, ich schildere jetzt Ihnen einmal, was gestern im Landwirtschaftsausschuss abgelaufen ist. Dann können Sie sich vielleicht ein Urteil bilden.

Wir hatten gestern als mitberatender Ausschuss, als Landwirtschaftsausschuss, über die Vorlage abzustimmen. Dann haben wir gefragt, über welchen Entwurf wir denn jetzt abstimmen, weil uns kein Änderungsantrag vorlag und wir uns nicht in der Lage sahen, über einen Antrag abzustimmen, den wir nicht kennen.

Dann hat der Kollege von der FDP-Fraktion gesagt, er kann an der Abstimmung auch nicht teilnehmen beziehungsweise wird sich enthalten, weil er den eigenen Änderungsantrag nicht kennt.

(Zuruf von der CDU: Genau so war es!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dies als eine redliche Beratung eines Landesjagdgesetzes bezeichnen, dann nenne ich das einen Hohn.

(Beifall der CDU –
Frau Brede-Hoffmann: Wo war denn Ihr Antrag?)

Wir als CDU-Fraktion wären bereit gewesen, noch einmal mit Ihnen in Verhandlungen zu treten. Es waren die Punkte, die auf dem Tisch waren, aber Sie waren nicht bereit, die Konsensfähigkeit herzustellen.

(Zurufe von der SPD)

Uns jetzt den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist die absolute Unverschämtheit.

(Beifall der CDU)

Ihre Ministerin hat mit dem Referentenentwurf zu veranworten, dass die Verbände gegeneinander aufgebracht wurden, und wir waren nicht mehr in der Lage, das zusammenzubinden. Den Schuh müssen Sie sich ganz alleine anziehen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Zur Erwidern auf die Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Langner von der SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Langner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schneider, ich denke, zum einen, das, was Sie versuchen, sozusagen aufzubauen, dass dieses Gesetz ein so umstrittenes Gesetz ist, geht von dem ab, was in der Realität passiert; denn – wie gesagt – die Gespräche mit Herrn Kollegen Weiner – – –

Für mich als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sind die Kollegen Frau Schellhaaß von der FDP und Herr Weiner von der CDU-Fraktion die Ansprechpartner. Ich hatte auch den Eindruck – ich glaube, das ist Ihr Problem an der Stelle, deshalb mussten Sie sich so aufregen –, die Kommunikation innerhalb Ihrer Fraktion stimmt an dieser Stelle nicht.

(Beifall der SPD –
Baldauf, CDU: Infame Verleumdung! –
Licht, CDU: Dann erklären Sie einmal den
gestrigen Tag!)

Ich hatte das Gefühl, Herr Kollege Weiner wäre gerne in vielen Punkten mit uns gegangen. Aber Sie haben ihm in der Fraktion insgesamt irgendwann einmal das Vertrauen entzogen, mit uns zu verhandeln an dieser Stelle. Das war der Punkt.

(Beifall der SPD)

Es jetzt so darzustellen, als ob wir nicht kommunikativ und gemeinsam Dinge beraten wollten – – – Wir haben die Gespräche geführt, und die FDP hat das richtig gemacht. Ich habe das gestern im Rechtsausschuss auch gesehen. Da gab es eben eine Enthaltung, weil der Änderungsantrag an dieser Stelle nicht vorhanden war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insofern tun Sie nicht so, als ob das alles hoppla-hopp und ganz zügig durchgezogen worden ist. Wir haben sehr wohl immer wieder das Gespräch mit Ihnen gesucht. Das Gespräch ist von Ihnen abgebrochen worden. Insofern müssen Sie mit den Konsequenzen leben.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Abgeordnete Uta Schellhaaß von der FDP-Fraktion hat das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sagte schon bei der ersten Lesung des Gesetzes, dass es selten so viel Emotionen und Interessenkonflikte gibt wie hier. Das sieht man auch heute wieder.

Vorweg gesagt, für die FDP-Landtagsfraktion gilt, wir wollen gute wirtschaftliche Bedingungen für unsere Bauern und Winzer. Dafür hat sich die FDP immer eingesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Ich liebe den Wald und möchte nicht in einer Landschaft ohne Wald leben. Ich wünsche den Waldbesitzern schon aus ganz eigennütigen Motiven ein gutes Gedeihen ihrer Wälder. Sie leisten Klimaschutz, Erholungsfunktion und liefern das Holz, tun also viel für die Allgemeinheit.

Auch das Wild hat seine Daseinsberechtigung in einer Welt, in der immer mehr Flächen vom Menschen bebaut werden und dessen Lebensraum kontinuierlich kleiner wird. Daraus erwachsen natürlich auch mehr Probleme. Aber der Art nach wird dem Wild seine Daseinsberechtigung von fast allen Landwirten, Winzern und Waldbauern gar nicht abgesprochen. Das Problem liegt in der wachsenden Anzahl.

Manches wäre leichter, wenn die Wildschweine im Mais und anderen Feldern sich nicht ganz so sauwohl fühlen würden und das edle Rotwild die edlen Triebe der Bäume auch nicht abknabbern würde und sie nicht ganz so gerne hätte. Aber gerade deshalb leisten die Jäger einen großen Beitrag zum Naturschutz und zur Landschaftspflege.

(Beifall bei der FDP)

Ohne sie sähen die Wald-, Feld- und Weinbergbesitzer ganz schön alt aus. Damit sind wir beim Kern der Konflikte.

Für uns Liberale ist selbstverständlich, dass die Rechte von Grundstückseigentümern gewahrt werden müssen. Gerade deshalb aber dürfen wir den Jägern ihre Arbeit nicht so erschweren, dass sie ihre Flinte im wahrsten Sinne des Wortes ins Korn werfen, und wir müssen unterstützen, dass sie die Ansprüche, die sie selbst an ihre Ausbildung und an ihr waidgerechtes Verhalten stellen, erfüllen können. Auch der Naturschutz darf dabei nicht vergessen werden.

Liebe Kollegen, das Jagdrecht ist keine einfache Materie, Herr Weiner, da haben Sie recht. Es gibt Punkte, deren Inhalt auf den ersten Blick anders erscheint als bei genauerer Beschäftigung damit. Beeinträchtigungen einer ordnungsgemäßen Nutzung – dies musste ich mir von Juristen sagen lassen – stellen schon erhebliche Beeinträchtigungen dar.

Insofern, gut, es lässt sich nicht alles, was man gerne hätte, durchsetzen.

(Ministerpräsident Beck: Das ist wahr im Leben!)

Das Gesetz bietet viele Möglichkeiten, örtlichen Verhältnissen durch jeweils passende Vertragsgestaltung Rechnung zu tragen. Das ist neu und ungewohnt und wird sich in der Praxis bewähren müssen.

Das Gesetz bietet von der ersten Neufassung an die Möglichkeit, Schadenersatz von Wildschäden sogar in

Sonderkulturen vertraglich mit den Jagdpächtern zu vereinbaren. Aber aus gutem Grund haben sich sogar Interessenvertreter der Bauern- und Winzerverbände dazu durchgerungen, darauf zu verzichten, darüber hinaus zu fordern, dass Weinberge oder Maisfelder keine Sonderkulturen mehr sein sollen. Zu groß ist die Gefahr, dass dann eine solche Jagd gar nicht mehr verpachtbar ist oder nur dann, wenn die Haftung des Jägers für Wildschäden vertraglich ausgeschlossen wird. Beispiele dafür gibt es ja bereits.

In diesen Fällen würden dann die Jagdgenossenschaften, also alle darin vertretenen Grundeigentümer, für diese Wildschäden haften, selbst dann, wenn der direkt geschädigte Winzer oder Bauer mögliche Schutzvorkehrungen für seine Pflanzungen nicht getroffen hat.

Ein weiteres Beispiel – wo man zweimal hinschauen muss –: Die Prüfung von Jagdhunden gehört zur Ausbildung der Jagdhunde. Das war von Anfang so und ist jetzt in der Begründung klargestellt.

Manches, was wir auf den ersten Blick gerne gewollt hätten, hat so seine Haken. Revierjäger haben zusätzlich zu ihrer Ausbildung als Forstwirte eine dreijährige Ausbildung. Angestellte Jäger und Jägerinnen sollten diese Qualifikation haben. Das hätten wir gern deutlicher ins Gesetz geschrieben. Das würde dann allerdings die Förster ausschließen, was wir nicht wollten. Deshalb haben wir auf eine härtere Formulierung verzichtet. Immerhin wird in § 12 Abs. 1 Satz 1 nach dem Wort „Jäger“ der Zusatz „mit geeigneter Qualifikation“ eingefügt.

Nicht einfach ist auch – das zeigt sich ja heute –, dass es auf allen Seiten sehr berechnete Interessen gibt. Natürlich möchten wir am liebsten allen zu 100 % Rechnung tragen. Das ist aber bei solchen Interessenkonflikten nicht möglich. Kompromissfähigkeit ist gefragt.

Der vorliegende Gesetzentwurf, ergänzt um den Änderungsantrag der SPD- und der FDP-Fraktion, ist ein solcher Kompromiss. Einiges hätten auch wir uns anders gewünscht.

In der Klimafolgen-Enquete haben wir gelernt, Natur muss in ihrer dynamischen Entwicklung gesehen werden. Es funktioniert nicht, den Status quo aufrechterhalten zu wollen. Deshalb sollten Bewirtschaftungsbezirke an Lebensräume angepasst werden. Eine Anpassung muss auch nicht mit höheren Wildbeständen oder mehr Schäden erkauft werden. Sie führt aber zu besseren und artgerechteren Lebensbedingungen.

Wir haben auf die Änderung des Gesetzentwurfes an dieser Stelle letzten Endes verzichtet. In jedem einzelnen Fall muss eine Änderung sorgfältig abgewogen werden. Die Landesregierung hat die Möglichkeit zur Anpassung auch heute schon und wird dann vielleicht von uns einmal einem entsprechenden Antrag stattgeben, wenn sie es nicht von sich aus tut.

Auch die Zahl der Jagderlaubnisscheine hätten wir gerne stärker begrenzt. Es gibt heute schon Jagdausübungsberechtigte, die am Wochenende Busse voller Jagdtouristen kommen lassen, denen sie für das Wo-

chenende Jagderlaubnisscheine verkauft haben und die sie dann auf die Hochsitze verteilen.

Derartiges hat nichts mit Nachhaltigkeit oder Waidgerechtigkeit zu tun, sondern nur mit kurzfristiger Gewinnmaximierung, die in diesem Fall nicht gutgeheißen werden kann.

(Pörksen, SPD: Das ist wohl wahr!)

Verehrte Kollegen, alle Seiten wurden ausgiebig gehört. Wir haben alle viele Gespräche geführt. Ich danke allen beteiligten Verbänden für die Gesprächsbereitschaft und insbesondere für die Bereitschaft, Kompromisse mitzutragen.

Der zur Abstimmung anstehende Gesetzentwurf kann auch zusammen mit dem Änderungsantrag von SPD und uns naturgemäß nicht allen berechtigten Interessen Rechnung tragen. Es geht einfach nicht. Aber durch den gemeinsamen Änderungsantrag konnte immerhin noch einiges berücksichtigt werden, darunter Änderungen, die im Interesse aller sind, Änderungen im Interesse der Grundeigentümer, aber auch der Jäger, Änderungen, die, soweit wir wissen, von der jeweils anderen Partei akzeptiert werden können.

Wir haben Wert darauf gelegt, dass die Jagdgenossenschaften bei der Aufstellung der Abschusspläne und allen anderen Aufgaben der Hegegemeinschaft von Anfang an einbezogen werden. Diese Beteiligung von Anfang an, verbunden mit dem Recht zu genehmigen oder auch abzulehnen, das sie haben, sichert den Grundstückseigentümern eine starke Stellung und die Möglichkeit, ihre Wünsche und Anregungen von Anfang an einzubringen.

Wir denken, dies wird Streit und Gegeneinander vermeiden helfen und alle Seiten rechtzeitig ins Gespräch miteinander bringen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist letzten Endes im allseitigen Interesse.

Herr Langner sagte schon, dass auch der Landesjagdbeirat und der Kreisjagdbeirat von der einen und der anderen Seite noch ergänzt werden.

Die Liste der jagdbaren Tiere – das will ich auch noch einmal sagen – bedeutet entgegen der Bezeichnung der Liste nicht, dass diese Tiere auch gejagt werden dürfen.

Ich komme zu einem weiteren Punkt: Blei ist giftig. Bleischrot sollte nicht ins Wasser gelangen. Das bestreitet keiner. Deshalb ist es sinnvoll, Blei nicht für bestimmte Wildarten, sondern generell über und am Wasser zu verbieten. Ich freue mich, dass wir das so vereinbart haben.

(Beifall bei der FDP)

So viel zum Wichtigsten.

Wie gesagt, Politik ist die Kunst des Möglichen. Ich bedaure, dass es letzten Endes nicht zu einem gemein-

samen Antrag auch mit der CDU kam. Sie waren an den Gesprächen beteiligt und hätten auch noch etwas erreichen können, wenn Sie länger durchgehalten hätten.

(Beifall der FDP und bei der SPD –
Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Gleichwohl danke ich beiden Sprecherkollegen in SPD und CDU für die guten und konstruktiven Gespräche, die vom allseitigen Wunsch nach richtigen Lösungen und ausgewogenen Kompromissen geprägt waren.

(Beifall der FDP –
Auler, FDP: Sehr fair! –
Glocke des Präsidenten)

Wir als FDP mussten uns entscheiden, ob wir einige Verbesserungen erreichen und den so gefundenen Kompromiss mittragen würden

(Glocke des Präsidenten)

oder ob wir uns verweigern. Wir haben uns für ersteres entschieden.

(Kuhn, FDP: Jawohl!)

Die FDP-Fraktion stimmt dem Gesetz und dem Änderungsantrag zu.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Bauchhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des rheinland-pfälzischen Jagdgesetzes erhalten wir ein zeitgemäßes Jagdrecht, welches sich vor allen Dingen der Verantwortung für diese wichtige, traditionsreiche, verantwortungsvolle und naturgebundene Tätigkeit stellt.

Es tut gut. Wir sind das walddreichste Bundesland. Wir haben attraktive Wildbestände. Wir haben 18.000 Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz. Das zeigt auch, dass viele Menschen diesem traditionellen Handwerk in besonderer Weise verbunden sind. Ich kann als für die Jagd zuständige Ministerin sagen, ich bin stolz darauf, dass es so viele Jägerinnen und Jäger in unserem Land gibt.

(Beifall der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Jagdrechtsnovelle war wichtig und war notwendig gewesen, weil sich zum Beispiel Wildbestände und gleichzeitig auch die Landbewirtschaftung – denken Sie an den naturnahen Waldbau – erheblich verändert haben, weil sich die Lebens- und Arbeitssituation von Jägern und Jägerinnen verändert haben und es andere wildbiologi-

sche oder jagdpraktische Erkenntnisse gibt, Stichwort Wildarten mit großen Lebensräumen.

Sie war auch deswegen notwendig gewesen, weil sich die Bundesregierung wiederholt verweigert hat, das Bundesjagdrecht zu ändern. Wir schieben Probleme nicht hinaus, wir lösen sie und stellen uns der Verantwortung.

Ich denke, dass dieses Jagdrecht Lösungen anbietet, und zwar für eine nachhaltige attraktive Jagd, aber auch für die Grundstückseigentümer wie Bauern, Winzer und Waldbesitzer.

Ich habe gesagt, es ist ein Angebot. Das ist auch ein Stück Programm; denn das Gesetz muss jetzt auch in der Praxis und in der Umsetzung mit Leben gefüllt werden.

Es liefert eine Vielzahl von Instrumenten. Ich sage, es sind bessere Instrumente als die, die wir bisher gehabt haben, sie sind aber auch flexibler. Sie erhöhen und verbessern Handlungsmöglichkeiten vor Ort, zum Beispiel als Stichwort die Stärkung der Hegegemeinschaften.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass mit dem Änderungsantrag auch die Mitwirkung des Grundstückseigentums geregelt wird, ohne dass die besondere Verantwortung der Jagenden dabei zurückgenommen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Jagdgesetz wird auch die Verpachtbarkeit insgesamt und auch der Zugang zur Jagd verbessert. Dies war ein Anliegen. Dazu gehören auch die Mindestpachtregelungen, die wir verkürzt haben und die ein Angebot darstellen, das genutzt werden kann, aber nicht genutzt werden muss. Dazu gehören auch Regelungen wie die Zahl der Pächter im Revier oder auch der mitjagenden Jäger. Ja, wir legen Wert darauf, dass die Wildbestände nicht übermäßig dezimiert werden. Es gibt Möglichkeiten, dies zu verhindern, und selbstverständlich wird sich auch der Grundstückseigentümer dagegen verwahren. Wenn dies über die Maßen geschieht, müsste natürlich auch die Behörde einschreiten.

Dieses Gesetz belegt, dass wir es ernst meinen mit dem Anspruch der Deregulierung. Grundsätzlich kann und soll das, was vor Ort zwischen den Jägerinnen und Jägern und den Grundstückseigentümern oder den Verpächtern und den Pächtern geregelt werden kann, auch vor Ort geregelt werden. Falls aber die Interessen der Allgemeinheit zu wahren sind, kann und muss die Behörde vor Ort handeln. Dazu gehört das Prinzip, dass in Zukunft Abschussvereinbarungen vor Abschussfestsetzungen gelten sollen, wenn die Dinge vor Ort in Ordnung sind. Dies ist eine ganz neue Qualität in diesem Gesetz, die es bisher so nicht gab.

In diesem Gesetz ist ein gehörig Maß an Vertrauensvorschluss an die Partner der Jagd, an das Grundstückseigentum und an die Jäger und Jägerinnen enthalten, dass sie die Möglichkeiten, die wir ihnen eröffnen, im Sinne einer verantwortungsvollen Partnerschaft vor Ort leben und die Dinge auch gut umsetzen. Dies stärkt die Eigenverantwortung, und ich bin dankbar dafür, dass

dies in der Beratung des Gesetzes auf breite Unterstützung gestoßen ist.

Es ist nicht zuletzt ein ausgewogenes Gesetz zwischen den unterschiedlichen, die Jagd berührenden Interessen. Das ist schon mehrfach angesprochen worden. Es fördert die Waidgerechtigkeit der Jagd, und es stärkt den Naturschutz, ein Aspekt, der gerade für die Jäger und Jägerinnen insgesamt von Bedeutung ist, weil sie als Verbände für den Naturschutz anerkannt sind. Es ist sicherlich ein Gesetz für eine nachhaltige Jagd, aber auch für lebensraumangepasste Wildbestände.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns in diesem Gesetz darauf verständigt – und ich bin dankbar ob der intensiven Beratung –, dass die Zuständigkeit für die örtlichen Behörden bei den Kreisen und kreisfreien Städten verbleibt. Wir kommunalisieren nur insofern, als der Kreisjagdmeister oder die Kreisjagdmeisterin nicht mehr länger Ehrenbeamter oder Ehrenbeamtin des Landes sein sollen, sondern nunmehr Ehrenbeamte des Kreises werden. Wir nehmen also die Kommunalreform schon zum Teil vorweg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich zu bedanken. Sie haben während des Gesetzgebungsverfahrens sicherlich gemerkt, die Jagd ist eine emotionale Angelegenheit. Das ist nicht unbedingt unerwünscht, und manchmal ist es auch wichtig. Die Gespräche und Beratungen im Landtag waren bis heute geprägt von einer hohen Sachlichkeit, und dafür möchte ich zunächst allen Fraktionen danken. Ich habe bis vor wenigen Tagen, da die Verhandlungen getragen waren von dem Wunsch zur Zusammenarbeit, gedacht, dass dieses Gesetz gemeinsam von allen Fraktionen unterstützt werden kann.

Auch wenn die CDU dem Gesetz heute nicht zustimmt, so habe ich in ihren Änderungsvorschlägen während der gemeinsamen Beratungen, die geführt worden sind, keine substanzielle Kritik gehört. Dies zeigt doch auch, da heute ein Änderungsvorschlag gar nicht vorgelegt wurde, dass wir ein Gesetz in der richtigen Ausgewogenheit vorgelegt haben.

Ich möchte mich insbesondere für das große Engagement und die vielfältigen Diskussionen mit den Vertretern der Verbände und bei der SPD-Fraktion bedanken. Ich möchte mich auch ganz herzlich bei der FDP für die sehr offenen Gespräche bedanken und dafür, dass sie heute dieses Gesetz mitträgt.

In einem der Paragraphen dieses Gesetzes ist festgeschrieben, dass es auch von der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dem Land, den Behörden und den Verbänden der Jagd getragen ist. Ich würde dies gern als Motto oder Leitgedanken für die zukünftige Umsetzung des Gesetzes und der Verordnungen formulieren. Ich biete diese auch gern den anderen Verbänden – über die Verbände der Jägerinnen und Jäger hinausgehend – an. Ja, wir waren Vorreiter mit diesem Gesetz. Es war notwendig, es hat sich angeboten, und es war richtig. Ich bin sicher, wenn Sie die bundespolitische Diskussion und die Diskussion in den Ländern verfolgen, wir stehen mit unserer Novelle nicht allein, sondern wir befinden uns mitten in einer jagdpolitischen

Diskussion. Ich weiß, dass unser Landesgesetz weit über das Land Rheinland-Pfalz hinaus Bedeutung hat und eine durchaus positive Wirkung zeigt.

In diesem Sinne, auf eine weitere gute Umsetzung in vertrauensvoller Zusammenarbeit! – Das ist es, was wir mit dem Jagdrecht verbinden: Rheinland-Pfalz ist und bleibt ein sehr attraktives Jagdland für die Jäger und Jägerinnen, aber auch für das Grundstückseigentum. Daher kann ich an dieser Stelle nur sagen, ein Waidmannsheil diesem Gesetz und den Jägern und Jägerinnen!

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 15/4745 – ab. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/4341 – unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Damit ist der Gesetzentwurf mit Änderungen mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Danke schön! – Wer ist dagegen? – Damit ist das Gesetz in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4547 – Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses – Drucksache 15/4730 –

Im Ältestenrat wurde vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Dr. Wilke, das Wort.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Landesregierung, der heute zur

Schlussabstimmung ansteht, ist in der 89. Sitzung des Landtags am 26.05. ohne Aussprache an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Rechtsausschuss hat in seiner 39. Sitzung über den Gesetzentwurf beraten.

Da eine Aussprache weder beim letzten Mal noch dieses Mal stattfindet, darf ich vielleicht einmal kurz darstellen, worum es geht. Das Arbeitsgericht Koblenz unterhält in Neuwied auswärtige Kammern, sozusagen eine Art selbstständige Zweigstelle, die zum Ende des Jahres aufgelöst werden soll. Das heißt, diese Kammern kehren in das Arbeitsgericht Koblenz zurück. Die Begründung der Landesregierung für diese Änderung ist zum einen, dass die derzeitige Unterbringung unbefriedigend sei und die räumlichen Verhältnisse mehr als schlecht seien.

In Koblenz entsteht das Justizzentrum, das bald fertiggestellt sein wird, und dort besteht genügend Platz, um sämtliche Kammern des Arbeitsgerichts Koblenz, inklusive der auswärtigen Kammern, aufzunehmen. Angesichts der geringen räumlichen Entfernung zwischen Neuwied und Koblenz – 17 Kilometer sollen es sein – seien negative Auswirkungen für die Bevölkerung nicht zu erwarten.

Hinzuzufügen ist noch zur Beurteilung, zwar mögen in Neuwied die Kammern geschlossen werden, aber die Sprechtage, die das Arbeitsgericht Koblenz in Sinzig, in Betzdorf und in Hachenburg hat, bleiben erhalten, so dass für eine wohnortnahe Versorgung auch bei der Arbeitsgerichtsbarkeit im Bereich Koblenz weiterhin Sorge getragen ist. Das war auch mit ein Grund für den Ausschuss, letztlich einstimmig zu entscheiden, dem Landtag den Gesetzentwurf zur Annahme zu empfehlen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Vizepräsident Bauckhage:

Herr Berichterstatter, ich danke Ihnen. Gemäß Absprache im Ältestenrat soll die Behandlung ohne Aussprache erfolgen.

Da die Beschlussempfehlung die unveränderte Annahme empfiehlt, kommen wir zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem Gesetzentwurf – Drucksache 15/4547 – in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer ist dagegen? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke schön. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Untersuchungsausschussgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
– Drucksache 15/4673 –
Erste Beratung**

Es ist mir signalisiert worden, dass dieser Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Rechtsausschuss überwiesen werden soll. Wer ist für den Überweisungsvorschlag? – Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Ich danke Ihnen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung, und ich lade Sie für die 93. Plenarsitzung, morgen, Donnerstag, den 24. Juni 2010, 9:30 Uhr, ein. Die Sitzung ist geschlossen.

E n d e d e r S i t z u n g: 18:00 Uhr.